

EU-Almanach Lebensmittelsicherheit



2014

Bitte Seite aufklappen



Impressum

3., aktualisierte und überarbeitete Fassung des EU-Almanach Lebensmittelsicherheit, 2014

Herausgeber: Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Berlin (www.bfr.bund.de)

Redaktion: Klaus Jürgen Henning, Dr. Stefanie Freyberg, Susann Stehfest, Susanne Kaus und PD Dr. Gaby-Fleur Böhl

Grafiken: www.kaisermatthies.com

Satz: www.tangram.de

Druck: www.formatdruck.de

Auflage: 8.000

Die Informationen, die in dieser Broschüre enthalten sind, wurden mit der freundlichen Unterstützung des Focal-Point-Netzwerks der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erstellt. Die Inhalte dieser Broschüre unterliegen einer kontinuierlichen Veränderung und stellen nach unserem besten Wissen den Stand im Herbst 2013 dar.

Der EU-Almanach Lebensmittelsicherheit ist im Internet abzurufen (www.bfr.bund.de) oder als gedruckte Broschüre in deutscher und englischer Sprache erhältlich.

Nachdruck mit Genehmigung des Herausgebers erlaubt.

ISBN 978-3-943963-07-6

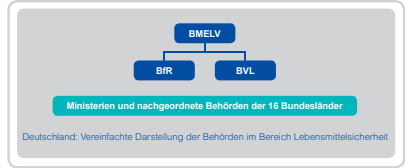
ISSN 1614-5070 (Print)

ISSN 1614-5089 (Online)

Länderprofile – So lesen Sie den EU-Almanach

Jedes Länderprofil gibt auf drei Seiten einen Überblick über die staatlichen Behörden der Lebens- und Futtermittelsicherheit.

Schema der Behördenstruktur: Zu Beginn jedes Kapitels steht eine vereinfachte Darstellung der Behördenstrukturen und der Hierarchien. Die zentralen Institutionen des jeweiligen Landes sind als Kürzel angegeben. Die Liste der Kürzel (Kapitel 6) enthält die vollen Namen der im Almanach aufgeführten Behörden (auf Englisch und in der jeweiligen Landessprache). Institutionen auf der zentralen/föderalen Ebene stehen in blauen Kästen, regionale/lokale Institutionen in türkisarbenen Kästen.



Rechtsgrundlagen: Kurze Erläuterung der staatlichen Rechtsgrundlagen der Lebens- und Futtermittelsicherheit am Anfang des Kapitels.

In Deutschland ist die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über ...

Institutionen auf zentraler Ebene (in blauen Kästen): Die Beschreibung der Aufgaben und Tätigkeiten einer Behörde befinden sich unter dem jeweiligen Abschnitt. Der blaue Kasten am Anfang jedes Abschnitts enthält das Kürzel und den vollen Namen der Behörde. Der graue Kasten darunter enthält die Hauptaufgaben im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit, gefolgt vom Sitz und der Internetseite der Behörde.

BfR
Bundesinstitut für Risikobewertung

- Risikobewertung
- Risikokommunikation
- EFSA-Kontaktstelle
- Forschung

Sitz: Berlin
<http://www.bfr.bund.de>

Zuständigkeit: Die einzelnen Zuständigkeitsbereiche der Behörden werden anhand von 10 Icons dargestellt.

	Pflanzenschutzmittel		Trinkwasser		Gentechnik		Kontaminanten
	Futtermittel		Nahrungsergänzungsmittel		Tierarzneimittelrückstände		
	Mineralwasser		Novel Foods		Zoonosen		

Regionale und lokale Ebene: Behörden auf regionaler und lokaler Ebene werden in einem gesonderten Abschnitt erläutert. Sie sind durch einen türkisarbenen Kasten hervorgehoben.

Regionale und lokale Ebene

Deutschland besteht aus 16 Bundesländern, die sich hinsichtlich der Größe (zwischen 1 und 20 Millionen Menschen pro Bundesland) unterscheiden. Die 16 Bundesländer Deutschlands sind ...

EFSA Netzwerk: In der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wird in Artikel 36 die Vernetzung von Organisationen gefordert, die in den Bereichen des Auftrags der EFSA tätig sind. Die zugehörigen Einrichtungen sind im Punkt „Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen“ gelistet.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002:

1. Bundesinstitut für Risikobewertung (EFSA-Kontaktstelle)
2. Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
3. Bundesamt für Naturschutz ...

Die Institutionen, die am EFSA-Netzwerk nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002 beteiligt sind und am Ende jedes Länderprofils angegeben werden, unterliegen Änderungen. Die jeweils aktuelle Liste dieser Institutionen kann im Internet eingesehen werden: <http://www.efsa.europa.eu/en/scdocs/doc/art36listg.pdf>

EU-Almanach Lebensmittelsicherheit

Bundesinstitut für Risikobewertung

Klaus Jürgen Henning, Dr. Stefanie Freyberg, Susann Stehfest, Susanne Kaus und PD Dr. Gaby-Fleur Böl

Vorwort

Lebensmittelsicherheit in der EU: Ein Almanach

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Lebensmittelsicherheit in der Europäischen Union ist ein wichtiges Ziel und Voraussetzung im Zuge einer rasch zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft. Das Angebot von Lebensmitteln in Europa steigt stetig, und damit steigen auch die Anforderungen an die europäischen Staaten und die Europäische Union, Lebensmittelrisiken wissenschaftlich zu bewerten, zu minimieren und effektiv zu kommunizieren.

Der EU-Almanach „Lebensmittelsicherheit“ gibt einen Überblick über die jeweils zuständigen staatlichen Behörden und die Strukturen der Lebens- und Futtermittelsicherheit in der Europäischen Union. Der Schwerpunkt liegt auf dem Gebiet der Risikobewertung. Der Überblick über die organisatorischen Zusammenhänge und die Zusammenarbeit in der Europäischen Union erleichtert nicht nur die Suche nach europäischen Partnern, sondern vermeidet auch Doppelarbeit und fördert die Klarstellung von Zuständigkeiten.

Diese Broschüre wendet sich an alle, die sich über die Strukturen und Institutionen der Lebensmittelsicherheit informieren wollen, insbesondere an die Fachleute aus der Praxis wie Parlamentarier, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Lebensmittelbehörden, Fach- und Laienpresse, Verbraucherverbände, Lebensmittelwirtschaft und Wissenschaft.

Der EU-Almanach „Lebensmittelsicherheit“ umfasst die 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro, Norwegen, Serbien, die Schweiz und die Türkei.



Die Broschüre erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige Darstellung des Staatsaufbaus, sondern ist bewusst auf das Schutzgut Verbraucherschutz beschränkt. Andere Schutzgüter – wie Umweltschutz, Tierschutz, Arbeitsschutz – sind deshalb nicht weniger wichtig. Die Darstellung wurde im Interesse der Übersichtlichkeit auf die wesentlichen Aspekte begrenzt.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung wurde bei der Erstellung des EU-Almanachs von den EFSA-Kontaktstellen der Mitgliedsstaaten (EFSA Focal Points) und der EFSA außerordentlich wirkungsvoll aktiv unterstützt. Für die Beiträge bedanke ich mich herzlich.

Mit 7.000 deutschsprachigen und 5.000 englischsprachigen gedruckten Exemplaren konnte die 2. Auflage des EU-Almanachs von 2011 die Zahlen gegenüber der 1. Auflage von 2009 jeweils mehr als verdoppeln. Wir hoffen, mit der vorliegenden 3. Auflage des EU-Almanachs „Lebensmittelsicherheit“ erneut einen interessanten und wertvollen Überblick über die Lebens- und Futtermittelsicherheit in der Europäischen Union geben zu können.



Professor Dr. Dr. Andreas Hensel
Präsident des BfR und
Deutscher Vertreter im EFSA-Beirat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1 Staatliche Strukturen und Lebensmittelsicherheit	6
2 Lebensmittelsicherheit in der Europäischen Union	8
3 Lebensmittelsicherheit in den Mitgliedsstaaten	12
3.1 Belgien	12
3.2 Bulgarien	15
3.3 Dänemark	18
3.4 Deutschland	21
3.5 Estland	24
3.6 Finnland	27
3.7 Frankreich	30
3.8 Griechenland	33
3.9 Irland	36
3.10 Italien	39
3.11 Kroatien	42
3.12 Lettland	45
3.13 Litauen	48
3.14 Luxemburg	51
3.15 Malta	54
3.16 Niederlande	57
3.17 Österreich	60

3.18	Polen	63
3.19	Portugal	66
3.20	Rumänien	69
3.21	Schweden	72
3.22	Slowakische Republik	75
3.23	Slowenien	78
3.24	Spanien	81
3.25	Tschechische Republik	84
3.26	Ungarn	87
3.27	Vereinigtes Königreich	90
3.28	Zypern	93
4	Lebensmittelsicherheit in den Nachbarstaaten	95
4.1	Island	95
4.2	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	97
4.3	Montenegro	100
4.4	Norwegen	102
4.5	Schweiz	105
4.6	Serbien	108
4.7	Türkei	111
5	Glossar	114
6	Abkürzungsverzeichnis	118

1 Staatliche Strukturen und Lebensmittelsicherheit

Eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Akteuren in Europa stärkt die Lebensmittelsicherheit. Sind Akteure und rechtliche Strukturen in den europäischen Staaten allen Beteiligten bekannt, können die europäischen Staaten und die EU effizienter zusammenarbeiten, Doppelarbeit vermeiden und einen effektiven Verbraucherschutz fördern. Eine bessere Kooperation trägt zur Harmonisierung von Methoden der Risikobewertung und zur effizienten Bekämpfung der Risiken bei, erhöht die Transparenz und erleichtert die Suche nach europäischen Partnern bei Kooperationsprojekten.

Ziele der Lebensmittelsicherheit und eines effektiven Verbraucherschutzes sind der Schutz der Gesundheit, der Schutz vor Täuschung und eine sachgerechte Information des Verbrauchers. Europa verfügt über gemeinsame rechtliche Regeln, die dem europäischen Verbraucher ein möglichst einheitliches hohes Schutzniveau bieten. Nationale Bemühungen allein bedeuten in einer globalisierten Welt keinen ausreichenden Schutz.

Ohne die Unternehmen und die Verbraucher von ihrer Verantwortung und ihren Sorgfaltspflichten zu entbinden, gehört es zu den staatlichen Aufgaben, Verbraucher im Bereich der Lebensmittelsicherheit durch Risikobewertung, Risikomanagement und Risikokommunikation zu schützen.

Zu diesem Zweck geht man wie folgt vor:

Im ersten Schritt wird ein Risiko mittels wissenschaftlicher Methoden eingeschätzt („Risikobewertung“). In einem „Leitfaden für gesundheitliche Bewertungen“ hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) vorgeschlagen, wie das Ergebnis dieses Prozesses aussehen könnte (www.bfr.bund.de).

Aufgrund von Risikobewertungen entscheiden Managementbehörden über zu treffende Maßnahmen („Risikomanagement“). Dabei werden zusätzlich zur wissenschaftlichen Risikobewertung gesellschaftliche und ökonomische Aspekte zur Beurteilung der Maßnahmen hinsichtlich ihrer Angemessenheit und Effizienz hinzugezogen.

Verbraucher können nur dann selbstbestimmte Kaufentscheidungen treffen, wenn sie ausreichend informiert sind. Daher ist eine allseits transparente Risikokommunikation erforderlich. Zu diesem Zweck sollen Informationen der Lebensmittelsicherheit in geeigneter Form zugänglich gemacht werden. Auch andere Beteiligte und Betroffene aus Wissenschaft, Politik, Verbänden, NGOs und öffentlichen Institutionen werden in den interaktiven Meinungs- und Informationsaustausch einbezogen.

Im Jahr 2000 hat das Weißbuch der EU-Kommission den Anstoß für eine neue Struktur der Lebensmittelsicherheit in Europa gegeben. Es wurde ein neues Konzept für einen wirksamen

und umfassenden gesundheitlichen Verbraucherschutz vorgestellt: Die Lebensmittelsicherheit soll in allen Produktions- und Verarbeitungsstufen von Lebensmitteln entlang der Lebensmittelkette gewährleistet sein, „vom Stall bis auf den



Leitfaden für gesundheitliche Bewertungen (BfR)

Teller“. 2002 wurde die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) als unabhängiges wissenschaftliches Kompetenzzentrum für Risikobewertung gegründet, im gleichen Jahr auch das BfR in ähnlicher Funktion für Deutschland. Es ist ein Netzwerk aus Behörden und Institutionen entstanden, welches die nationale und europäische Ebene, aber auch die Institutionen der Mitgliedsstaaten untereinander im Bereich der Lebensmittelsicherheit verknüpft.

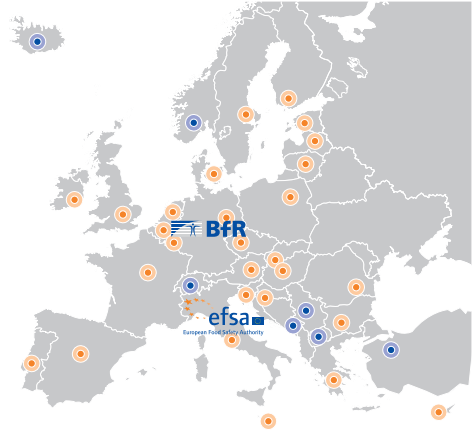
Auf EU-Ebene sind Risikobewertung und Risikokommunikation Aufgaben der EFSA, während Risikomanagement als politische Aufgabe bei der Europäischen Kommission und dem Rat der EU verbleibt.

Informationen im EU-Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) werden täglich zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und der EU über Lebensmittel mit ernsthaften Gesundheitsrisiken ausgetauscht. Risikobewertungen werden von vielen nationalen Behörden und der EFSA veröffentlicht. Medien und Warentestorganisationen helfen mit, für Transparenz beim Verbraucher zu sorgen.

Die 35 Länderprofile des EU-Almanachs zeigen unter anderem Folgendes:

In den europäischen Staaten ist die Arbeitsteilung von Risikobewertung, Risikomanagement und Risikokommunikation rechtlich unterschiedlich entwickelt. Einige Staaten bevorzugen eine Verteilung der Zuständigkeit für Risikobewertung und Risikomanagement auf verschiedene Behörden, z. B. Deutschland. Andere Staaten vereinigen die Tätigkeitsbereiche in einer Behörde.

Jedem Länderprofil sind die jeweils maßgeblichen staatlichen Behörden mit ihren Aufgaben und Rechtsgrundlagen für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit zu entnehmen. Die Profile lassen jeweils erkennen, ob und inwieweit ein Staat Risikobewertungen veröffentlicht.



EFSA Focal Point Netzwerk

Interessant ist auch die Beobachtung, dass einige Staaten ihre Risikobewertungen eher durch externe Experten (Kommissionen) erstellen lassen, während anderswo die Behörden Risikobewertungen im Wesentlichen selbst erarbeiten. Auch die Verteilung von Verantwortung zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene im Staat beeinflusst eine effiziente Regulation der Lebensmittelsicherheit und ist im EU-Almanach Lebensmittelsicherheit für jeden der 35 europäischen Staaten beschrieben.

Ziel des EU-Almanachs ist es, als Nachschlagewerk für Klarheit über die aktuellen rechtlichen Strukturen der Lebensmittelsicherheit zu sorgen und dadurch die Zusammenarbeit zu verbessern. Der EU-Almanach ist ein Beispiel für die konstruktive Zusammenarbeit aller für die Lebensmittelsicherheit zuständigen Institutionen in Europa: Sowohl die EFSA als auch die Kontaktstellen in allen Mitgliedsstaaten (EFSA Focal Points) haben mit ihren Beiträgen zum EU-Almanach Lebensmittelsicherheit des BfR beigetragen.

2 Lebensmittelsicherheit in der Europäischen Union



Die zentralen Rechtsgrundlagen im Lebensmittelrecht in der Europäischen Union (EU) sind die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und die Verordnung (EG) Nr. 882/2004. EU-Verordnungen gelten in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) direkt, ohne dass der Mitgliedsstaat ein entsprechendes nationales Gesetz erlassen muss.

Die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 regelt die allgemeinen Grundsätze und Anforderungen im Lebensmittelrecht in der EU. Sie erfasst alle Produktions- und Verarbeitungsstufen von Lebensmitteln entlang der Lieferkette, „vom Stall bis auf den Teller“. Zudem werden Funktionen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Einrichtung eines europäischen Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (RASFF) festgelegt. Die Verordnung (EG) Nr. 882/2004 regelt die Grundsätze der amtlichen Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts. So sind in der EU insbesondere die Aufstellung eines Mehrjährigen Nationalen

Kontrollplans (MNKP) durch die Mitgliedsstaaten und eine dementsprechende Berichterstattung vorgeschrieben.

Auf EU-Ebene sind Risikobewertung und Risikokommunikation vom Risikomanagement institutionell getrennt. Während Risikobewertungen von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) durchgeführt werden, befasst sich die Europäische Kommission (KOM) mit dem Risikomanagement. Für die Risikokommunikation, das dritte Element der Risikoanalyse, sind sowohl die Risikobewerter als auch die Risikomanager zuständig. Alle Risikobewertungen werden auf der Internetseite der EFSA veröffentlicht.

KOM Europäische Kommission

- ▶ Europäische Rechtsetzung
- ▶ Lebensmittelsicherheitspolitik
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Brüssel, Belgien
<http://ec.europa.eu>



Es ist Aufgabe der KOM, das Allgemeinwohl der EU als Ganzes zu fördern. Das „Kollegium der Kommissionsmitglieder“ (derzeit ein Kommissionsmitglied aus jedem Mitgliedsstaat) bestimmt die politische Linie und trifft Entscheidungen. Die KOM ist das Exekutivorgan der EU. Als „Hüterin der Verträge“ ist die KOM verantwortlich dafür, dass das EU-Recht in allen Mitgliedsstaaten ordnungsgemäß umgesetzt und angewendet wird. Im Falle von Verstößen oder Zweifel an der Interpretation des EU-Rechts entscheidet der Europäische Gerichtshof in letzter Instanz.

Die KOM ist die einzige Institution, die Recht auf gesetzgeberische Initiative hat. In Praxis werden Vorschläge für Gesetzgebung (Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen) von bestimmten Politikbereichen erstellt. Die KOM Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher, DG SANCO, erstellt Vorlagen für Gesetze im Bereich Lebens- und Futtermittel, Tier- und Pflanzengesundheit. Die KOM Generaldirektion Umwelt erstellt Vorlagen für Gesetze in diesem Bereich.

KOM (SANCO) koordiniert das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF). Sie sammelt, verifiziert und verbreitet Informationen zu Lebens- und Futtermittelsicherheit, die sie von einem Mitgliedsstaat bekommt, an die anderen Mitgliedsstaaten und an die EFSA.

Rat Rat der Europäischen Union

- ▶ Europäische Rechtssetzung
- ▶ Lebensmittelsicherheitspolitik
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Brüssel, Belgien
<http://www.consilium.europa.eu>



Zusammen mit dem Europäischen Parlament ist der Rat das wichtigste Entscheidungsorgan der EU. Jeweils ein Minister/eine Ministerin von jeder nationalen Regierung nimmt an Sitzungen des Rats teil. Welcher Minister/welche Ministerin teilnimmt, ist vom Thema der Sitzung abhängig. Der Minister/die Ministerin vertritt seinen/ihren Mitgliedsstaat. KOM Sitzungen „Landwirtschaft und Fischerei“ befassen sich mit Lebensmittelsicherheit und KOM Sitzungen „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ befassen sich mit Lebensmittelkennzeichnung.

Europäische Rechtsvorschriften im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, der Lebens- und Futtermittelsicherheit werden im „Mitentscheidungsverfahren“ verabschiedet. Das Mitentscheidungsverfahren ist das am häufigsten angewandte Gesetzgebungsverfahren im EU-Recht. „Mitentscheidungsverfahren“ bedeutet, dass Vorlagen für Gesetze vom Rat und dem EP angenommen werden müssen.

EP

Europäisches Parlament

- ▶ Lebensmittelsicherheitspolitik
- ▶ Europäische Rechtsetzung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Straßburg, Frankreich
<http://www.europarl.europa.eu>



Das EP ist von den Bürgern der EU gewählt. Das EP hat 766 Mitglieder aus 28 EU Ländern und vertritt die Interessen von über 500 Millionen Menschen. Die Tatsache, dass das EP direkt von den Bürgern gewählt wird, gewährleistet die demokratische Legitimität des EU-Rechts.

Das EP übt eine demokratische Überwachungs-funktion über andere EU-Institutionen aus und vor allem über die KOM. Das EP ist berechtigt, die Ernennung der Kommissare anzunehmen oder diese abzulehnen, und es hat ein Recht auf Sanktionierung der Kommission als Ganzes. Mit dem Rat teilt sich das EP die Befugnis über den EU-Haushalt und hat somit Einfluss auf EU-Ausgaben. Am Ende des Verfahrens nimmt sie den Haushalt als Ganzes entweder an oder lehnt ihn ab.

Zusätzlich erstellt das EP Vorlagen für Gesetze im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit. Das EP hat 20 Ständige Ausschüsse. Der „Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit“ beschäftigt sich mit dem Thema Lebensmittelsicherheit und Trinkwasser.

EFSA

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Parma, Italien
<http://www.efsa.europa.eu>



Die EFSA ist eine unabhängige europäische Behörde und im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit der Grundpfeiler der Risikobewertung der Europäischen Union (EU). In enger Zusammenarbeit mit nationalen Behörden und in offenem Austausch mit anderen Interessengruppen stellt die EFSA unabhängige wissenschaftliche Beratung zur Verfügung und kommuniziert deutlich und verständlich über vorhandene und aufkommende Risiken. In ihrer Eigenschaft als Risikobewertungsbehörde erstellt die EFSA wissenschaftliche Gutachten und Empfehlungen. Diese dienen als zuverlässige Arbeitsgrundlage für Politik und Gesetzgebung der Gemeinschaft und unterstützen die KOM, das EP und die EU-Mitgliedsstaaten dabei, wirksame und zeitnahe Entscheidungen im Bereich des Risikomanagements zu treffen.

Die EFSA erhält Ersuchen um Risikobewertungen von der KOM, dem EP und den Mitgliedsstaaten, jedoch führt die EFSA auch auf Eigeninitiative wissenschaftliche Arbeit aus. Zum Aufgabenbereich der EFSA gehören Risikobewertungen zur Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Ernährung, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit.

FVO Lebensmittel- und Veterinäramt

► Risikomanagement (Inspektion und Kontrolle)

Sitz: Grange, Irland
<http://ec.europa.eu/food/fvo>



Das FVO gehört zur KOM Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher und seine Tätigkeiten werden in der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 (Artikel 45 und 46) dargestellt.

FVO bewertet, wie die EU-Vorschriften innerhalb der EU und in Drittstaaten, die in die EU exportieren, eingehalten werden. Dies geschieht hauptsächlich durch Inspektionen bei den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten und Drittstaaten.

Das FVO informiert über die Ergebnisse der Bewertungen, spricht ggf. Empfehlungen zur Beseitigung von Mängeln aus und überwacht deren Beseitigung. Die Inspektionsberichte des FVO und die Kommentare der inspizierten Länder werden im Internet veröffentlicht.

EU-RLs Referenzlaboratorien der Europäischen Union

► Analytik und Diagnostik
► Harmonisierung der Labormethodik

EU-RL sind analytische Labore, benannt durch EU-Richtlinien und Verordnungen. Einige EU-RL gehören zur Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der EU, welche eine Generaldirektion der KOM ist. EU-RL unterstützen die KOM wissenschaftlich und technisch bei diagnostischen und analytischen Untersuchungen.

Der Tätigkeitsbereich der EU-RL umfasst die Etablierung EU-weiter Prüfnormen, Routineverfahren und zuverlässige Methoden, die Organisation von Vergleichstests, die Schulung von Analytikern von nationalen Laboren und das Netzwerken mit Nationalen Referenzlaboratorien. EU-RL haben einen Überblick über internationale Normen und Praktiken, Vergleichssubstanzen, Reagenzien und deren Lieferanten.

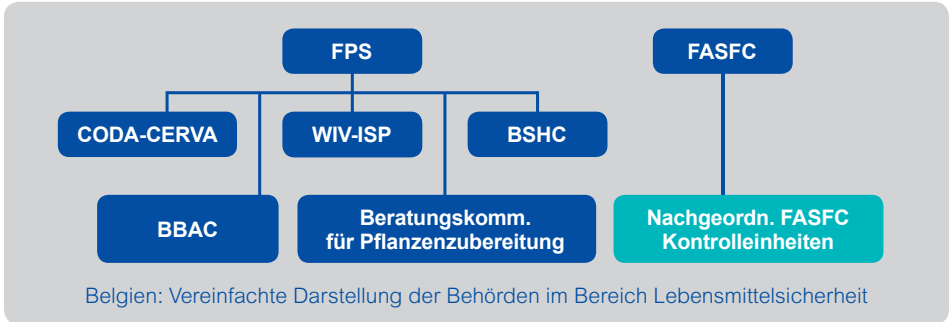
Die EU-RL für Lebens- und Futtermittel sind im Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 aufgelistet:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:165:0001:0141:EN:PDF>

3 Lebensmittelsicherheit in den Mitgliedsstaaten

3.1 Belgien

Belgien



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Belgien ist die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 sowie das nationale Lebensmittelrecht. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. In Belgien werden Risikobewertungen zur Lebens- und Futtermittelsicherheit von mehreren unabhängigen Instituten durchgeführt, es existiert jedoch keine strenge institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

FPS
Föderaler Öffentlicher Dienst
Volksgesundheit, Sicherheit der
Nahrungsmittelkette und Umwelt

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ Kontaktstelle für das WHO-Programm Lebensmittelsicherheit und Ernährung

Sitz: Brüssel
<http://www.health.belgium.be>

Der FPS ist ein Ministerium auf der nationalen Ebene und zuständig für Lebens- und Futtermittelpolitik und -gesetzgebung in den Bereichen neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, chemische und mikrobiologische Kontaminanten, Allergene, Kennzeichnung und gesundheitsbezogene Angaben (health claims), diätetische Produkte, Materialien für den Lebensmittelkontakt,

Trinkwasser, Zoonosen, Mineralwasser, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, Pflanzen- und Tiergesundheit, GVOs und Tierarzneimittel.

FPS ist zuständig für Gesetzgebungsvorlagen zur Lebens- und Futtermittelsicherheit. Die Lebensmittelpolitik des FPS richtet sich nach wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die Risikobewertungen werden vom Veterinärmedizinischen und Agrochemischen Forschungszentrum (CODA-CERVA), vom Wissenschaftlichen Institut für Volksgesundheit (WIV-ISP) und dem Belgischen Höheren Sicherheitsrat (BSHC) ausgeführt. Der BSHC ist das Bindeglied zwischen Regierung und Wissenschaft im Bereich von Ernährung und Lebensmittelsicherheit (Ernährungsberatung, Nahrungsergänzungsmittel, Kennzeichnung, gesundheitsbezogene Angaben [health claims], diätetische Produkte, Risikobewertungen von Lebensmittelzusatzstoffen, chemischen und mikrobiologischen Kontaminanten, etc.).

Mehrere wissenschaftliche Einrichtungen erarbeiten risikobasierte Stellungnahmen zur Lebensmittelsicherheit für den FPS: der Belgische Höhere Sicherheitsrat (BSHC), der BBAC, die Beratungskommission für Pflanz Zubereitungen und, in besonderen Fällen, die Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette (FAFSC) und externe Hochschulinstitute. Der FPS ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel, die Föderalagentur für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte (FAMPH) die für Tierarzneimittel. Diese Behörde ist zuständig für die Überwachung der Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit von Human- und Tierarzneimitteln (einschließlich homöopathische Arzneimittel, pflanzliche Arzneimittel, Apothekenzubereitungen) sowie Medizinprodukte und Rohstoffe für die Herstellung von Arzneimitteln.

FPS stellt Fördermittel für Forschung in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit und Tierschutz zur Verfügung. Die Ausschreibungen finden jährlich statt und gehen vor nach einem bottom-up („free research“) und einem top-down („targeted research“) Ansatz.

Das Tätigkeitsfeld des FPS erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit, Tierschutz, Pflanzenschutz, Umwelt, Kosmetika, Biozide und REACH.

FASFC Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Mehrjähriger nationaler Kontrollplan

Sitz: Brüssel

<http://www.afsca.be/home-en>



FASFC ist ein staatliches Exekutivorgan und zuständig für amtliche Kontrollen und Inspektionen sowie für die Festlegung und Durchsetzung von Betriebsnormen in der Lebensmittelproduktion (vom Feld bis auf den Tisch). Die Agentur führt amtliche Kontrollen in Bezug auf Lebens- und Futtermittel und ihre Grundstoffe auf allen Ebenen der Futter- und Nahrungsmittelkette durch, einschließlich Produktion, Verarbeitung, Lagerung, Transport, Handel, Import und Export. Die FASFC überwacht amtliche Kontrollen auf der Grundlage mehrjähriger Kontrollpläne. Des Weiteren ist FASFC verantwortlich für die Überwachung der Tier- und Pflanzengesundheit.

Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben wird die Agentur von zwei Ausschüssen unterstützt. Der Beratungsausschuss setzt sich aus allen Stakeholdern der FASFC zusammen und erstellt Stellungnahmen zu Risikomanagementfragen. Der Wissenschaftliche Ausschuss ist verantwortlich für die unabhängige Risikobewertung und erstellt wissenschaftliche Stellungnahmen zu Risikomanagementstandards und Vorschriften.

CODA-CERVA
Veterinärmedizinisches und agro-
chemisches Forschungszentrum

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Brüssel
<http://www.var.fgov.be>



CODA-CERVA ist ein staatliches Forschungs-
 institut, dessen Schwerpunkt auf der Prävention
 von ansteckenden Tierkrankheiten und Zoonosen
 liegt. CODA-CERVA beteiligt sich an aktiver For-
 schung und stellt Fachinformationen und wissen-
 schaftliche Risikobewertungen zur Verfügung.

WIV-ISP
Wissenschaftliches Institut für
Volksgesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Brüssel
<http://www.wiv-isp.be>



WIV-ISP ist ein staatliches Forschungsinstitut,
 dessen Schwerpunkt auf öffentlicher Gesund-
 heit und der Überwachung von menschlichen
 Erkrankungen und Gesundheitsrisiken liegt. WIV-
 ISP beteiligt sich an aktiver Forschung und stellt
 Fachinformationen und Risikobewertungen zur
 Verfügung. In Bezug auf Lebensmittel liegt der
 Arbeitsschwerpunkt auf der Lebensmittelmikro-
 biologie, Arzneimittelrückständen und neu auf-
 tretenden chemischen Risiken. An WIV-ISP und
 CODA-CERVA sind einige Nationale Referenz-
 laboratorien angegliedert. BBAC hat einen ähnli-
 chen Auftrag wie WIV-ISP und CODA-CERVA, der
 Schwerpunkt liegt jedoch auf Angelegenheiten
 der Freisetzung und Vermarktung von GVOs.

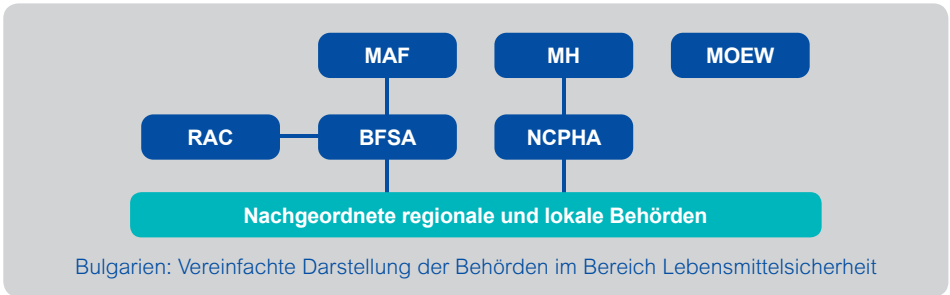
Regionale und lokale Ebene

Die regionale und lokale Ebene des Bundes-
 staates Belgien besteht aus drei Regionen, 10
 Provinzen und 589 Bezirken. Für die Umsetzung
 der Lebensmittelkontrollen sind FASFC-Kontroll-
 einheiten in den Provinzen zuständig. Die Koor-
 dination der Lebensmittelkontrollen erfolgt durch
 die zentrale FASFC-Einheit. Die Überwachung
 von Trinkwasser liegt im Kompetenzbereich der
 regionalen Behörden.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen
nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002:

1. Federal Agency for the Safety of the Food Chain and Scientific Committee of the Federal Agency for the Safety of the Food Chain
2. Belgian Superior Health Council
3. Belgian Biosafety Advisory Council
4. Commission for Advice on Plant Preparation
5. Scientific Institute of Public Health
6. Veterinary and Agrochemical Research Centre
7. Walloon Agricultural Research Centre
8. Institute for Agricultural and Fisheries Research
9. Ghent University, Faculty of Vet. Medicine
10. Ghent University, Fytolab
11. Ghent University, Faculty of Pharma. Sciences, Department of Food Analysis
12. Ghent University, Faculty of Medicine and Health Science
13. Ghent University, Faculty Bioscience Engineering
14. Centre d'Economie Rurale
15. Gembloux Agricultural University, Laboratory of Ecology
16. Gembloux Agricultural University, GLP Pesticide Science Laboratory
17. Université Catholique de Louvain, Unité de Phytopathologie
18. K. U. Leuven
19. Zootechnical Centre – K. U. Leuven R&D/ Laboratory Quality Care in Animal Production
20. University of Liège, Faculty of Vet. Medicine
21. Université Libre de Bruxelles – Biological Control and Spatial Ecology Laboratory

3.2 Bulgarien



Bulgarien

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Bulgarien ist das Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Bulgarien gibt es eine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

Im Januar 2011 beschloss das bulgarische Parlament die Einrichtung einer neuen staatlichen Behörde mit der Bezeichnung Bulgarische Behörde für Lebensmittelsicherheit. Bei dieser Behörde handelt es sich um eine Abteilung innerhalb des MAF, und sie ist für Lebens- und Futtermittelsicherheit innerhalb der gesamten Lebensmittelkette zuständig. Sie nimmt ihre Tätigkeit seit Februar 2011 wahr.

MAF
Ministerium für Landwirtschaft und Lebensmittel

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Sofia
<http://www.mzh.government.bg>

Das MAF ist zuständig für Agrarpolitik und Lebensmittelsicherheit. Es erarbeitet in diesen Bereichen Vorlagen für Gesetze und ist zuständig für die amtliche Kontrolle von Lebensmitteln und Futtermitteln. Innerhalb des MAF befindet sich das Direktorat für Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit. Es ist zuständig für die Entwicklung und Koordination der Implementierung von MAF-Politik im Bereich Lebensmittelsicherheit und -qualität, Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und artgerechte Tierhaltung. Das Direktorat ist zuständig für die Harmonisierung der Gesetzgebung, für die Koordinierung der Kontrollbehörden innerhalb des Ministeriums und für die Erstellung des mehrjährigen nationalen Kontrollplans. Dies umfasst die Koordinierung bestimmter Kontroll- und Inspektionsaktivitäten gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium (MH). Das Direktorat ist außerdem zuständig für die Zulassung von GVO für den Markt.

MH
Gesundheitsministerium

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Sofia
<http://www.mh.government.bg>



Das MH ist zuständig für Gesundheitspolitik und Sicherheit von abgefülltem natürlichem Mineral-, Quell- und Tafelwasser (Richtlinie 98/83/EG) sowie für die Untersuchung lebensmittelbedingter Krankheitsausbrüche. Im Bereich der Lebensmittelsicherheit war das MH früher verantwortlich für die Harmonisierung der Gesetzgebung mit den europäischen Vorgaben sowie die Koordinierung der Kontrollen und Inspektionen der regionalen Gesundheitsinspektionen. Risikobewertungen wurden meistens durch den Expertenrat beim MH durchgeführt, der mit Schaffung der BFSA bzw. des RAC aufgelöst wurde. In den Aufgabenbereich des MH gehören u. a. neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Kontaminanten und Pflanzenschutzmittelrückstände sowie Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen. Am MH sind fünf Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MOEW
Ministerium für Umwelt und Gewässer

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Sofia
<http://www.moew.government.bg>



Die MOEW befasst sich mit der Umweltpolitik sowie Wasserbewirtschaftung und Wasserschutz.

BFSA
Bulgarische Behörde für Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Sofia
<http://www.babh.government.bg>



Die BFSA ist eine Fachabteilung des MAF. Sie vereinigt den ehemaligen Nationalen Veterinärdienst, Pflanzenschutzdienst und Getreide- und Futtermitteldienst sowie die regionalen Lebensmittelgesundheitsinspektoren, die für die Kontrolle von Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs im Geschäftsbereich des MH und für die Erfüllung der Standards der Europäischen Kommission für das Inverkehrbringen von Obst und Gemüse (im Geschäftsbereich des MAF) zuständig waren.

Die BFSA ist die zuständige Regierungsbehörde zur Durchführung amtlicher Kontrollen in Fragen der Pflanzengesundheit, Pflanzenschutzmittel und Düngemittel sowie für Veterinärmaßnahmen, Tiergesundheit und artgerechte Tierhaltung, für nicht für den menschlichen Verbrauch bestimmte tierische Nebenprodukte, Futtermittel, Rohstoffe und Nahrungsmittel mit Ausnahme von in Flaschen abgefülltem natürlichem Mineral-, Quell- und Tafelwasser, Lebensmittelkontaktmaterialien sowie für die Erfüllung der Standards der Europäischen Kommission für das Inverkehrbringen von Frischobst und Gemüse.

Die Behörde besitzt 28 regionale Direktorate für Lebensmittelsicherheit sowie 4 Sonderabteilungen – das Nationales Diagnose- und Forschungsinstitut für Tiermedizin, das Zentrallaboratorium für Veterinärkontrolle und Ökologie, das Zentrallaboratorium für chemische Tests und Kontrolle und das Zentrallaboratorium für Pflanzenquarantäne.

RAC Risikobewertungszentrum

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA Kontaktstelle

Sitz: Sofia

<http://www.babh.government.bg>

<http://focalpointbg.com>



Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur BFSA und ihres Code of Organisation wurde das RAC geschaffen, das von einem Vorstand verwaltet und von einem Beirat unterstützt wird. RAC ist eine unabhängige juristische Person im Rahmen der BFSA. RAC führt unabhängige wissenschaftliche Risikobewertungen im Zusammenhang mit Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, Tiergesundheit, Lebensmittel- und Futtermittelzusatzstoffen, GVO, diätetischen Erzeugnissen, Ernährung und Allergenen, Lebensmittelkontaktmaterialien, Enzymen, Aromastoffen, Hilfsstoffen, biologischen Gefahren, Kontaminanten, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutz durch. RAC arbeitet im Bereich der Risikobewertung bei Lebens- und Futtermitteln eng mit EFSA und anderen nationalen und internationalen wissenschaftlichen Institutionen zusammen. Auch der Vertreter des EFSA-Beirats und die nationale Kontaktstelle von EFSA sind beim RAC angesiedelt.

NCPHA Nationales Zentrum für öffentliche Gesundheit und Analyse

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Sofia

<http://www.ncpha.government.bg>



Das NCPHA ist dem MH nachgeordnet und befasst sich mit Gesundheitsschutz, der gesundheitlichen Aufklärung und Ernährung. Es ist für die Veröffentlichung von Risikobewertungen in den Bereichen Ernährung und Hygiene zuständig. Das NCPHA ist außerdem zuständig für mikrobiologische Gefahren, Kontaminanten, Pflanzenschutzmittelrückstände, GVO, Lebensmittelkontaktmaterialien, Schwermetalle, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittelzusatzstoffe, neuartige Lebensmittel und Mineralwasser.

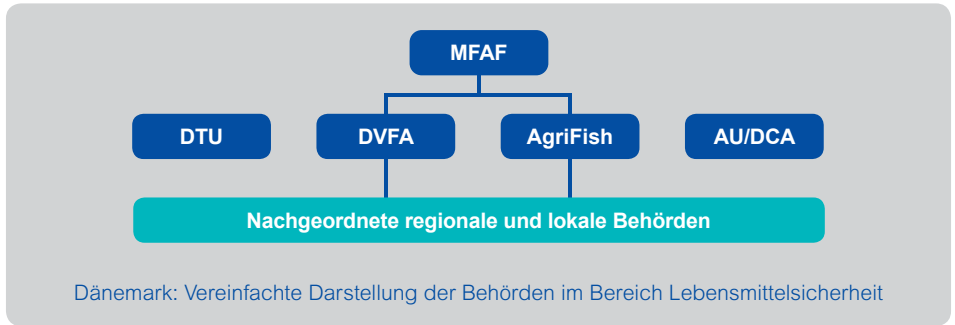
Regionale und lokale Ebene

Bulgarien besteht aus 28 Regionen mit 264 Städten und Gemeinden. Die Kontrollen auf der regionalen und lokalen Ebene werden von Behörden durchgeführt, die der Zentralregierung nachgeordnet sind. Sowohl das MH als auch das MAF haben 28 regionale Dienststellen, die an die zentralen Ebenen der Ministerien berichten.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002:

1. Food Research and Development Institute
2. Institute of Biology and Immunology of Reproduction Acad. „Kiril Bratanov“, BAS
3. Institute of Soil Science, Agrotechnology and Plant Protection
4. National Centre of Public Health Protection
5. National Diagnostic and Research Veterinary Medical Institute
6. Institute of Cryobiology and Food Technology
7. Agricultural University Plovdiv
8. Central Laboratory of Veterinary Control and Ecology
9. University of Food Technologies
10. The Stephan Angeloff Institute of Microbiology, Bulgarian Academy of Sciences
11. Maritsa Vegetable Crops Research Institute
12. Department of Food Hygiene, Faculty of Veterinary Medicine, Trakia University
13. Joint Genomic Centre to Sofia University
14. Risk Assessment Centre, BFSA

3.3 Dänemark



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Dänemark ist das dänische Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte. In Dänemark ist die Risikobewertung vom Risikomanagement weitgehend institutionell getrennt. Manche Risikobewertungen werden veröffentlicht, andere nicht.

MFAF
Ministerium für Lebensmittel, Landwirtschaft und Fischerei

► Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit

Sitz: Kopenhagen
<http://www.fvm.dk>

Das MFAF befasst sich mit der Agrarpolitik und der Lebensmittelsicherheit in Dänemark. Das MFAF erarbeitet im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit Vorlagen für Gesetze. Das MFAF wird in seiner Arbeit von zwei spezialisierten Behörden unterstützt: der dänischen Veterinär- und Lebensmittelbehörde (DVFA) und der dänischen Agentur AgriFish.

Das Tätigkeitsfeld des MFAF erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Ernährung, Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

DVFA
Dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde

- Risikomanagement
- RASFF-Kontaktstelle
- Kontaktstelle für den Codex Alimentarius

Sitz: Kopenhagen
<http://www.fvst.dk>

Die DVFA ist als nachgeordnete Fachbehörde des MFAF für das Risikomanagement in der Lebensmittelsicherheit zuständig. Die DVFA koordiniert die staatlichen Lebensmittelkontrollen. Risikobewertungen des nationalen Lebensmittelinstituts der dänischen Technischen Universität (DTU) dienen dem DVFA als Grundlage für Managementmaßnahmen im Bereich von Lebensmitteln. Risikobewertungen des dänischen Zentrums für Lebensmittel und Landwirtschaft (DCA) dienen dem DVFA als Grundlage für Managementmaßnahmen im Bereich von Futtermitteln.

In den Aufgabenbereich der DVFA gehören neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Zoonosen, Mineralwässer, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln sowie über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem Bedarfsgegenstände.

AgriFish Dänische Agentur AgriFish

► Risikomanagement

Sitz: Kopenhagen
<http://www.agrifish.dk>



AgriFish ist als nachgeordnete Fachbehörde des MFAF zuständig für Landwirtschaft, Fischerei und Aquakultur sowie Pflanzen- und Gartenbau. In den Aufgabenbereich von AgriFish gehören u. a. Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Pflanzengesundheit. Sieben Nationale Referenzlaboratorien sind gemäß Verordnung Nr. 882/2004 (EG) am AgriFish angesiedelt.

DTU Nationales Lebensmittelinstitut der Dänischen Technischen Universität

- Risikobewertung
- Forschung
- forschungsbasierte Entscheidungshilfe
- EFSA-Kontaktstelle
- Aufsicht und Überwachung
- Kontingentplanung
- Diagnostik
- Ausbildung
- Referenzlaboratorium

Sitz: Kopenhagen
<http://www.food.dtu.dk>



Ziel des DTU ist es, den Verbrauchern einen besseren Zugang zu qualitativ hochwertigen und sicheren Lebensmitteln zu gewährleisten, die Gesundheit zu fördern und ernährungsbedingte Krankheiten und Krankheiten infolge chemischer oder mikrobiologischer Kontamination in den Lebensmitteln zu verhüten. Der ganzheitliche Ansatz des Instituts umfasst die gesamte Produktionskette vom Erzeuger zum Verbraucher. Seine Tätigkeit ist auf Lebensmittel und Gesundheit, insbesondere auf die ernährungsbedingten Gesundheitsauswirkungen, die Lebensqualität und Langlebigkeit, fokussiert. Das DTU entfaltet seine Tätigkeit in den Kernbereichen Biotechnologie, Ernährung, Lebensmittelqualität, Lebensmitteltechnologie, Umwelt und Gesundheit.

Das Institut steht mit Nationalen Referenzlaboratorien für chemische und mikrobiologische Lebensmittelkontamination gemäß Verordnung Nr. 882/2004 (EG) zur Verfügung. Des Weiteren dient das Nationale Lebensmittelinstitut als EU-Referenzlaboratorium für Pestizide in Getreide und Futtermitteln sowie für Antibiotikaresistenz. Darüber hinaus dient das Institut als WHO-Kollaborationszentrum für Antibiotikaresistenz bei Krankheitserregern in Lebensmitteln und zur Überwachung von Lebensmittelkontamination.

DCA Dänisches Zentrum für Lebensmittel und Landwirtschaft, Universität Aarhus (AU)

- Forschung
- Nationale und internationale Dienstleistungen für staatliche Stellen
- Risikobewertung

Sitz: Foulum, Tjele
<http://dca.au.dk>



In den Aufgabenbereich des DCA gehören forschungsbasierte Risikobewertungen im Bereich der Futtermittelsicherheit. Das DCA

bietet forschungsbasierte Beratung und Lösungen einschließlich Risikobewertungen, die dem MFAF und der Dänischen Agentur AgriFish sowie der Dänischen Veterinär- und Lebensmittelverwaltung als Grundlage für Regulierungs- und gesetzgeberische Initiativen dienen. Das DCA arbeitet mit dem DCE zusammen, bspw. bei der Durchführung von Aufgaben für das MFAF in Bereichen, in denen ihre vielfältige Expertise hilfreich sein kann.

Zu den Aufgabenbereichen des DCA zählen:

- ▶ landwirtschaftliche Nutztiere: Erzeugungssysteme, Viehzucht, Gesundheit, Tierschutz, Futtermittel und Futtermittelsicherheit, Klone, GVO
- ▶ Lebensmittelqualität: Qualitätssicherung, Erzeugungssysteme, Versorgung, Verarbeitung, Lagerung, Ernährung, Expositionsbeurteilung, Nanotechnologie
- ▶ Pflanzengesundheit: Pflanzenschutz einschließlich Wirkungstests und Evaluation
- ▶ Pflanzen: Produktionsmanagement, Zucht, Biotechnologie, Klimatologie, Agrarökologie
- ▶ Wechselwirkung zwischen Klima, Boden, Pflanzen, Tieren und Menschen in Agrarsystemen
- ▶ ökologischer Landbau

DCE

Dänisches Umwelt- und Energiezentrum, Universität Aarhus

- ▶ Forschung
- ▶ Nationale und internationale Dienstleistungen für staatliche Stellen
- ▶ Risikobewertung

Sitz: Roskilde, Silkeborg
<http://dce.au.dk/en>



Das DCE bietet forschungsbasierte Beratung und Lösungen u. a. für das Dänische Umweltministerium sowie für das Dänische Klima- und

Energieministerium. Das DCE arbeitet mit dem DCA zusammen, bspw. bei der Durchführung von Aufgaben für das MFAF in Bereichen, in denen ihre vielfältige Expertise hilfreich sein kann.

Der Aufgabenbereich des DCE umfasst Gebiete, in denen umweltpolitische Erwägungen von erheblicher Bedeutung für die Bewertung von Lebensmitteln, Futtermitteln und deren Erzeugung sind, wie z. B.:

- ▶ Kontaminanten in der Lebensmittelkette.
- ▶ GVO (z. B. Umweltrisikobewertung, Pflanzen, Studien zur Invasion nichtheimischer Pflanzen und mikrobielle Diversität)
- ▶ Pflanzenschutzmittel und deren Rückstände (z. B. Ökotoxikologie, Expositionsszenarien, Modelle und Ökosysteme)
- ▶ Pflanzengesundheit (z. B. Seuchenrisikobewertung)

Das DCE ist an der Entwicklung von Leitlinien für die Risikobewertung beteiligt und besitzt Expertise in den Bereichen Antibiotika, Pflanzenwachstumsregulatoren und Wild hinsichtlich der Verbreitung von ausbrechenden Krankheiten.

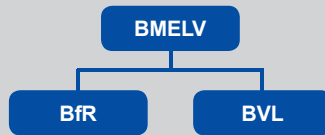
Regionale und lokale Ebene

Die regionale und lokale Ebene in Dänemark besteht aus fünf Regionen und 98 Bezirken. DVFA besteht aus drei regionalen Veterinärkontrollämtern und fünf lokalen Lebensmittelkontrollämtern. Die lokalen Dienststellen sind integraler Bestandteil der DVFA.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002:

1. National Food Institute (EFSA-Kontaktstelle) and National Veterinary Institute of the Technical University of Denmark
2. Danish Centre for Environment and Energy
3. Faculty of Science, University of Copenhagen
4. Danish Centre for Food and Agriculture

3.4 Deutschland



Ministerien und nachgeordnete Behörden der 16 Bundesländer

Deutschland: Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit

In Deutschland ist die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der staatlichen Verwaltung hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von staatlichen Maßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Deutschland sind Risikobewertung und Risikokommunikation vom Risikomanagement auf Bundesebene weitgehend institutionell getrennt. Auf regionaler Ebene (d. h. in den 16 Bundesländern) gilt dies nicht. Die Gesetzgebung im Verbraucherschutz erfolgt auf Bundesebene. Für die Umsetzung und Kontrolle sind die 16 Bundesländer verantwortlich. Risikobewertungen werden grundsätzlich im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

Das BMELV befasst sich mit der Verbraucherpolitik und insbesondere der Lebensmittelsicherheit in Deutschland. Das BMELV erarbeitet im Bereich der Lebensmittelsicherheit Vorlagen für Gesetze und erlässt Rechtsverordnungen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des BMELV. Es trägt zum Gesetzesvollzug bei, indem es die für Stoffe und Produkte gesetzlich vorgeschriebenen Risikobewertungen abgibt, und berät die Politik. In Angelegenheiten des Managements arbeitet das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) dem BMELV zu. Zum Ressort des BMELV gehören außerdem weitere Bundesforschungseinrichtungen wie z. B. im Bereich Ernährung das Max Rubner-Institut.

BMELV
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

► Verbraucherpolitik und Lebensmittelsicherheit

Sitz: Bonn und Berlin
<http://www.bmelv.de>

BMU
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

► Umweltpolitik

Sitz: Bonn und Berlin
<http://www.bmu.de>

Das BMU ist zuständig für die Lebensmittelrisiken, die auf anthropogen bedingte Einwirkungen der Luft, des Wassers und des Bodens (sog. Umweltkontaminanten) zurückzuführen sind. Das BfR und das BVL unterstützen als zuständige

Fachbehörden des Ressorts die Arbeit des BMU im Bereich Lebensmittelsicherheit. Das Umweltbundesamt (UBA), das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) unterstützen das BMU als zuständige Fachbehörden in seinem Geschäftsbereich. Ein effektiver Umweltschutz trägt zur Produktion von gesunden, weitgehend unbelasteten Lebensmitteln bei. Für die übrigen Bereiche der Lebensmittelsicherheit ist das BMELV zuständig.

**BfR
Bundesinstitut für Risikobewertung**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ Forschung

Sitz: Berlin
<http://www.bfr.bund.de>



In den Aufgabenbereich des BfR gehören Risikobewertungen in Verwaltungsverfahren, z. B. Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, und zur Politikberatung. Risikobewertungen des BfR dienen dem BMELV, dem BMU und den regionalen und lokalen Behörden als Grundlage für Managementmaßnahmen. Das BfR hat Risiken frei von wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Interessen zu bewerten, neue gesundheitliche Risiken aufzuspüren und Empfehlungen zur Risikominimierung zu erarbeiten. Das BfR lässt sich dabei von 15 unabhängigen Expertenkommissionen mit insgesamt circa 200 Wissenschaftlern beraten. Als in den Ergebnissen seiner Stellungnahmen unabhängige wissenschaftliche Einrichtung erarbeitet das BfR Gutachten zur Risikobewertung.

In den Aufgabenbereich des BfR gehören unter anderem neuartige Lebensmittel, Futtermittel, Rückstände von Pflanzenschutz- sowie von Tierarzneimitteln, GVO, Nahrungsergänzungs-

mittel, Zoonosen, Lebensmittelbedarfsgegenstände und Mineralwässer. Weitere Schwerpunkte bestehen in der Forschung sowie in der transparenten Kommunikation mit Öffentlichkeit, Wissenschaften und anderen beteiligten oder interessierten Kreisen. Das BfR veröffentlicht Risikobewertungen im Internet.

Am BfR sind 14 Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

Das Tätigkeitsfeld des BfR erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Risikobewertungen im Bereich Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel, Biozide und Chemikalien (REACH). BfR sammelt außerdem Vergiftungsmeldungen zu durch Chemikalien verursachten Vergiftungen.

**BVL
Bundesamt für Verbraucherschutz und
Lebensmittelsicherheit**

- ▶ Risikomanagement
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Braunschweig, Berlin
<http://www.bvl.bund.de>



Der Schwerpunkt der Aufgaben des BVL liegt beim Risikomanagement. Das BVL unterstützt auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit die Zusammenarbeit zwischen BMELV, BMU und den Bundesländern. So koordiniert das BVL gemeinsam mit den Bundesländern Programme für die Lebensmittelüberwachung und -kontrolle, um eine einheitliche Überwachung in allen 16 Bundesländern Deutschlands zu erreichen.

Das BVL ist die Zulassungsbehörde für neuartige Lebensmittel sowie für Pflanzenschutzmittel und Tierarzneimittel. Für diese Entscheidungen nutzt das BVL in der Regel Risikobewertungen

des BfR. Unter Zugrundelegung der Risikobewertungen anderer Einrichtungen entscheidet das BVL weiterhin über Anträge zum Versuchsanbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Das BVL ist auch an der Zulassung gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel in der EU beteiligt. Das BVL ist die nationale Kontaktstelle für Pflanzenschutzmittel. Das Tätigkeitsfeld des BVL erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Kosmetika und andere Bedarfsgegenstände.

Am BVL sind vier Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

UBA Umweltbundesamt

► Risikobewertung

Sitz: Dessau
<http://www.umweltbundesamt.de>

Das UBA ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des BMU. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ist für die Sicherheit von Trinkwasser zuständig. Hierbei unterstützt das UBA hinsichtlich der Managemententscheidungen das BMG. Weitere gesetzliche Aufgaben des UBA sind unter anderem die Information der Öffentlichkeit zum gesundheitlichen Umweltschutz.

RKI Robert Koch-Institut

► Forschung

Sitz: Berlin
<http://www.rki.de>

Das RKI ist ein Bundesinstitut im Geschäftsbereich des BMG. Aufgabe des RKI ist die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten, insbesondere der Infektionskrankheiten. Entsprechend des gesetzlichen Auftrages

erarbeitet das RKI wissenschaftliche Erkenntnisse als Basis für gesundheitliche Entscheidungen. Das RKI informiert und berät die zuständigen Bundesministerien, insbesondere das BMG, und die Öffentlichkeit.

Regionale und lokale Ebene

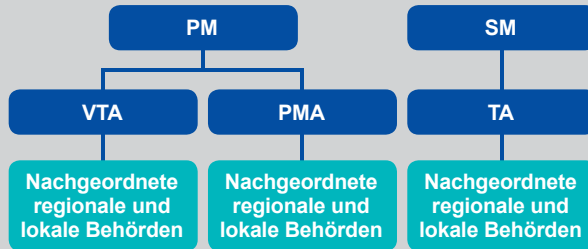
Deutschland besteht aus 16 Bundesländern, die sich hinsichtlich der Größe (zwischen 1 und 20 Millionen Menschen pro Bundesland) unterscheiden. Die 16 Bundesländer Deutschlands sind verantwortlich für die Umsetzung der Gesetze. Daher liegt auch die Umsetzung des Lebensmittelrechts in der Verantwortung der Bundesländer. In dieser Aufgabe sind die Bundesländer unabhängig, d. h., sie unterliegen nicht Weisungen des Bundes.

Das zuständige Ministerium im jeweiligen Bundesland koordiniert und überwacht die Kontrollen und Inspektionen in diesem Bereich. Um eine einheitliche Überwachungspraxis in allen Bundesländern sicherzustellen, stimmen sich die Bundesländer vor allem in Arbeitsgemeinschaften ab, an denen auch die Bundesebene beteiligt ist. In den Bundesländern gibt es 430 Überwachungsbehörden und circa 35 Lebensmitteluntersuchungsämter.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002:

1. Bundesinstitut für Risikobewertung (EFSA-Kontaktstelle)
2. Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
3. Bundesamt für Naturschutz
4. Friedrich-Loeffler-Institut
5. Julius Kühn-Institut
6. Max Rubner-Institut
7. Robert Koch-Institut
8. Deutsche Gesellschaft für Ernährung
9. Forschungsinstitut für Kinderernährung
10. Umweltbundesamt

3.5 Estland



Estland: Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittel- und Futtermittelrecht in Estland sind das Lebensmittelgesetz und das Futtermittelgesetz. Diese Gesetze enthalten Vorschriften zur Hygiene, Kennzeichnung, Kontrolle und den zuständigen Behörden oder Kontrollgremien in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über ein Verfahren bei Ordnungswidrigkeiten oder strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Estland gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement, Risikobewertung und Risikomanagement sind jedoch zum Teil verfahrenstechnisch getrennt. Es gibt keine routinemäßige Veröffentlichung der Ergebnisse von Risikobewertungen, sie werden jedoch in Abhängigkeit von der Bedeutung der Ergebnisse oder auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

PM Ministerium für Landwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik und Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Koordinierung von Risikobewertung
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Tallinn
<http://www.agri.ee>

Das PM befasst sich mit der Agrarpolitik und insbesondere der Lebensmittelsicherheit in Estland. Das PM erarbeitet im Bereich von Lebens- und Futtermitteln Vorlagen für Gesetze und koordiniert die Durchführung der staatlichen Aufgaben in der Lebensmittelsicherheit. Die Veterinär- und Lebensmittelbehörde (VTA) und die Landwirtschaftsbehörde (PMA) unterstützen als zuständige Fachbehörden des Ressorts die Arbeit des PM. Sie sind für amtliche Lebens- und Futtermittelkontrollen zuständig. Im Bereich von GVO arbeiten das PM eng mit dem Umweltministerium (KKM) und dem Ministerium für soziale Angelegenheiten (SM) zusammen.

Es sind zwei Nationale Referenzlaboratorien (Veterinär- und Lebensmittellabor, Landwirtschaftliches Forschungszentrum) nach der Verordnung

(EG) Nr. 882/2004 am PM angesiedelt. Das Tätigkeitsfeld des PM erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

SM Ministerium für soziale Angelegenheiten

- ▶ Gesundheitspolitik
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Tallinn
<http://www.sm.ee>

Das SM befasst sich mit der Gesundheitspolitik in Estland. Es erarbeitet im Bereich von Trinkwasser sowie Mineralwässern und Quellwasser Vorlagen für Gesetze. Im Bereich von GVO arbeiten das SM, das PM und das KKM zusammen. Die Gesundheitsbehörde (TA) und die staatliche Arzneimittelbehörde (RA) unterstützen als zuständige Fachbehörden des Ressorts die Arbeit des SM. Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel in Estland ist der RA, außer für den Einsatz dieser Produkte durch Tierärzte und Tierhalter.

Das Tätigkeitsfeld des SM umfasst zudem Fragen der Ernährung in öffentlichen Einrichtungen in Estland (Nährwert von Lebensmitteln, abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung).

TA Gesundheitsbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Tallinn
<http://www.terviseamet.ee>

Die TA ist dem SM nachgeordnet. Die TA ist zuständig für Risikobewertung, Risikomanagementmaßnahmen und Risikokommunikation im Bereich Trinkwasser, Mineralwasser und Quellwasser.

Die TA ist auch die zuständige Behörde für Mineralwasser und Trinkwasser und überwacht und koordiniert die Aufgaben der regionalen und lokalen Behörden.

An der TA sind zwei Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

VTA Veterinär- und Lebensmittelbehörde

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Tallinn
<http://www.vet.agri.ee>



Die VTA ist dem PM nachgeordnet. Der Schwerpunkt der Arbeit der VTA liegt beim Risikomanagement und der Risikokommunikation. Die VTA überwacht und koordiniert die einschlägigen Aufgaben der lokalen Behörden. Die Risikobewertung wurde an Forschungsinstitute und Hochschulen ausgelagert.

Zum Aufgabenbereich der VTA gehören unter anderem Futtermittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Zoonosen, neuartige Lebensmittel und Rückstände von Tierarzneimitteln. Das Tätigkeitsfeld der VTA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit und Tierschutz, Bioprodukte, Tierzucht und Marktkontrolle.

**PMA
Landwirtschaftsbehörde**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Saku
<http://www.pma.agri.ee>

Die PMA ist dem PM nachgeordnet. In den Aufgabenbereich der PMA gehören Risikobewertung, Risikomanagement und Risikokommunikationsmaßnahmen bezüglich Pflanzenschutzmittel. Die PMA ist die Regulierungsbehörde für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (einschließlich Pestizide). Die Aufgabe der PMA ist die Verwendungskontrolle von Pflanzenschutzmitteln, um zu gewährleisten, dass die entsprechenden Verordnungen eingehalten werden.

Der Aufgabenbereich der PMA geht über Pflanzenschutzprodukte hinaus und erstreckt sich auch z. B. auf Pflanzengesundheit.

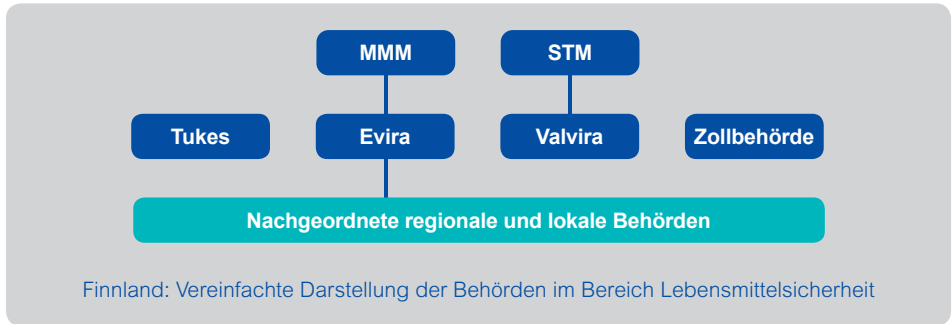
Regionale und lokale Ebene

Die VTA hat ein lokales Büro in jedem der 15 Landkreise Estlands. Diese lokalen Büros sind sogenannte Veterinärzentren und sind verantwortlich für die Durchsetzung der Lebensmittel- und Futtermittelgesetzgebung und die Durchführung von Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen. Die PMA hat außerdem ein lokales Büro in jedem Landkreis, das für Pflanzengesundheit und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zuständig ist. Die TA besteht aus einer zentralen Behörde und vier regionalen Dienststellen (Gesundheitsschutzdienste), die weitere Abteilungen in 15 Landkreisen haben.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002:

1. Estonian Environmental Research Centre
2. Estonian Veterinary and Food Laboratory
3. Health Protection Inspectorate Tartu Laboratory
4. University of Tartu
5. Estonian Research Institute of Agriculture
6. Tallinn University of Technology
7. Institute of Veterinary Medicine and Animal Sciences of Estonian University of Life Sciences
8. Institute for Health Development

3.6 Finnland



Finnland

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Finnland ist das Finnische Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Finnland gibt es keine strenge institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement, es gibt jedoch eine verfahrensrechtliche Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen sind öffentlich verfügbar.

MMM
Ministerium für Landwirtschaft und Forsten

- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Helsinki
<http://www.mmm.fi>



Die Zuständigkeit des Ministeriums für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit ist in Finnland zentral innerhalb des MMM zusammengefasst. Das Ministerium trägt die politische und gesetzgeberische Verantwortung.

Der Aufgabenbereich des MMM umfasst Futtermittel, Tierschutz, Tiergesundheit, Pflanzengesundheit, Pflanzenschutz. Die Zuständigkeit des MMM für tierische Produkte bezieht sich auf alle Verarbeitungsstufen außer dem Vertrieb.

Am MMM sind drei Nationale Referenzlabore nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

STM
Ministerium für Soziales und Gesundheit

- ▶ Ernährungspolitik
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Helsinki
<http://www.stm.fi>



Im Lebensmittelbereich befasst sich das STM mit Ernährungspolitik, einschließlich der Gesetzgebung zum Thema Trinkwasser. Der Rat für Gentechnik am STM ist zuständig für die Koordination der Aktivitäten, die im Rahmen der Gentechnik-Richtlinien der EG stattfinden.

Evira
Finnisches Amt für Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Helsinki, mehrere regionale Sitze
<http://www.evira.fi>



Das Evira ist dem MMM nachgeordnet und die zentrale Behörde im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit in Finnland. Das Evira spielt eine führende Rolle bei der Ausarbeitung von Inspektionsplänen für das nationale Lebensmittelkontrollprogramm und seiner Umsetzung, unter Einbeziehung der Lebensmittelkette vom Stall bis zum Teller. Es führt diese Inspektionen teilweise selbst durch. Ansonsten liegt diese Zuständigkeit jedoch bei den regionalen und kommunalen Behörden.

Das Evira ist zuständig für wissenschaftliche Risikobewertungen und führt wissenschaftliche Forschungsprojekte zur Lebensmittelsicherheit durch. Es fungiert auch als Bindeglied zu den Verbrauchern und organisiert die Risikokommunikation.

Das finnische Zoonosenzentrum innerhalb des Evira ist ein Kooperationsgremium des Evira und des Nationalen Instituts für Gesundheit und Fürsorge (THL). Dadurch ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Sachverständigen in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie Tier- und öffentliche Gesundheit gewährleistet.

Der Aufgabenbereich des Evira umfasst Lebensmittel, Lebensmittelhygiene, neuartige Lebensmittel, Zoonosen, GVO, abgefülltes Wasser, Wasserqualität in der Lebensmittelproduktion, Futtermittel, Pflanzenschutzmittelrückstände und Verbrauchersicherheit sowie Lebensmittelkontaminanten und Nahrungsergänzungsmittel.

Der Aufgabenbereich des Evira geht über die Lebensmittelsicherheit hinaus und umfasst z. B. Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel. (Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist jedoch die finnische Arzneimittelbehörde FIMEA.)

Tukes
Finnische Agentur für Sicherheit und Chemikalien

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Helsinki, Tampere, Rovaniemi
<http://www.tukes.fi>



Tukes überwacht und gewährleistet die technische Sicherheit und Konformität gemeinsam mit der Verbraucher- und Chemikaliensicherheit in

Finnland. Tukes ist die Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel. Die damit verbundenen Aufgaben sind unter dem Ministerium für Beschäftigung und Wirtschaft angesiedelt.

**Valvira
Nationale Aufsichtsbehörde für
Fürsorge und Gesundheit**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Helsinki
<http://www.valvira.fi>



Die Valvira ist im Bereich Lebensmittelsicherheit für die Überwachung von Leitungswasser zuständig. Die Valvira ist ebenfalls verantwortlich für die Umsetzungs- und Kontrollaktivitäten im Rahmen des nationalen Gentechnikgesetzes. Darüber hinaus überwacht Valvira Pflanzenschutzmittelrückstände in alkoholischen Produkten.

Finnische Zollbehörden

- ▶ Risikomanagement

Sitz: Helsinki
<http://www.tulli.fi>

Die finnischen Zollbehörden (im Ressort des Finanzministeriums) sind die zuständigen Behörden für den Import von Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs.

Regionale und lokale Ebene

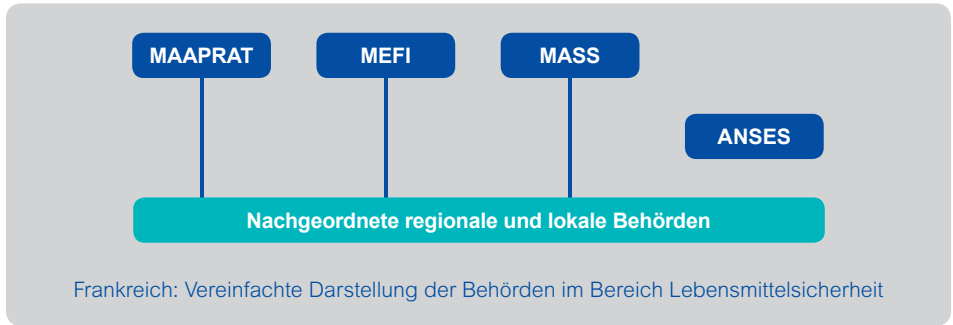
Finnland ist unterteilt in sieben Regionen, die von regionalen Verwaltungsbehörden geleitet werden. Diese regionalen Behörden unterstehen dem Finanzministerium. Die Regionen sind weiter unterteilt in selbstverwaltete Kommunen. Lebensmittelkontrollen und die Kontrolle von Tiergesundheit und Tierschutz werden von 78 lokalen Umweltgesundheitschutzkontrollen durchgeföhrt, welche den Kommunen unterstehen.

Darüber hinaus führen die 15 regionalen Zentren für Wirtschaftsentwicklung, Transport und Umwelt (unter Aufsicht des Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft) offizielle Kontrollen im Auftrag des Evira in den Bereichen Tieridentifizierung und -registrierung sowie Futtermittel und Pflanzengesundheit durch.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Radiation and Nuclear Safety Authority
2. Finnish Food Safety Authority (Evira)
3. Finnish Environment Institute
4. University of Helsinki
 - 4.1. Faculty of Veterinary Medicine
 - 4.2. Department of Food and Environmental Sciences
5. University of Kuopio, Institute of Applied Biotechnology
6. Aalto University School of Science and Technology, Department of Biotechnology and Chemical Technology
7. National Institute for Health and Welfare
8. MTT Agrifood Research Finland
9. University of Turku, Functional Foods Forum
10. Finnish Safety and Chemicals Agency (Tukes)

3.7 Frankreich



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Frankreich ist das Gesetz von 1998 über die Gesundheitsüberwachung und Kontrolle der Sicherheit der für den Menschen bestimmten Produkte.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Frankreich sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt. Risikobewertungen, wissenschaftliche Stellungnahmen und Erklärungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

MAAPRAT
Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung, Fischerei, ländlichen Raum und Raumordnung

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Paris
<http://agriculture.gouv.fr>

MAAPRAT ist zuständig für die Agrarpolitik, die Sicherheit von Lebensmitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs und Futtermittelsicherheit. MAAPRAT erarbeitet Vorlagen für Gesetze in diesem Bereich und ist außerdem zuständig für Kontrollen und Inspektionen. Risikobewertungen der ANSES dienen dem MAAPRAT als wissenschaftliche Grundlage für Risikomanagementmaßnahmen. MAAPRAT ist auch verantwortlich für Risikokommunikation.

In den Aufgabenbereich des MAAPRAT gehören unter anderem Pflanzenschutzmittel sowie deren Rückstände, Tierarzneimittel, GVO und Zoonosen.

Das Tätigkeitsfeld des MAAPRAT erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus insbesondere auf Pflanzengesundheit, Pflanzenschutz, Tiergesundheit und Tierschutz. In Frankreich gibt es zwei RASFF-Kontaktstellen, eine am MAAPRAT und eine am MEFI.

MEFI
Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie

- ▶ Verbraucherpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Paris
<http://www.minefe.gouv.fr>



Das MEFI ist zuständig für Verbraucherpolitik unter anderem für staatliche Lebensmittelkontrollen im Bereich von allen Endprodukten nicht-tierischen Ursprungs. Risikobewertungen der ANSES dienen dem MEFI als wissenschaftliche Grundlage für Managementmaßnahmen.

In den Aufgabenbereich des MEFI gehören unter anderem Nahrungsergänzungsmittel, neuartige Lebensmittel, Mineralwasser, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und GVO in Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs. (Weitere Aspekte von GVO gehören in den Zuständigkeitsbereich des hohen Rats für Biotechnologien). Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Risikokommunikation.

MASS
Ministerium für Gesundheit und Soziales

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Paris
<http://www.sante.gouv.fr>

Das MASS befasst sich mit der Gesundheitspolitik und der Lebensmittelsicherheit. Das MASS erarbeitet Vorlagen für Gesetze im Bereich von Mineralwasser und Trinkwasser und ist für die staatlichen Trinkwasserkontrollen zuständig. Risikobewertungen der ANSES dienen dem MASS als wissenschaftliche Grundlage für Managementmaßnahmen. In Zusammenarbeit mit dem MAAPRAT ist das MASS zuständig für Untersuchungen im Zusammenhang mit lebensmittelbedingten Krankheiten. Ein weiterer Schwerpunkt des MASS liegt in der Risikokommunikation.

ANSES
Französische Behörde für Lebensmittel und Umwelt- und Arbeitsschutz

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ Forschung, wissenschaftliche und technische Unterstützung

Sitz: Maisons-Alfort
<http://www.anses.fr>



2010 wurden die beiden Behörden AFFSA (französische Behörde für Lebensmittelsicherheit) und AFSSET (französische Behörde für Umwelt- und Arbeitsschutz) zu einem einzigen Institut für Risikobewertung zusammengefasst: ANSES. Die ANSES ist zuständig für Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Arbeitsschutz.

Die ANSES ist unter der Aufsicht von fünf Ministerien, von denen drei Zuständigkeiten im Bereich Lebensmittelsicherheit und Risikomanagement haben. Risikobewertungen der ANSES dienen diesen Behörden als Grundlage für Risikomanagementmaßnahmen. Außerdem identifiziert die ANSES (wieder)aufkommende

Gesundheitsrisiken und erstellt Vorschläge für Risikomanagementmaßnahmen. Die ANSES wird unterstützt von nationalen Experten in 16 wissenschaftlichen Beratungsausschüssen und entsprechenden Ad-hoc-Arbeitsgruppen. Darüber hinaus betreibt die ANSES aktiv Risikokommunikation.

Die ANSES betreibt und nimmt teil an Forschung. Elf Labore, die vielfach mit Aufgaben von Referenzlaboratorien beauftragt sind (65 national, 12 OIE, 9 EU, 1 FAO und 1 WHO), sind angegliedert an die ANSES.

Im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit erstreckt sich das Tätigkeitsfeld der ANSES über neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Ernährung, Mineral- und Trinkwasser, Pflanzenschutzmittel, Rückstände von Tierarzneimitteln, Tiergesundheit und Tierschutz. ANSES ist außerdem zuständig für die Bewertung der Sicherheit von GVO im Lebens- und Futtermittelsektor.

Die in der ANSES eingegliederte Nationale Behörde für Tierarzneimittel (ANMV) ist die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel in Frankreich.

Die Kontaktstelle für den Codex Alimentarius in Frankreich befindet sich am Generalsekretariat für europäische Angelegenheiten (Secrétariat général des affaires européennes – SGAE).

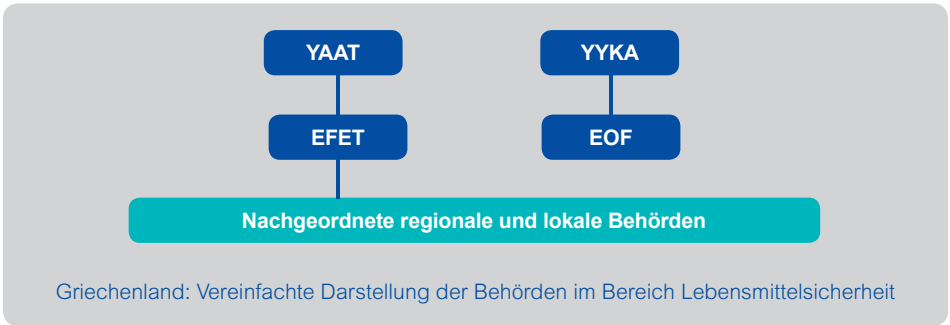
Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. French Agency for Food, Environmental and Occupational Health and Safety (ANSES)
2. French West AgroCampus
3. French Agricultural Research Centre for Developing Countries (CIRAD)
4. French National Centre for Scientific Research (CNRS)
5. French National Superior School of Agronomy and Food Industries (ENSAIA)
6. National Veterinary School of Alfort (ENVA)
7. National Veterinary School of Toulouse (ENVT)
8. French Research Institute for Exploitation of the Sea (IFREMER)
9. French National Institute for Agricultural Research (INRA)
10. Institut Pasteur Paris (IP)
11. Institut Pasteur of Lille (IPL)
12. University of Western Brittany, Food Toxicology Laboratory, EA 3880 (UBO/LERCOO)
13. French Superior Training and Research Institute in Food, Animal Health, Agronomic and Environmental Sciences (VetAgroSup)
14. French High Council for Biotechnologies (HCB)
15. French Institute for Public Health Surveillance (InVS)
16. National Laboratory of Plant Protection
17. Food Toxicology Laboratory, University of Burgundy
18. Cemagref

Regionale und lokale Ebene

Frankreich besteht aus 26 Regionen und 101 départements (5 départements in Übersee). Die Umsetzung der Futter- und Lebensmittelkontrollen erfolgt durch regionale und lokale Dienststellen des MAAPRAT und des MEFI. Die Behörden in den départements sind Dienststellen der nationalen Ministerien und unterstehen der Zentralregierung in Paris.

3.8 Griechenland



Griechenland

Zentrale Rechtsgrundlage für das Lebensmittelrecht in Griechenland ist das Lebensmittelgesetz, welches an der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 ausgerichtet ist. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Griechenland gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden nicht veröffentlicht.

YAAT
Ministerium für ländliche Entwicklung und Lebensmittel

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Athen
<http://www.minagric.gr>







YAAT ist zuständig für die Agrarpolitik und die Sicherheit von landwirtschaftlichen (Lebensmittel-)Produkten in Griechenland. YAAT implementiert horizontale und vertikale Gesetze und ist für die Koordination der Veterinärkontrollen zuständig. Grundlage für Managementmaßnahmen des YAAT sind Risikobewertungen, die das YAAT selbst durchführt. YAAT ist außerdem zuständig für transparente Kommunikation mit Verbrauchern zu Themen rund um Lebens- und Futtermittelsicherheit.

YAAT ist außerdem zuständig für Futtermittelsicherheit, Pflanzenschutz- und Tierarzneimittelrückstände, GVO und Zoonosen. YAAT überwacht die Umsetzung veterinärrechtlicher Kontrollen durch die lokalen Behörden und ist Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel.

(Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist jedoch die nationale Arzneimittelbehörde – EOF.)

Das Tätigkeitsfeld des YAAT erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Pflanzenschutz, Tiergesundheit, Tierschutz und Biozide.

In Griechenland arbeiten 46 Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004.

YYKA
Ministerium für Gesundheit und Sozialfürsorge

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Athen
<http://www.yyka.gov.gr>



Das YYKA befasst sich mit der Gesundheitspolitik. Es ist für Risikobewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement im Bereich von Mineralwässern und Trinkwasser zuständig. Die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel ist die YAAT.

EFET
Griechische Lebensmittelbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Athen
<http://www.efet.gr>



EFET ist eine dem YAAT nachgeordnete Behörde. EFET stellt sicher, dass Lebensmittel, die in Griechenland produziert, vertrieben und vermarktet werden, auch den Anforderungen der Lebensmittelsicherheit und Hygiene des nationalen und europäischen Rechts entsprechen. EFET beaufsichtigt die Lebensmittelinspektion in Griechenland. Das zentrale EFET-Büro überwacht und koordiniert die Aufgaben der regionalen EFET-Behörden.

Eine der EFET angegliederte wissenschaftliche Kommission erstellt Risikobewertungen. Die Risikobewertungen sind die Grundlage der Risikomanagementmaßnahmen sowie der Kommunikation von Risikobewertung und Risikomanagement. Die Risikobewertungen der wissenschaftlichen Kommission sind unabhängig.

Das Tätigkeitsfeld der EFET erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Kennzeichnung und gesundheitsbezogene Angaben einschließlich Ernährungspolitik.

EOF Nationale Arzneimittelbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Athen
http://eof1.eof.gr/eof_en/enhome.html



EOF ist eine öffentliche Einrichtung im Geschäftsbereich des YYKA. EOF ist zuständig für öffentliche Gesundheit und Sicherheit von Arzneimitteln für den human- und tiermedizinischen Gebrauch. Das Tätigkeitsfeld der EOF umfasst außerdem Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind, Nahrungsergänzungsmittel, Pestizide, Medizinprodukte und Kosmetik. EOF ist die Zulassungsbehörde für alle gesundheitsbezogenen Produkte in Griechenland. Sie überwacht die Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit von Produkten nach deren Inverkehrbringen. EOF ist zuständig für Anträge und Förderung von medizinischen und pharmazeutischen Forschungsvorhaben. EOF versorgt die Öffentlichkeit und das Gesundheitspersonal mit objektiven Informationen zu Arzneimitteln für den human- und veterinärmedizinischen Gebrauch und weiteren gesundheitsbezogenen Produkten, um deren Sicherheit und zweckmäßigen Einsatz sicherzustellen und eine optimale Wirtschaftlichkeit zu unterstützen.

Regionale und lokale Ebene

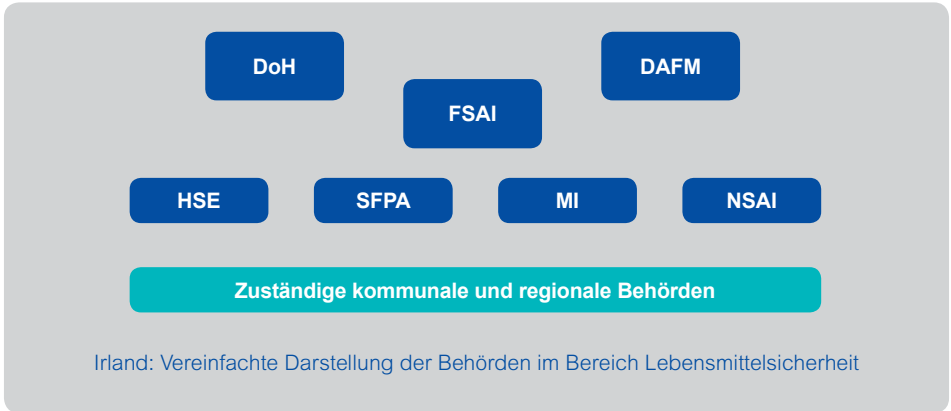
Die regionale und lokale Ebene in Griechenland besteht aus 7 dezentralisierten Administrationen, 13 Regionen und 325 Gemeinden. Für die Umsetzung der Lebensmittelkontrollen sind neun regionale EFET-Behörden sowie lokale Behörden zuständig. Die Koordination der Lebensmittelkontrollen erfolgt durch das YAAT und die zentrale EFET-Behörde.

Das Allgemeine chemische Staatslabor (GCSL) und die regionalen Chemikaliendienstellen im Zuständigkeitsbereich des Wirtschafts- und Finanzministeriums sind für die Laboranalyse von Lebensmitteln zuständig.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Hellenic Food Authority
2. General Chemical State Laboratory
3. National Agricultural Research Foundation, Institute of Technology of Agricultural Products
4. MS and Dioxin Analysis Lab, NCSR DEMOKRITOS
5. Institute of Food Hygiene
6. Food Industrial Research & Technology Development Company
7. Benaki Phytopathological Institute
8. Directorate of Plant Produce Protection, Department of Pesticides
9. National and Kapodistrian University of Athens, Department of Hygiene and Epidemiology, Public Health Nutrition and Nutritional Epidemiology Unit, Medical school, Laboratory of Analytical Chemistry, Department of Chemistry
10. University of Crete, Faculty of Medicine, Laboratory of Clinical Bacteriology, Parasitology, Zoonoses and Geographical Medicine/WHO Collaborating Centre for Research and Training in Mediterranean Zoonoses
11. Agricultural University of Athens
12. Department of Science of Dietetics-Nutrition, Harokopio University
13. NTUA, School of Chemical Engineering, Laboratory of Food Chemistry and Technology
14. Department of Forensic Medicine & Toxicology
15. Technological Educational Institute
16. University of Thessaly, Veterinary Faculty
17. Hellenic Health Foundation

3.9 Irland



Die irische Lebensmittelgesetzgebung wird zu einem überwiegenden Teil aus der Mitgliedschaft Irlands in der Europäischen Union abgeleitet. In Irland gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden grundsätzlich im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

DoH
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheitspolitik

Sitz: Dublin
<http://www.dohc.ie>

Das DoH ist für die politischen Aspekte der Lebensmittelsicherheit, die Formulierung und Umsetzung von EU-Verordnungen und die Anpassung der nationalen Gesetzgebung zuständig. Der Aufgabenbereich umfasst den Einzelhandel sowie die Verarbeitung und den Vertrieb von Lebensmitteln tierischen und nichttierischen Ursprungs außerhalb des Einzelhandels.

FSAI
Irische Lebensmittelbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Dublin
<http://www.fsai.ie>



Die FSAI ist eine unabhängige wissenschaftliche Behörde, deren Aufgabenbereich den Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Verbraucherinteressen in den Bereichen Lebensmittelsicherheit und Hygiene umfasst. FSAI wurde 1999 gegründet und soll in erster Linie sicherstellen, dass die in Irland hergestellten und vertriebenen oder vermarkteten Lebensmittel die höchsten Anforderungen in Bezug auf Lebensmittelsicherheit und Hygiene, die in angemessener Weise erreicht werden können, erfüllen.

FSAI ist zuständig für die Umsetzung der Lebensmittelgesetzgebung in Irland. In dieser Funktion führt sie amtliche Kontrollaktivitäten

im Rahmen von Vereinbarungen mit anderen Institutionen durch, stellt wissenschaftliche und technische Unterstützung für andere Institutionen durch Veröffentlichungen sowie Schulung und die Durchführung von Risikobewertungen bereit, um Risikomanagementscheidungen und Maßnahmen zu stützen.

FSAI ist zuständig für die Durchführung von Risikobewertung, Risikomanagement und Risikokommunikation im Zusammenhang mit Lebensmittelsicherheit. Die Risikobewertungs- und Risikomanagementaufgaben werden von unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Behörde wahrgenommen.

Der leitende Gesundheitsdienst (HSE) wurde durch das DoH in Folge der Rechtsvorschriften des Gesundheitsgesetzes von 2004 eingeführt. Die Direktion für primäre, Gemeinde- und Dauerpflege (PCCC) des HSE erbringt Gesundheits- und individuelle Sozialleistungen für die Gemeinden sowie in anderen Einrichtungen. Der Umweltgesundheitsdienst der PCCC bietet eine Reihe von Lebensmittelsicherheits- und Lebensmittelkontrolldiensten im Auftrag der FSAI an. Am HSE sind neun Lebensmittellaboratorien als amtliche Laboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt, von denen zwei zu Nationalen Referenzlaboratorien bestellt wurden.

DAFM

Ministerium für Landwirtschaft, Lebensmittel und Fischerei

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheitspolitik
- ▶ Lebens- und Futtermittel-Risikobewertung
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius

Sitz: Dublin

<http://www.agriculture.gov.ie>



Das DAFM ist zuständig für die politische Entwicklung, Verhandlungen auf EU-Ebene, die Umsetzung von EU-Gesetzgebung in nationales Recht und die Durchführung von amtlichen Kontrollen in den Bereichen der Primärproduktion von Lebensmitteln, Tiergesundheit und Tierschutz, Futtermittelsicherheit, Pflanzengesundheit, Fischerei, Schlachten von Tieren und Verarbeitung von Lebensmitteln tierischen Ursprungs bis zur Einzelhandelsebene, ohne diese einzuschließen. Das DAFM führt Risikobewertungen im Bereich der Futtermittel durch. Die Mitarbeiter des DAFM setzen außerdem Lebensmittelrecht um und führen Risikomanagement in Bezug auf Lebensmittel im Rahmen eines Vertrags mit FSAI durch. Die Umsetzung von Futtermittelrecht und damit verbundene Risikomanagement-Aktivitäten sind ein separater Aufgabenbereich des DAFM. Am DAFM sind acht Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt. Das Tätigkeitsfeld des DAFM erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz. Das DAFM ist die Zulassungsbehörde für Pestizide und Tierarzneimittel.

Die Behörde für den Schutz von Meeresfischerei (SFPA) ist zuständig für die Umsetzung und Durchsetzung von nationaler und EU-Gesetzgebung im Zusammenhang mit den gesundheitlichen Bedingungen für die Produktion und Vermarktung von Fisch, Muscheltieren und Fischereiprodukten.

Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich von Ernte und Fang bis hin zu Fisch oder Fischerzeugnissen, die in Verkehr gebracht werden sollen. Die Aufsicht über für den Einzelhandel bestimmten Fisch und Fischereierzeugnisse liegt beim HSE. Das Meeresinstitut (MI) ist zuständig für die Umsetzung der Gesundheitsgesetze für Wassertiere gemäß der nationalen und EU-Gesetzgebung und überwacht die Bewegung von Fischen und Schalentieren nach Irland und innerhalb Irlands.

MI ist das Nationale Referenzlaboratorium für Krankheiten bei Fischen, Weich- und Krebstieren. Es bietet wissenschaftliche Beratung und Unterstützungsdienste für FSAI ebenso wie für SFPA an.

Die irische Arzneimittelbehörde (IMB) ist zuständig für die Zulassung von Tierarzneimitteln in Irland.

Die Nationale Normungsbehörde Irlands (NSAI) ist für die Entwicklung irischer Standards zuständig und repräsentiert die irischen Interessen bei der Arbeit der Europäischen und Internationalen Normungsbehörden CEN und ISO, der Anerkennung natürlicher Mineralwässer und der Kontrolle der Anbieter von Lebensmittelkontaktmaterialien.

Regionale und lokale Ebene

HSE ist in vier geographische Regionen unterteilt: südliche Region, westliche Region, Dublin-Mitte-Leinster-Region und Dublin-Nordost-Region. Es gibt zwischen sieben und neun Umweltgesundheitseinrichtungen in jeder Region und insgesamt 33 auf nationaler Ebene.

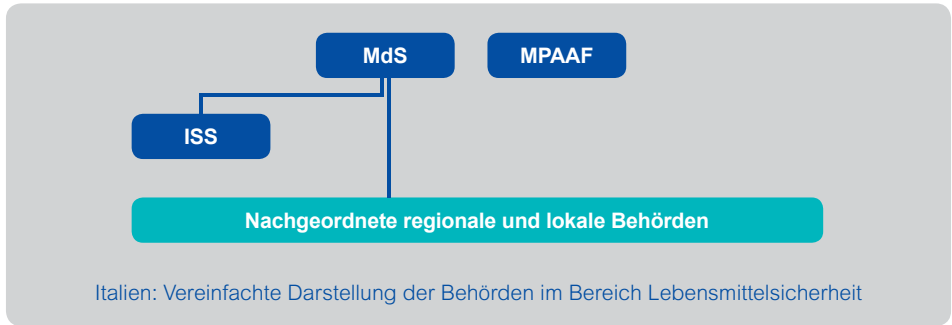
Der nationale Veterinärdienst des DAFM ist in vier regionale Tiergesundheits- und Tierschutzinspektionen mit 28 Bezirks-Veterinärämtern unterteilt. Es gibt sechs staatliche Tiergesundheits-Inspektionsregionen.

Lokale Behörden (28 insgesamt), die in den Zuständigkeitsbereich der kommunalen Strukturen des Ministeriums für Umwelt, Kulturerbe und Kommunen (DEHLG) fallen, sind Mehrzweckgremien, die verantwortlich sind für umfassende Dienstleistungen, darunter Veterinärdienstleistungen. Diese sind nach Grafschaft oder Stadt unterteilt. Die SFPA unterhält sechs Büros in den wichtigsten Häfen entlang der Küste.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Food Safety Authority of Ireland (EFSA Focal Point)
2. Department of Agriculture and Food, Pesticide Registration Division
3. Dublin Public Analyst's Laboratory
4. Department of Agriculture and Food, Residues Division of the Pesticide Control Service
5. Safefood, the Food Safety Promotion Board
6. Cork Public Analyst's Laboratory
7. The National Food Centre, Teagasc
8. Marine Institute
9. Teagasc, Moorepark Food Research Centre
10. University College Cork, Department of Epidemiology and Public Health and Department of Nutrition
11. University College Dublin, Centre for Food Safety, School for Agriculture, Food Science and Veterinary Medicine, College of Life Sciences and National Nutrition Surveillance Centre
12. National University of Ireland, Galway
13. University of Limerick, Department of Life Sciences
14. Athlone Institute of Technology
15. Dublin Institute of Technology
16. Central Veterinary Research Laboratory

3.10 Italien



Italien

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Italien ist die Verordnung Nr. 190. Italien hat das „Hygienepaket“ der EU im November 2007 umgesetzt und im April 2006 Sanktionen bei Verstößen gegen Verordnung (EG) Nr. 178/2002 eingeführt. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über zivilrechtliche Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit basieren auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Diesbezüglich wurde im Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit (MdS) die Generaldirektion der Nationalen Behörden für Gesundheitsschutz als zuständig für die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eingerichtet. In den Zuständigkeitsbereich der Generaldirektion fallen Aufgaben im Zusammenhang mit physikalischer, chemischer und biologischer Risikobewertung im Bereich Lebensmittelsicherheit sowie die Herstellung einer Verbindung zu den Regionen, ebenso wie die Planung von Risikobewertungsaufgaben in der Lebensmittelkette und die Maßnahmen der Versammlung der Verbraucher- und der Erzeugerverbände.

Zudem wird ein mehrjähriger nationaler Kontrollplan gemäß den in der Verordnung festgelegten Grundsätzen und Leitlinien entwickelt, nach dessen Vorgabe den Lebensmittelkontrollen Risikobewertung und Risikokategorisierung

zugrunde liegen sollen. Dieser Plan beschreibt das italienische System im Bereich der amtlichen Kontrollen von Lebens- und Futtermitteln, Tiergesundheit und Tierschutz und soll die Maßnahmen durch geeignete Risikobewertung und die Koordinierung sämtlicher beteiligter Akteure verbessern. In Italien gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement.

MdS Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Tiergesundheit und Tierschutz
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Rom
<http://www.salute.gov.it>



Die meisten Zuständigkeiten im Bereich, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie Tiergesundheit und Tierschutz liegen beim Ministerium für Gesundheit (MdS).

Der organisatorische Aufbau des Ministeriums ist 2011 definiert worden. Es wurde die Abteilung für öffentliche Tiergesundheit, Lebensmittelsicherheit und Kollegialorgane für den Gesundheitsschutz gegründet. Sie umfasst drei Generaldirektionen:

- ▶ Generaldirektion für Tiergesundheit und Tiermedizin
- ▶ Generaldirektion für Lebensmittelhygiene, Lebensmittelsicherheit und Ernährung
- ▶ Generaldirektion der Kollegialorgane für den Gesundheitsschutz

Das MdS befasst sich mit der Gesundheitspolitik und der Lebensmittelsicherheit. Es erarbeitet Gesetzesvorlagen zu Lebens- und Futtermitteln und ist für die Koordination staatlicher Aufgaben zuständig. Grundlage für Risikomanagement- und Risikokommunikationsmaßnahmen des MdS sind Risikobewertungen, die das Nationale Komitee für Lebensmittelsicherheit (eine aus 18 Experten bestehende beratende technische Behörde), das Nationale Gesundheitsinstitut (ISS) und das Institut für Experimentelle Zooprophyllaxe durchführen.

In den Aufgabenbereich des MdS gehören unter anderem amtliche Kontrollen beim Import von Lebens- und Futtermitteln, allgemeine Lebens- und Futtermittelhygiene, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Kennzeichnung und Ernährung, Lebensmittelkontaktmaterialien, GVO, Zoonosen, Pflanzenschutzmittelrückstände und Tierarzneimittel. Das MdS ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutz- und Tierarzneimittel und kann Audits und Inspektionen bei zuständigen regionalen Behörden vornehmen.

MPAAF
Ministerium für Landwirtschaft,
Ernährung und Forsten

- ▶ Agrarpolitik
- ▶ Pflanzengesundheit
- ▶ Kontrollen der Qualität, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von Lebens- und Futtermitteln
- ▶ Aspekte im Bereich Pflanzenschutz- und Düngemittel
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Rom
<http://www.politicheagricole.gov.it>



Das MPAAF ist zuständig für die Koordination von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Qualität von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln sowie für Pflanzengesundheit, Saatgut, Vermehrungsgut, Düngemittel und Aspekte im Bereich Pflanzenschutzmittel sowie für Tierhaltung und Erzeugnisse tierischen Ursprungs.

Die Zentralinspektion für Qualitätskontrolle und Betrugsbekämpfung bei Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist als Inspektionsbehörde des MPAAF für die Betrugsbekämpfung zuständig. Mittels ihres eigenen Laboratorienetzwerks führt sie Kontrollen zur Kennzeichnung und Qualität von Lebensmitteln, Agrarerzeugnissen, Futtermitteln, Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch. Das MPAAF kann im Auftrag der Justizbehörden spezifische Kontrollmaßnahmen im Bereich Lebensmittelsicherheit durchführen.

ISS Nationales Gesundheitsinstitut

- ▶ Risikobewertung
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Rom
<http://www.iss.it>



Das ISS ist die führende technische und wissenschaftliche Körperschaft des Nationalen Gesundheitsdienstes. Das im Zuständigkeitsbereich des MdS angesiedelte ISS beaufsichtigt die Laboratorien des italienischen Nationalen Gesundheitsdienstes bei der Durchführung von Lebens- und Futtermittelkontrollen und erbringt konfirmatorische Analysen. Es führt im Auftrag des MdS Risikobewertungen im Bereich Futtermittel, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Zoonosen, Mineralwasser, Trinkwasser sowie Pflanzenschutz- und Tierarzneimittelrückstände durch. Ein wichtiger Aufgabenbereich des Instituts ist die im Auftrag des MdS oder der Regionen durchgeführte Inspektion und Qualitätskontrolle von Lebensmittelzeugnissen und Verpackung.

Regionale und lokale Ebene

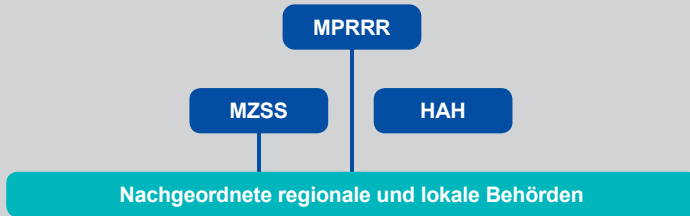
Abgesehen von ausdrücklich der Zentralregierung obliegenden Aufgaben wie etwa Angelegenheiten von allgemeinem staatlichem Interesse, Einfuhrkontrollen, internationaler Krankheitsprävention, Risikobewertung in der Lebensmittelkette und Beratung von Erzeugern und Verbrauchern, liegt die Zuständigkeit für Kontrollen auf regionaler Ebene. Die 19 Regionen und 2 autonomen Provinzen sind innerhalb ihres Hoheitsgebietes für Planung, Koordination, Anleitung, Zulassung und Verifikation zuständig, während die operative Umsetzung von Kontrollen auf lokaler Ebene durch

146 lokale Gebietskörperschaften mit weitgehender Verwaltungsautonomie erfolgt. Innerhalb der lokalen Gebietskörperschaften sind der Lebensmittelhygiene- und Ernährungsdienst für Lebensmittel nichttierischen Ursprungs und die lokalen veterinärmedizinischen Dienststellen für Tiergesundheit, Tierschutz, tierische Lebensmittel und Futtermittel zuständig.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Istituto Superiore di Sanità – ISS
2. Istituto Nazionale di Ricerca per gli Alimenti e la Nutrizione – INRAN
3. Agricultural Research Council
4. Stazione Sperimentale per l'Industria delle Conserve Alimentari – SSICA
5. Stazione Sperimentale per le Industrie degli Oli dei Grassi – SSOG
6. Centro Internazionale per gli Antiparassitari e la Prevenzione Sanitaria
7. Istituto Zooprofilattico Sperimentale della Lombardia e dell'Emilia-Romagna
8. Istituto Zooprofilattico Sperimentale della Puglia e della Basilicata
9. Istituto Zooprofilattico Sperimentale della Sicilia
10. Istituto Zooprofilattico Sperimentale dell'Umbria e delle Marche
11. Istituto Zooprofilattico Sperimentale del Lazio e della Toscana
12. Istituto Zooprofilattico Sperimentale dell'Abruzzo e del Molise
13. National Reference Centre for Animal Encephalopathies (CEA)
14. National Reference Centre for Surveillance and Monitoring Animal Feed (C. Re. A. A.)
15. Istituto Zooprofilattico Sperimentale Piemonte, Liguria e V. d'Aosta
16. CNR Institute of Sciences of Food Production
17. Istituto Zooprofilattico Sperimentale del Mezzogiorno
18. Reference National Laboratory for Toxoplasmosis (Ce.Tox.) IZS Sicily
19. Istituto Zooprofilattico Sperimentale delle Venezie
20. 13 weitere Universitäten in Italien

3.11 Kroatien



Kroatien: Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Kroatien ist das Lebensmittelgesetz, welches die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 in nationales Recht umsetzt. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der staatlichen Verwaltung hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von staatlichen Maßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Kroatien sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell voneinander getrennt. Risikobewertungen werden veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

MPRRR Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und ländliche Entwicklung

- ▶ Agrarpolitik, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit
- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheitspolitik
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Zagreb
<http://www.mps.hr>



Das MPRRR ist zuständig für Vorlagen für Gesetze und deren Vollzug im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit, -qualität und -hygiene sowie Agrarpolitik, amtliche Kontrollen, Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

Das MPRRR ist die zuständige Behörde für amtliche Kontrollen im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit. Dazu gehören Kontrollen bei der Primärproduktion von Lebensmitteln tierischen oder pflanzlichen Ursprungs sowie bei deren Verarbeitung, Import, Export und Verkauf. Das MPRRR entwickelt einen mehrjährigen nationalen Kontrollplan und bestimmt amtliche Referenzlaboratorien für die Analyse von Lebens- und Futtermitteln und zur

Sicherung von Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit. Das MPRRR ist verantwortlich für die Aufklärung der Öffentlichkeit im Falle eines begründeten Verdachts von gesundheitlichen Risiken von Lebens- und Futtermitteln für menschliche und Tiergesundheit.

Das kroatische Zentrum für Landwirtschaft, Lebensmittel und ländliche Angelegenheiten (HCPHS) ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel.

MZSS Gesundheitsministerium

- ▶ Gesundheitspolitik
- ▶ Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Zagreb
<http://www.mzss.hr>



In Zusammenarbeit mit dem MPRRR ist das MZSS verantwortlich für Vorlagen für Gesetze im Bereich Sicherheit von Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs, Nahrungsergänzungsmitteln, Säuglings- und Kleinkindnahrung, Lebensmitteln für besondere medizinische Zwecke, tiefgefrorenen Lebensmitteln, Kontaminanten in Lebensmitteln, Lebensmittelzusatzstoffen und Aromastoffen sowie funktionellen Lebensmitteln. Das MZSS ist zuständig für Hygieneinspektionen bei Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs, bei Produktion, Verarbeitung, Import und Export. Das MZSS ist zudem zuständig für die Hygieneinspektion im Lebensmittelvertrieb (für Lebensmittel tierischen UND nichttierischen Ursprungs), mit Ausnahme von Betrieben, die bereits vom MPRRR geprüft wurden. Das MZSS arbeitet in enger Kooperation mit dem MPRRR, um amtliche Kontrollen zu unterstützen und durchzuführen und um mehrjährige nationale Kontrollpläne zu entwickeln.

HAH Kroatische Behörde für Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Kommunikation von Risikobewertungen
- ▶ Wissenschaftliche und technische Unterstützung
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Osijek
<http://www.hah.hr>



Die HAH ist eine von der Regierung eingesetzte Behörde im Geschäftsbereich des MPRRR. Die HAH ist eine unabhängige, wissenschaftliche Behörde und stellt wissenschaftliche und technische Unterstützung in allen Bereichen der Lebens- und Futtermittelsicherheit zur Verfügung. Die HAH ist zuständig für Risikobewertungen in diesem Bereich sowie für die Kommunikation der Ergebnisse von Risikobewertungen.

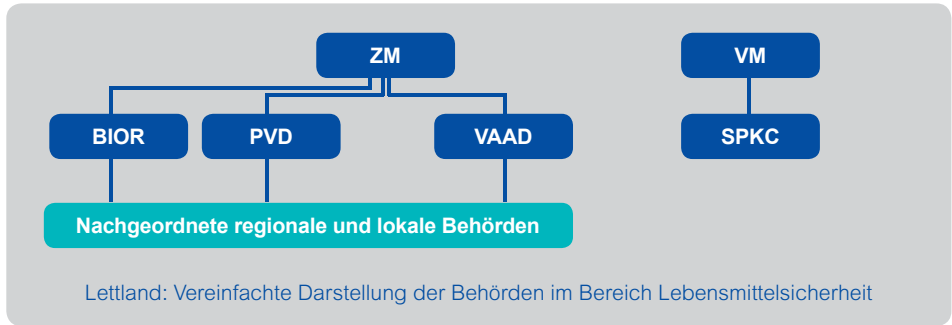
Die HAH steht in engem Kooperations- und Kommunikationskontakt mit mehreren nationalen und internationalen Einrichtungen. Unabhängige nationale Experten unterstützen die HAH durch deren Mitgliedschaft in der Wissenschaftlichen Kommission und den Wissenschaftlichen Gremien. Die HAH kooperiert zudem eng mit dem MPRRR bei der Entwicklung mehrjähriger nationaler Kontrollpläne. Zusätzlich ist die HAH verantwortlich für die Einrichtung und Koordinierung eines nationalen Netzwerks von Institutionen im Bereich von Lebensmittelsicherheit.

Die Kontaktstelle für den Codex Alimentarius ist das kroatische Institut für Normung (HZN).

Regionale und lokale Ebene

In Kroatien besteht die regionale und lokale Ebene aus 20 Landkreisen und der Hauptstadt Zagreb, welche ebenfalls den Status eines Landkreises hat. Auf regionaler und lokaler Ebene werden die Kontrollen von Lebensmitteln tierischen Ursprungs von Hygiene- und Veterinärinspektoren im Kontext der staatlichen und Grenzkontrollen durchgeführt. Regionale und lokale Kontrollen werden von der Direktion für Hygienekontrollen (MHSW) und der Direktion für Veterinärkontrollen (MAFRD) durchgeführt.

3.12 Lettland



Die Nahrungsmittelwirtschaft muss sowohl das Lebensmittelrecht der EU als auch die nationalen Gesetzesvorschriften im Bereich Lebensmittelsicherheit und Qualität befolgen. Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Lettland ist das Gesetz zur Überwachung des Umgangs mit Lebensmitteln. Verstöße gegen das Lebensmittelrecht hinsichtlich Routinekontrollen von Lebensmittelunternehmen sowie Verbraucherklagen und der Ausbruch lebensmittelbedingter Krankheiten können zu zivilrechtlichen und gegebenenfalls strafrechtlichen Maßnahmen führen. Amtliche Kontrollen im Bereich Lebensmittelsicherheit werden auf der Grundlage der Risikobewertung durchgeführt. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Lettland gibt es eine klare institutionelle Trennung hinsichtlich der funktionalen Umsetzung von Risikobewertung und Risikomanagement. Die Durchführung der Risikobewertung obliegt dem Institut für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Umwelt, BIOR, wohingegen das Risikomanagement Aufgabe des Lebensmittel- und Veterinärdienstes ist. Dringende Mitteilungen hinsichtlich Tätigkeiten zu Risikobewertung und Risikomanagement sowie sonstige einschlägige Mitteilungen für Lebensmittelunternehmen und Verbraucher werden von Fall zu Fall im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

ZM Ministerium für Landwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik
- ▶ Lebensmittelsicherheit und Qualität
- ▶ Lebensmittelinformationen für Verbraucher
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius

Sitz: Riga
<http://www.zm.gov.lv>

Das ZM ist zuständig für die Entwicklung und Umsetzung der Politik in den Sektoren Landwirtschaft, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, einschließlich der Entwicklung nationaler Gesetzesvorschriften für die oben aufgeführten Sektoren. Das ZM arbeitet mit dem BIOR-Institut als für die Risikobewertung zuständige Stelle sowie mit dem PVD und dem VAAD als für das Risikomanagement zuständige Stellen zusammen bei der Entscheidungsfindung bezüglich erforderlicher Maßnahmen zum Risikomanagement. Das ZM ist ständig an Risikokommunikationsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen beteiligt.

In den Zuständigkeitsbereich des ZM gehören im Allgemeinen Aufgaben wie Lebensmittelsicherheit und Qualität, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutz, Tiergesundheit und artgerechte Tierhaltung. Das ZM ist unter anderem für

Rechtsverordnungen für neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Mineralwässer und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sowie für die Entwicklung und Umsetzung von Überwachungs- und Kontrollprogrammen im Bereich Zoonosen, Pestizidrückständen, Rückständen von Tierarzneimitteln und sonstige Lebensmittel- und Futtermittelkontaminanten zuständig.

**VM
Ministerium für Gesundheit**

- ▶ Gesundheitsfürsorgepolitik, öffentliche Gesundheitspolitik und Pharmapolitik
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Riga
<http://www.vm.gov.lv>

Hauptaufgaben des VM sind die Entwicklung und Umsetzung der staatlichen Politik zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und die Förderung der Prävention durch das nachdrückliche Hinwirken auf eine gesunde Lebensweise sowie die Schaffung der Bedingungen für eine kosteneffektive, zugängliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsvorsorge für die Bürger.

Das VM ist zuständig für die Entwicklung, Koordinierung und Aktualisierung der Ernährungspolitik, für die Analyse der Überwachungsergebnisse bei lebensmittelbedingten Krankheiten sowie für die Erarbeitung wissenschaftlicher Stellungnahmen hinsichtlich der Lösung von Ernährungsproblemen und die Aufklärung der Öffentlichkeit in aktuellen Ernährungsbelangen.

Das VM ist zuständig für die Erarbeitung von Empfehlungen für die Nährstoff- und Energiezufuhr für bestimmte Bevölkerungsgruppen in Lettland sowie für die Entwicklung von Standards für die Nährstoff- und Energiezufuhr für Kinder in Kindergärten und Schulen sowie für die Bewohner von Betreuungseinrichtungen und Krankenhauspatienten.

Das VM ist beteiligt an der Überwachung der Sicherheit und Qualität von Trinkwasser; ausgenommen die internen Wasserleitungen von Lebensmittelunternehmen. Der dem Ministerium für Gesundheit nachgeordnete Ernährungsrat wurde zur Unterstützung der Tätigkeiten im Ernährungsbereich eingerichtet. Das VM ist ständig an den Maßnahmen zur Risikokommunikation auf verschiedenen Ebenen beteiligt.

**BIOR
Institut für Lebensmittelsicherheit,
Tiergesundheit und Umwelt**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Riga
<http://www.bior.gov.lv>

BIOR führt Risikobewertungen u. a. im Bereich Lebensmittel, Tiermedizin, Umwelt und Fischerei durch. BIOR implementiert Projekte zur Bewertung von Risiken im Bereich Lebensmittelsicherheit und ansteckende Tierkrankheiten und gewährleistet die Zusammenarbeit mit Institutionen, die in diesen Bereichen tätig sind. BIOR übernimmt Aufgaben des Nationalen Referenzlaboratoriums in den gesetzlich vorgeschriebenen Bereichen und führt laboratorische und diagnostische Untersuchungen bezüglich der staatlichen Überwachung und Kontrolle des Lebensmittelverkehrs, des Tierschutzes und des Verkehrs tierischer Futtermittel und Tierarzneimittel durch. BIOR fungiert als EFSA-Kontaktstelle.

**SPKC
Zentrum für Prävention und Kontrolle
von Krankheiten**

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Riga
<http://www.spkc.gov.lv>

Das SPKC ist zuständig für die epidemiologische Aufsicht und Überwachung und die Verwaltung der Datenbasis. Außerdem ergreift es die erforderlichen Maßnahmen zur Prävention und Lokalisierung von Infektionskrankheiten. Dem Zentrum obliegt die Überwachung der öffentlichen Gesundheit und die Verwaltung des einschlägigen Berichtswesens sowie die Beratung der Öffentlichkeit in Fragen der Gesundheit und einer gesunden Lebensweise. Das SPKC ist zuständig für das Frühwarn- und Reaktions-system für die Überwachung und Kontrolle übertragbarer Krankheiten in der EU (EWRS), übernimmt Aufgaben als Koordinator von TESSy (Europäisches System zur Überwachung von Infektionskrankheiten) und ist als WHO-Kontaktstelle und als Kontaktstelle für das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten angesiedelt.

VAAD Staatlicher Pflanzenschutzdienst

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Riga
<http://www.vaad.gov.lv>



Der VAAD ist unter Aufsicht des ZM tätig. Der VAAD ist zuständig für die amtliche Überwachung und Kontrolle im Bereich Freizügigkeit von Pflanzenerzeugnissen, Düngemitteln, Pflanzen und Pflanzenschutzmitteln, Pflanzensorten, Saatgut und Pflanzgut. Der VAAD arbeitet mit internationalen Organisationen zusammen und organisiert den Informationsaustausch mit anderen Ländern zu Fragen des Pflanzenschutzes, der Pflanzenquarantäne, des Verkehrs mit Saatgut und Sortenschutzrechte. Der VAAD ist zuständig für die Kontrolle von GVO in Saatgut und anderem Vermehrungsmaterial.

PVD Lebensmittel- und Veterinärdienst Lettlands

- ▶ Überwachung und Kontrolle
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Riga
<http://www.pvd.gov.lv>



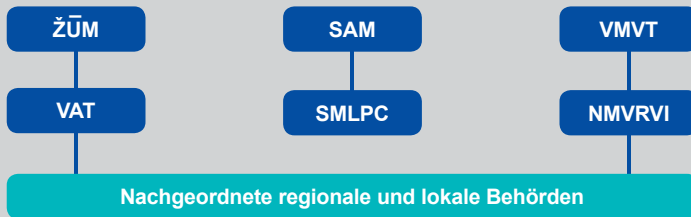
Der PVD ist eine nachgeordnete Fachbehörde im Geschäftsbereich des VM. Der PVD ist zuständig für die Durchführung von staatlichen Aufsichts- und Kontrollaufgaben im Bereich Lebensmittelsicherheit und Qualität sowie in den Bereichen Lebensmittelkennzeichnung in der gesamten Lebensmittelkette, einschließlich der Überwachung und Kontrolle von Lebensmitteln an den Grenzen (Konzept „vom Erzeuger zum Verbraucher“). Der PVD nimmt die Registrierung und Zulassung von Lebensmittelunternehmen vor.

Im Falle einer Bedrohung des menschlichen Lebens oder der Gesundheit ist es Aufgabe des leitenden staatlichen Lebensmittel- und Veterinärinspektors, die Einschränkung oder das Verbot des Vertriebs von Lebensmitteln auf lettischem Staatsgebiet zu verfügen. Der PVD fungiert als amtliche RASFF-Kontaktstelle in Lettland.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Institute for Food Safety, Animal Health and Environment (BIOR)
2. Food and Veterinary Service
3. State Plant Protection Service – Plant Protection Department
4. Latvia University of Agriculture
5. University of Latvia
6. Riga Stradins University

3.13 Litauen



Litauen: Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Litauen ist das litauische Lebensmittelgesetz. Dieses betrifft Anforderungen an in den Verkehr gebrachte Lebensmittel, deren Bearbeitung, die Zuständigkeiten von Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit, die Pflichten und Haftung von Lebensmittelproduzenten, Lebensmittelunternehmen und im Lebensmittelhandel.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Litauen sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht.

SAM Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius

Sitz: Vilnius
<http://www.sam.lt>

Das SAM ist zuständig für Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit in Litauen. Das SAM erarbeitet Vorlagen für Gesetze im Bereich Nahrungsmittel und Lebensmittelsicherheit unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Bewertung des Risikos für die menschliche Gesundheit. In den Aufgabenbereich des SAM gehören Lebensmittelzusatzstoffe, Nahrungsergänzungsmittel, Höchstmengen von Lebensmittelkontaminanten, Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und anderen Substanzen in Lebensmitteln, diätetische Lebensmittel, bestrahlte Lebensmittel, GVO, neuartige Lebensmittel und Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen. Das SAM legt außerdem zwingende Erfordernisse zum Schutz der Verbraucher fest, d. h. Lebensmittelkennzeichnung sowie zur Anwendung von Nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben. Des Weiteren bestimmt das SAM zwingende Erfordernisse hinsichtlich der Gesundheit von Menschen, die mit Lebensmitteln arbeiten, die vorgeschriebenen Verfahren

zu Gesundheitsuntersuchungen und die obligatorischen Hygieneschulungen.

Am SAM ist das staatliche Überwachungslabor für öffentliche Gesundheit (NVSTL) nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

ŽŪM Ministerium für Landwirtschaft

► Agrarpolitik

Sitz: Vilnius
<http://www.zum.lt>

Das ŽŪM ist zuständig für die Qualitätsanforderungen von Lebensmitteln und Lebensmittelsicherheit in Litauen. Dies umfasst Vorschriften der Lebensmittelkennzeichnung, den Umgang mit Lebensmitteln, pflanzliche Agrarerzeugnisse für den menschlichen Verzehr, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie den ökologischen Landbau. In Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium und dem Ministerium für Gesundheit ist das ŽŪM an der Regelung zur Nutzung von GVO beteiligt.

VMVT Staatlicher Lebensmittel- und Veterinärdienst

- Risikomanagement
- Risikokommunikation
- EFSA-Kontaktstelle
- RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Vilnius
<http://www.vmv.lt>



Der VMVT hat gegenüber der Regierung Litauens eine Rechenschaftspflicht, erstellt Vorlagen für Gesetze im Bereich Lebensmittelqualität, Lebensmittelsicherheit sowie Tiergesundheit und Tierschutz und ist zuständig für deren Umset-

zung. Für seine Entscheidungen nutzt der VMVT in der Regel Risikobewertungen des Nationalen Lebensmittel- und Veterinär-Risikobewertungsinstituts (NMVRVI).

VMVT überwacht und koordiniert Tierschutz einschließlich der Ausbrüche von Zoonosen und anderen ansteckenden Tierkrankheiten. Ziel des VMVT ist es, alle notwendigen biologischen Maßnahmen einzusetzen, um die Einführung von Zoonosen und anderen ansteckenden Tierkrankheiten nach Litauen und in die EU zu verhindern.

VMVT führt offizielle Kontrollen der gesamten Lebensmittelkette nach dem Prinzip „vom Feld bis auf den Tisch“ durch. VMVT überwacht zudem, dass Lebensmittel auf dem litauischen Markt und Lebensmittel, die für den Export bestimmt sind, die zwingend vorgeschriebenen Sicherheits- und Kennzeichnungsvorschriften und andere rechtliche Bestimmungen erfüllen.

NMVRVI Nationales Lebensmittel- und Veterinär-Risikobewertungsinstitut

- Risikobewertung
- Forschung

Sitz: Vilnius
<http://www.nmvrvi.lt>



Als zuständige Fachbehörde, die dem VMVT nachgeordnet ist, ist das NMVRVI zuständig für wissenschaftsbasierte Risikobewertungen, die Identifizierung neuer gesundheitlichen Risiken und für Empfehlungen zur Risikoreduzierung. Der Aufgabenbereich des NMVRVI umfasst die Sicherheit und Wirksamkeit von Tierarzneimitteln und Biozid-Produkten im Veterinärbereich, die Bewertung biologischer, chemischer und anderer Risikofaktoren in Lebens- und Futtermitteln, Zoonosen, die Bewertung der Sicherheit

und Wirksamkeit von Nahrungsergänzungsmitteln und Futterzusätzen, Risikobewertungen von GVO für lebende Tiere und GVO in Lebens- und Futtermitteln.

Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel in Litauen ist das NMVRVI. Am NMVRVI ist ein Nationales Referenzlabor nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt. Das Tätigkeitsfeld des NMVRVI erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit.

SMLPC
Zentrum für Gesundheitserziehung
und Krankheitsprävention

- ▶ Verbraucheraufklärung zur Lebensmittelsicherheit
- ▶ Forschung (Lebensmittelverzehr und Überwachung)

Sitz: Vilnius
<http://www.smlpc.lt>



Das SMLPC ist eine Fachbehörde innerhalb des Aufgabenbereichs des SAM. Das SMLPC organisiert und führt Aufklärungsarbeit zu Ernährung und Lebensmittelsicherheit für Einwohner, Gemeinden und Fachleute durch. Das SMLPC organisiert regelmäßig Verzehrsstudien in Litauen.

VAT
Staatlicher Pflanzendienst

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Vilnius
<http://www.vatzum.lt>



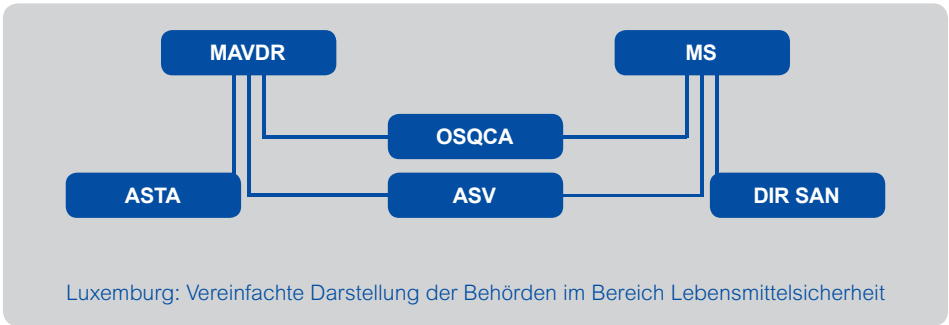
Der VAT ist eine dem ŽŪM nachgeordnete Fachbehörde. Der VAT ist zuständig für die Umsetzung und Kontrolle der sicheren Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Pflanzenschutzmaßnahmen. Der VAT ist zuständig für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln sowie die Nachzulassungskontrolle (Import, Lagerung, Verkauf, Kennzeichnung, Verpackung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln).

Außerdem kontrolliert der VAT den Anbau von GVO-Saatpflanzen und die Nutzung von Pflanzenvermehrungsmaterial (einschließlich GVO). In diesem Zusammenhang überwacht und koordiniert der VAT die Aufgaben der zehn regionalen Dienststellen und der 22 Pflanzenschutzinspektoren.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002:

1. State Food and Veterinary Service
2. Health Education and Disease Prevention Centre, Ministry of Health
3. State Plant Protection Service, Ministry of Agriculture
4. National Food and Veterinary Risk Assessment Institute

3.14 Luxemburg



Luxemburg

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Luxemburg sind die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 sowie die nationale Lebensmittelgesetzgebungen. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der staatlichen Verwaltung hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von staatlichen Maßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Luxemburg gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement.

MAVDR
Ministerium für Landwirtschaft, Weinkultur und ländliche Entwicklung

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius

Sitz: Luxemburg
<http://www.ma.public.lu>

Die beiden Ministerien MAVDR und MS werden von zuständigen Behörden wie ASTA und ASV unterstützt. Der Zuständigkeitsbereich des MAVDR erstreckt sich über den Bereich von Lebens- und Futtermittelsicherheit hinaus auf Pflanzengesundheit, Pflanzenschutzmittel, Tiergesundheit und Tierschutz.

MS
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Luxemburg
<http://www.ms.public.lu>

Das MS befasst sich mit der Gesundheitspolitik und erarbeitet in diesem Bereich Vorlagen für Gesetze. Staatliche Lebensmittelsicherheitskontrollen werden von nachgeordneten Behörden ausgeführt und vom MS überwacht. Das MS wird von zuständigen Behörden wie DIR SAN, DPM und ASV unterstützt. Das Tätigkeitsfeld des MS erstreckt sich über den Bereich von Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Biozide und kosmetische Mittel.

Das MAVDR befasst sich mit der Agrarpolitik und erstellt Vorlagen für Gesetze in bestimmten Bereichen von Lebens- und Futtermittelsicher-

OSQCA
Behörde für Sicherheit und Qualität
in der Lebensmittelkette

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Luxemburg
<http://www.securite-alimentaire.public.lu>



Die OSQCA ist eine nachgeordnete Fachbehörde im Geschäftsbereich des MAVDR und des MS. Die OSQCA ist verantwortlich dafür, die optimale Kooperation zwischen allen Behörden im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit sicherzustellen. Risikobewertungsverfahren, die von der OSQCA (sowie von der ASTA, ASV und DIR SAN) ausgearbeitet werden, werden dem MAVDR und dem MS als Grundlage für Politik und Managementmaßnahmen unterbreitet. Auf Anfrage des MAVDR und des MS erarbeitet die OSQCA Empfehlungen zur Lebensmittelsicherheit. Die OSQCA ist für die Koordination von staatlichen Futtermittel- und Lebensmittelkontrollen zuständig. Die OSQCA beaufsichtigt die zuständigen Behörden, die mit der Kontrolle der Lebensmittelkette befasst sind. Zusätzlich bietet die OSQCA Schulung für diese Behörden, wie in der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 festgelegt.

In den Aufgabenbereich der OSQCA gehören die in Verordnung (EG) Nr. 882/2004 beschriebenen Aufgaben und insbesondere Maßnahmen bezüglich Futtermittel, neuartige Lebensmittel, Rückstände von Pflanzenschutz- sowie Tierarzneimitteln, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Zoonosen, Mineralwässer und Trinkwasser.

ASTA
Ackerbauverwaltung

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Luxemburg
<http://www.asta.etat.lu>



Die ASTA ist eine nachgeordnete Fachbehörde im Geschäftsbereich des MAVDR. Sie ist zuständig für die Risikobewertung und Umsetzung von staatlichen Kontrollen für Futtermittel, Pflanzenschutzmittel und die EU-Gütesiegel PDP, PGI und TSG. ASTA ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel. ASTA ist zuständig für die Kontrolle der Primärproduktion von Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs.

ASV
Veterinärverwaltung

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Luxemburg
<http://www.asv.public.lu>



Die ASV ist eine nachgeordnete Fachbehörde im Geschäftsbereich des MAVDR und des MS. Die ASV ist für die Risikobewertung und die Umsetzung von staatlichen Inspektionen im Bereich von Lebensmitteln tierischen Ursprungs, Tiergesundheit und Tierschutz zuständig.

DIR SAN Direktion für öffentliche Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Luxemburg
<http://www.securite-alimentaire.public.lu>



Die DIR SAN ist dem MS nachgeordnet. Die Abteilung für Lebensmittelsicherheit (SECUALIM) innerhalb der DIR SAN ist zuständig für Risikobewertung und die Umsetzung von staatlichen Lebensmittelsicherheitskontrollen im Bereich Lebensmittelhygiene, HACCP, mikrobiologische Erreger, Kontaminanten, Pestizidrückstände, GVO, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittelzusatzstoffe, besondere diätetische Lebensmittel, Lebensmittelkennzeichnung, Lebensmittelkontaktmaterialien, Bestrahlung, Import von Lebensmitteln und Getränken nichttierischen Ursprungs.

Im Bereich Lebensmittelhygiene pflegt die SECUALIM enge Zusammenarbeit mit der Zollverwaltung. Gemeinsame Verfahren und Checklisten stehen für die Durchführung von Kontrollen zur Verfügung.

Die Abteilung für Pharmazie und Medizin (DPM) innerhalb der DIR SAN ist zuständig für die Risikobewertung und die Umsetzung der staatlichen Lebensmittelsicherheitskontrollen im Bereich Fütterungsarzneimittel und Arzneimittel. Die DPM ist die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel.

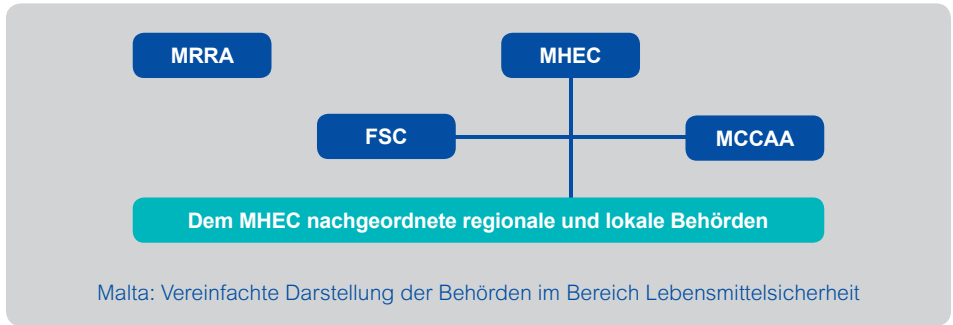
Regionale und lokale Ebene

Die Umsetzung der Futter- und Lebensmittel- sowie sonstiger Kontrollen erfolgt durch die Behörden der zentralen Ebene.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Centre de Recherche Public de la Santé
2. Laboratoire National de Santé
3. Centre de Recherche Public-Gabriel Lippmann

3.15 Malta



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Malta ist das Lebensmittelsicherheitsgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Malta sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell voneinander getrennt. Risikobewertungen werden nicht veröffentlicht.

In Malta sind die zentralen Stellen für die Politik, Koordinierung und unmittelbare Umsetzung der Kontrollen verantwortlich.

MRRA
Ministerium für Ressourcen und ländliche Angelegenheiten

- ▶ Agrarpolitik, Lebens- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Valletta
<http://mr.ra.gov.mt>



Das MRRA befasst sich mit der Agrarpolitik und insbesondere der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit in Malta. Es ist die zuständige Behörde für Kontrollen von Lebensmitteln tierischen Ursprungs. Das MRRA ist zuständig für Empfehlungen, Zulassungen und Inspektionen aller Arten von Betrieben im Zusammenhang mit Lebensmitteln tierischen Ursprungs sowie für Importkontrollen für Lebensmittel tierischen Ursprungs und Futtermittel.

In den Aufgabenbereich des MRRA gehören unter anderem Futtermittel, GVO, Zoonosen und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sowie von Tierarzneimitteln. Das Tätigkeitsfeld des MRRA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

MHEC Ministerium für Gesundheit, ältere Menschen und kommunale Versorgung

- ▶ Sozial- und Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Valletta
<http://www.sahha.gov.mt>



Das MHEC befasst sich mit der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie der Lebensmittelsicherheit in Malta. Es ist verantwortlich für Kontrollen von Lebensmitteln und Lebensmittelhygiene. Das MHEC ist zuständig für die Überwachung und Koordinierung der Durchführung der Kontrollen. Tatsächlich durchgeführt werden die Kontrollen von sieben regionalen Dienststellen.

In den Aufgabenbereich des MHEC gehören unter anderem Hygiene, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Mineralwässer und Trinkwasser. Das Tätigkeitsfeld des MHEC erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Fragen der Ernährung.

FSC Kommission für Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Forschung

Sitz: Msida
http://ehealth.gov.mt/HealthPortal/others/foodsafetycom/introduction/duty_of_food_safety_commission.aspx



Die FSC ist eine unabhängige staatliche Koordinierungsbehörde, die dem MHEC nachgeordnet ist. Die FSC ist für Risikomanagement und Risikokommunikation zuständig. Sie ist Koordinierungsstelle für Themen im Bereich Lebensmittelsicherheit und fungiert als Forum für Kooperationen zwischen MRRA, MHEC und MCAA und weiteren Einrichtungen der Lebensmittelsicherheit. Die FSC ist zuständig für die Registrierung aller Lebensmittelbetriebe.

In Malta ist das öffentliche Gesundheitslabor Nationales Referenzlaboratorium nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 und nutzt Nationale Referenzlaboratorien anderer europäischer Mitgliedsstaaten.

MCCAA Maltesische Behörde für Wettbewerb und Verbraucherfragen

- ▶ Risikobewertung
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Blata l-Bajda
<http://www.mccaa.org.mt/>



Die MCAA ist eine von der Regierung eingesetzte Fachbehörde im Geschäftsbereich des Ministeriums für fairen Wettbewerb, Kleinunternehmen und Verbraucher. Das Lebensmittelsicherheitsgesetz überträgt besondere Zuständigkeiten für Risikobewertung auf die MCAA. Risikobewertungen der MCAA dienen dem MRRA und MHEC als Grundlage für Managementmaßnahmen im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Die MCAA hat Risiken zu bewerten, neue gesundheitliche Risiken aufzuspüren und Empfehlungen zur Risikominimierung zu erarbeiten. Die MCAA steht der FSC mit technischem und wissenschaftlichem Rat zur Verfügung.

In den Aufgabenbereich der MCCA gehören unter anderem neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben und Mineralwässer. Die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel in Malta ist die MCCA. Das Tätigkeitsfeld der MCCA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf kosmetische Mittel, Biozide und Bedarfsgegenstände.

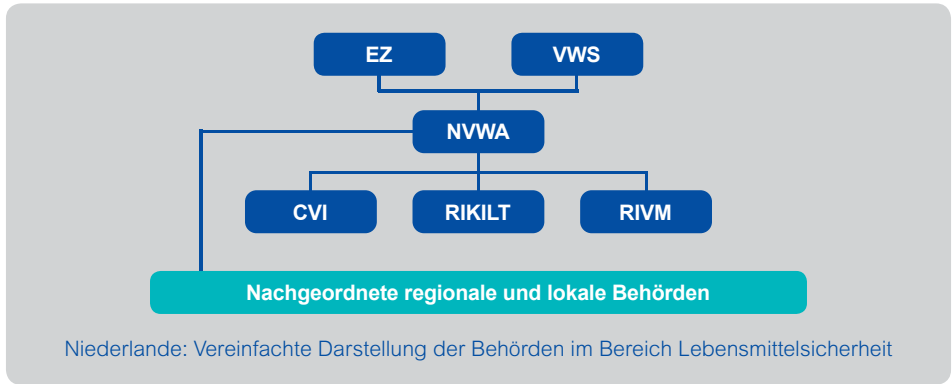
Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtung nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002:

Technical Regulations Division in der MCCA

Regionale und lokale Ebene

Die Umsetzung der Lebensmittelkontrollen erfolgt durch sieben regionale Kontrollbehörden, die dem MHEC nachgeordnet sind. Die Koordination erfolgt auf der Ebene der FSC.

3.16 Niederlande



Niederlande

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in den Niederlanden ist das Warengesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

Basierend auf dem niederländischen Gesetz zur unabhängigen Risikobewertung von 2006 sind Risikobewertung und Risikomanagement in den Niederlanden weitgehend institutionell getrennt. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

VWS
Ministerium für Gesundheit,
Wohlfahrt und Sport

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Den Haag
<http://www.government.nl/ministries/vws>









Das VWS verfolgt eine Politik der „guten Lebensmittel“, die unter anderem auf den Empfehlungen und Leitlinien des niederländischen Gesundheitsrats basiert. Das VWS ist zuständig für Gesundheitspolitik und Sicherheit von Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs und erarbeitet im diesem Bereich Vorlagen für Gesetze. Risikobewertungen des Büros für Risikobewertung und Forschung (BuRO), einer Abteilung der Niederländischen Behörde für Lebensmittel- und Verbraucherproduktsicherheit (NVWA), dienen dem VWS als Grundlage für Risikomanagementmaßnahmen.

In den Aufgabenbereich des VWS gehören Nahrungsergänzungsmittel, neuartige Lebensmittel, Mineralwässer, Trinkwasser, Pflanzen, Rückstände von Pflanzenschutz- sowie Tierarzneimitteln

und GVO in dem Bereich von Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs. Das Tätigkeitsfeld des VWS erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände.

**EZ
Ministerium für Wirtschaft**

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Tiergesundheit und Tierschutz
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Den Haag
<http://www.government.nl/ministries/ez>



Das EZ ist zuständig für Agrarpolitik und Sicherheit von Lebensmitteln tierischen Ursprungs (d. h. bei der Primärproduktion durch Bauern, in der Züchtung und der Fischerei). Es erarbeitet im Bereich von Lebensmitteln tierischen Ursprungs und Futtermitteln Vorlagen für Gesetze und gewährleistet die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln tierischen Ursprungs.

In den Niederlanden liegen die Sicherstellung der Lebensmittelsicherheit und tägliche Qualitätskontrollen in der Verantwortung der Lebensmittelproduzenten selbst. Die Regierung beaufsichtigt jedoch dieses System der Selbstkontrolle („Überwachung des Überwachers“).

Risikobewertungen des Büros für Risikobewertung und Forschung (BuRO), einer Abteilung innerhalb der Niederländischen Behörde für Lebensmittel- und Verbraucherproduktsicherheit (NVWA), dienen dem EZ als Grundlage für Managementmaßnahmen.

In den Aufgabenbereich des EZ gehören Zoonosen, GVO und Rückstände von Pflanzenschutz- sowie Tierarzneimitteln in Futtermitteln. Das Tätigkeitsfeld des EZ erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf

Pflanzengesundheit, Pflanzenschutz, Tiergesundheit und Tierschutz. Die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutz- und Tierarzneimittel in den Niederlanden ist das EZ.

**NVWA
Niederländische Behörde für Lebensmittel- und Verbraucherproduktsicherheit**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Utrecht
<http://www.vwa.nl>



Die NVWA ist eine dem EZ und VWS nachgeordnete, unabhängige Fachbehörde. Im April 2010 wurden drei Behörden (VWA, PD und AID) zu der Behörde NVWA zusammengefasst. Die NVWA agiert seit Januar 2012 als eine Behörde. Die drei Hauptaufgaben der NVWA sind die Einführung und Beaufsichtigung von Kontrollen und Inspektionen der Lebensmittelsicherheit, Risikobewertung und Risikokommunikation. Die NVWA ist außerdem zuständig für Ereignisfall- und Krisenmanagement, einschließlich der technischen und wissenschaftlichen Unterstützung und Beratung des EZ. Innerhalb der NVWA ist das Risikomanagement funktionell von der Risikobewertung getrennt.

Das Büro für Risikobewertung und Forschung, BuRO, ist eine unabhängige Abteilung innerhalb der NVWA und führt Risikobewertungen im Auftrag von EZ und vom VWS durch. Das BuRO ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, deren Ergebnisse und wissenschaftliche Stellungnahmen frei von spezifischen politischen, gesellschaftlichen oder wissenschaftlichen Interessen sind. BuRO ermittelt neue gesundheitliche Risiken, erarbeitet Empfehlungen zur

Risikominimierung und empfiehlt Vorsorgemaßnahmen für die Lebens- und Futtermittelsicherheit. Ein weiterer Schwerpunkt des BuRO ist die transparente Kommunikation mit der Öffentlichkeit und anderen beteiligten oder interessierten Kreisen. Das BuRO ist auch aktiv an Forschung beteiligt. In den Aufgabenbereich des BuRO gehören neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Mineralwasser, Trinkwasser, GVO, Zoonosen, Tierfutter sowie Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln.

An das NVWA sind mehrere Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angegliedert.

Das Tätigkeitsfeld der NVWA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf Tiergesundheit, Tierschutz, Pflanzenschutz und Bedarfsgegenstände.

CVI – RIKILT – RIVM
Zentrales Veterinärinstitut (CVI)
Institut für Lebensmittelsicherheit (RIKILT)
Nationales Institut für öffentliche
Gesundheit und Umwelt (RIVM)

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikoforschung

Sitz: Lelystad, Wageningen, Bilthoven
<http://www.cvi.wur.nl>
<http://www.rikilt.wur.nl>
<http://www.rivm.nl>

Das CVI, das RIKILT und das RIVM sind unabhängige Forschungseinrichtungen. Das CVI ist im Bereich der Veterinärwissenschaft tätig und trägt zum Schutz der Gesundheit von Tieren und Menschen bei, indem Forschungsprojekte durchgeführt und Empfehlungen zu Tierkrankheiten (Zoonosen) ausgesprochen werden. Das RIKILT ist eine Organisation im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und menschlicher Gesundheit. Das RIKILT führt Forschungsprojekte in Bezug auf Stoffe tierischen

oder pflanzlichen Ursprungs in Lebensmitteln, Futtermitteln und zusammengesetzte Lebensmittel durch. Das RIVM ist ein anerkannt führendes Exzellenzzentrum in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Umweltschutz.

An CVI, RIKILT und RIVM sind mehrere Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angegliedert.

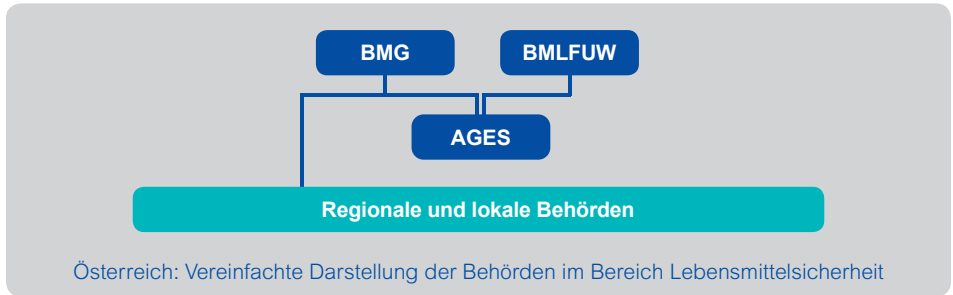
Regionale und lokale Ebene

Die Niederlande sind unterteilt in zwölf Provinzen sowie 441 Gemeinden. Die Koordination und Umsetzung der Futter- und Lebensmittelkontrollen erfolgt durch regionale Abteilungen und Zweigstellen der NVWA.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Netherlands Food and Consumer Product Safety Authority (NVWA)
2. Institute of Food Safety (RIKILT)
3. National Institute for Public Health and the Environment (RIVM)
4. Central Institute for Animal Disease Control (CVI)
5. Institute for Environmental Studies, Vrije Universiteit
6. Board for the Authorisation of Pesticides
7. Alterra B. V.
8. Plant Research International B. V.
9. ASG Veehouderij B. V.
10. Landbouw-Economisch Instituut
11. Utrecht University – Faculty of Veterinary Medicine
12. Plant Protection Service

3.17 Österreich



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Österreich ist das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Österreich sind Risikobewertung und Risikomanagement weitgehend institutionell getrennt. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht.

BMG
Bundesministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Tiergesundheit und Tierschutz
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Wien
<http://www.bmg.gv.at>

Das BMG ist zuständig für Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit. Das BMG erarbeitet auf Grundlage von Risikobewertungen der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES) im Bereich der Lebensmittelsicherheit Vorlagen von Gesetzen. Das BMG ist für die Koordination staatlicher Lebensmittelkontrollen zuständig und erlässt Verordnungen im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit.

In den Aufgabenbereich des BMG gehören Lebensmittel, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Zoonosen, Mineralwässer, Trinkwasser, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und von Tierarzneimitteln, Medizinprodukte und Arzneimittel. BMG entscheidet über Anträge zum Versuchsanbau gentechnisch veränderter Pflanzen und ist zuständig für die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Verbindung mit Lebens- und Futtermittelsicherheit.

Das Tätigkeitsfeld des BMG erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit und Tier-schutz.

BMLFUW

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Pflanzenschutz
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius

Sitz: Wien

<http://www.lebensministerium.at>



Das BMLFUW ist zuständig für Agrarpolitik und Lebensmittelsicherheit in der Primärproduktion. Das BMLFUW erarbeitet auf Grundlage von wissenschaftlichen Risikobewertungen der AGES im Bereich von Futtermitteln und Grundwasser Vorlagen von Gesetzen. BMLFUW ist befugt, nationale Rechtsvorschriften zu Futtermitteln und Grundwasser erlassen.

Die Arbeit des BMLFUW wird vom Bundesamt für Ernährungssicherheit (BAES) unterstützt. Das Tätigkeitsfeld des BMLFUW erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit und Pflanzenschutz.

AGES

Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Forschung

Sitz: Wien

<http://www.ages.at>



Die AGES ist eine GmbH im Eigentum des BMG und des BMLFUW. Die AGES ist von der Republik Österreich mit Risikobewertung sowie mit der transparenten Risikokommunikation mit Öffentlichkeit, Wissenschaft und anderen beteiligten oder interessierten Kreisen beauftragt. Die AGES erarbeitet Risikobewertungen, identifiziert neue gesundheitliche Risiken und erarbeitet Empfehlungen zur Risikominimierung. Risikobewertungen der AGES dienen dem BMG und BMLFUW als Grundlage für Managementmaßnahmen.

In den Aufgabenbereich der AGES gehören Lebens- und Futtermittelsicherheit, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Zoonosen, Mineralwässer und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sowie von Tierarzneimitteln. Die AGES ist zudem tätig in den Bereichen Tiergesundheit, Pflanzengesundheit, Pflanzenschutz, Bodengesundheit, Düngemittel, Saatgut, Bienengesundheit und Strahlenschutz. Außerdem ist die AGES an aktiver Forschung beteiligt. Die AGES hat wissenschaftliche analytische Laboreinrichtungen in all seinen Tätigkeitsbereichen.

An der AGES sind 21 Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 sowie Referenzlabore im veterinärmedizinischen und humanmedizinischen Bereich angesiedelt.

Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG). Auch das BASG ist eine Behörde innerhalb der Organisationsstruktur der AGES. BASG erteilt und überwacht Genehmigungen für das Inverkehrbringen von Arzneimitteln und Medizinprodukten.

**BAES
Bundesamt für Ernährungssicherheit**

► Risikomanagement

Sitz: Wien
<http://www.baes.gv.at>



Das BAES ist dem BMLFUW nachgeordnet und in die Organisationsstruktur der AGES eingegliedert. Das BAES ist im Bereich von Futtermitteln für die Koordination und Umsetzung staatlicher Futtermittelkontrollen zuständig. Die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel ist das BAES. Das Tätigkeitsfeld des BAES erstreckt sich über den Bereich der Futtermittel hinaus auf Fragen der Pflanzengesundheit.

Regionale und lokale Ebene

Österreich besteht aus neun Bundesländern, die sich in 99 Bezirke (15 Stadtbezirke und 84 Landbezirke) gliedern. Die Bezirke sind wiederum in Gemeinden unterteilt. Für die Umsetzung der Lebensmittelkontrollen sind je nach gesetzlicher Kompetenzverteilung entweder die Bundesbehörden oder die regionalen Fachbehörden der neun Bundesländer zuständig.

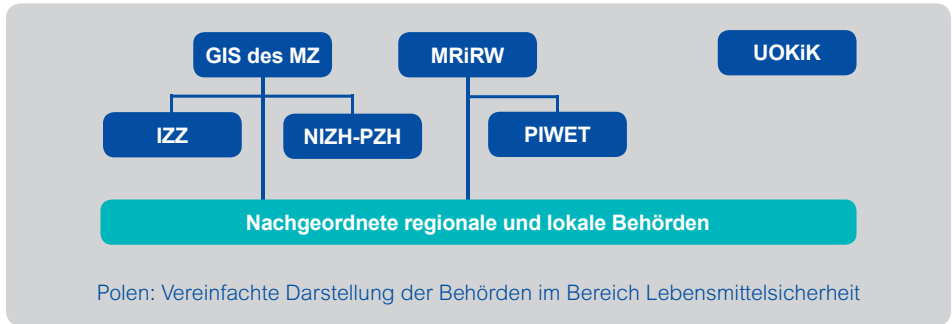
Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat die Koordination und Umsetzung der Lebensmittelkontrollen in allen Bereichen der Lebensmittelsicherheit auf die österreichischen Bundesländer übertragen (d. h., Lebensmittelsicherheitsinspektionen werden regional und lokal durchgeführt).

Im Gegensatz dazu ist die Koordination und Umsetzung staatlicher Futtermittelkontrollen nicht auf die Bundesländer übertragen, sondern liegt im Zuständigkeitsbereich des BAES (d. h. auf nationaler Ebene).

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH
2. Umweltbundesamt GmbH

3.18 Polen



Polen

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Polen ist das Lebensmittel- und Ernährungssicherheitsgesetz vom 25. August 2006. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte. In Polen sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt. Risikobewertungen werden nicht veröffentlicht.

Das Ministerium für Gesundheit (MZ) ist zuständig für Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit. Das MZ erarbeitet im Bereich Lebensmittelhygiene, Pestizidrückstände, Kontaminanten und der Einfuhr von Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs Vorlagen für Gesetze. Das Tätigkeitsfeld des MZ erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus z. B. auf Medizinprodukte. Das Büro für die Registrierung von Arzneimittelprodukten, Medizinprodukten und Biozidprodukten am MZ ist die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel in Polen. GIS ist die dem MZ nachgeordnete zuständige Behörde für Lebensmittelsicherheit in Polen.

GIS des MZ
Oberste Gesundheitsaufsicht (GIS) des Ministeriums für Gesundheit (MZ)

- ▶ Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Warschau
<http://www.mz.gov.pl>
<http://www.gis.gov.pl>



GIS arbeitet im Bereich der Lebensmittelsicherheit mit dem Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MRiRW) und im Bereich von GVO mit dem MRiRW und dem Ministerium für Umweltschutz (MS) zusammen. GIS koordiniert und überwacht die Tätigkeiten des Staatlichen Gesundheitsdienstes (PIS), welcher zuständig ist für die amtliche Kontrolle aller Aspekte der Lebensmittelsicherheit, d. h. Lebensmittelhygiene, Pestizidrückstände, Kontaminanten, Einfuhr von Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs, Lebensmittelkontaktmaterialien, Lebensmittelzusatzstoffe, GVO in Lebensmitteln, Nahrungsergänzungsmittel und neuartige Lebensmittel. GIS ist zudem zuständig für die Überwachung von Kontaminanten in Lebensmitteln nichttierischen Ursprungs.

Wissenschaftliche Risikobewertungen des Nationalen Lebensmittel- und Ernährungsinstituts (IZZ) und des Nationalen Instituts für Öffentliche Gesundheit – Nationalen Instituts für Hygiene (NIZP-PZH) dienen GIS als Grundlage für Managementmaßnahmen.

An der GIS sind 16 Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MRiRW
Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

- ▶ Agrarpolitik und Sicherheit von Lebensmitteln tierischen Ursprungs
- ▶ Risikomanagement
- ▶ FAO/WHO-Codex-Kontaktstelle

Sitz: Warschau
<http://www.minrol.gov.pl>



Das MRiRW ist zuständig für Agrarpolitik und die Sicherheit von Lebensmitteln tierischen Ursprungs und erarbeitet in diesem Bereich Vorlagen für Gesetze. Die Allgemeine Veterinäraufsichtsbehörde (GIW), die Hauptaufsichtsbehörde für Saatgut- und Pflanzengesundheit (PIORIN) und die Landwirtschafts- und Lebensmittelqualitätsaufsicht (IJHARS) unterstützen als zuständige Fachbehörden des Ressorts die Arbeit des MRiRW. Die Kontaktstelle für den FAO/WHO-Codex für Polen ist bei IJHARS angesiedelt. Der Schwerpunkt des MRiRW liegt beim Risikomanagement. Risikobewertungen des Nationalen Veterinärforschungsinstituts (PIWET) dienen dem MRiRW als Grundlage für Managementmaßnahmen im Bereich von Lebensmitteln tierischen Ursprungs. In den Aufgabenbereich des MRiRW gehören Futtermittelsicherheit, Tierarzneimittelrückstände, GVO und Zoonosen. Das MRiRW überwacht in diesen Bereichen die Aufgaben der Bezirks- und lokalen Behörden.

Das MRiRW ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel. Es arbeitet im Bereich der Lebensmittelsicherheit mit dem MZ und im Bereich von GVO mit dem MZ und dem MS zusammen. Das Tätigkeitsfeld des MRiRW erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit und Tierschutz. Das MRiRW ist zudem zuständig für die Überwachung von Kontaminanten in Lebensmitteln tierischen Ursprungs.

CS des MF
Die Zollbehörden (CS) am Finanzministerium (MF)

- ▶ Risikomanagement

Sitz: Warschau
<http://www.mf.gov.pl>

Die Zollbehörden (CS) sind dem MF nachgeordnet und zuständig für die Grenzkontrollen von Lebensmitteln. Die CS kooperieren mit den nachstehenden drei Fachbehörden: mit der GIW bei Kontrollen im Rahmen der Einfuhr und Ausfuhr von Tieren, Lebensmitteln tierischen Ursprungs und Futtermitteln, mit der PIORIN bei Kontrollen von Export und Import reglementierter Pflanzen und Pflanzenmaterialien und mit der GIS bei Kontrollen des Imports von Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs.

UOKiK
Amt für Wettbewerb und Verbraucherschutz

- ▶ Risikomanagement

Sitz: Warschau
<http://www.uokik.gov.pl>

Ziel des UOKiK ist es, die Interessen der Verbraucher zu schützen und freien und fairen Handel innerhalb eines freien Marktes zu sichern. Der Präsident des UOKiK untersteht unmittelbar dem Premierminister. Es ist Aufgabe des UOKiK, die Gesundheit von Verbrauchern

zu schützen und sicherzustellen, dass nur sichere Produkte, die den grundlegenden Anforderungen der polnischen Verordnungen entsprechen, auf den Markt gelangen. Des Weiteren ist das UOKiK zuständig für die Verhinderung von wirtschaftlichen Zusammenschlüssen, die den Wettbewerb beschränken (Kartelle), und der Überwachung der Effizienz und Wirkung von staatlichen Beihilfen.

IZZ Nationales Lebensmittel- und Ernährungsinstitut

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Warschau
<http://www.izz.waw.pl>



Das IZZ erstellt Risikobewertungen im Bereich Ernährung und neuartige Lebensmittel und ist aktiv in die Forschung in diesem Bereich involviert.

NIZP-PZH Nationales Institut für Öffentliche Gesundheit – Nationales Institut für Hygiene

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Warsau
<http://www.pzh.gov.pl>



Das NIZP-PZH erstellt Risikobewertungen im Bereich Lebensmittelzusatzstoffe, biologische Risiken, chemische Fremdstoffe, Pflanzenschutzmittelrückstände und Trinkwasser. Das NIZP-PZH betreibt zudem aktive Forschung in diesem Bereich.

PIWET Nationales Veterinärforschungsinstitut

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Puławy
<http://www.piwet.pulawy.pl>



PIWET erstellt wissenschaftliche Risikobewertungen im Bereich Futtermittel, Tierarzneimittelrückstände und Zoonosen. PIWET betreibt zudem aktive Forschung in diesem Bereich.

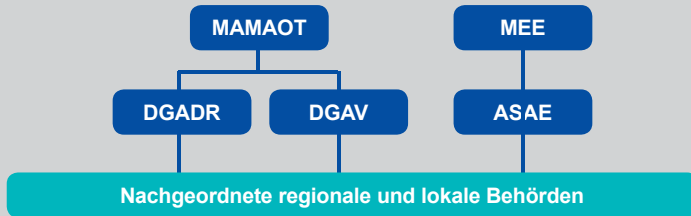
Regionale und lokale Ebene

Polens öffentliche Verwaltung ist in drei Ebenen strukturiert. 16 Verwaltungsbezirke, 379 Landkreise und 2.478 Gemeinden. Auf dieser Bezirks- und lokalen Ebene sind die Fachbehörden der GIS und des MRiRW für die Umsetzung der Lebensmittelgesetze und Lebensmittelkontrollen zuständig. Sie werden von GIS und MRiRW in deren jeweiligen Aufgabengebieten angewiesen und überwacht.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. National Veterinary Research Institute
2. National Research Institute of Animal Production
3. Institute of Natural Fibres Medicinal Plants
4. National Institute of Public Health – National Institute of Hygiene
5. National Food and Nutrition Institute
6. Institute of Soil Science and Plant Cultivation – State Research Institute (IUNG – PIB)
7. Sea Fisheries Institute in Gdynia
8. Warsaw University of Life Sciences, Faculty of Veterinary Medicine, Department of Food Hygiene and Public Health
9. University of Warmia and Mazury in Olsztyn
10. Research Institute of Pomology and Floriculture

3.19 Portugal



Portugal: Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Portugal ist die Rechtsverordnung Nr. 113/2006, in Verbindung mit dem europäischen Lebensmittelrecht. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Portugal gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement. Risikobewertungen werden nicht veröffentlicht.

MAMAOT
Ministerium für Landwirtschaft, Meer,
Umwelt und Raumplanung

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Lissabon

<http://www.portugal.gov.pt/en/the-ministries/ministry-of-agriculture,-sea,-environment-and-spatial-planning.aspx>

Im Geschäftsbereich des MAMAOT ist das Direktorat für Lebensmittel und Veterinärwesen (DGAV) zuständig für die Koordinierung der Gesetzgebung, die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen und den mehrjährigen Kontrollplan. Das MAMAOT ist außerdem zuständig für die Implementierung der Lebensmittelsicherheitskontrollen für Lebensmittel nichttierischen Ursprungs. Die meisten Zuständigkeiten im Bereich Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelkontrolle werden vom MAMAOT überwacht. Das DGAV ist eine dem MAMAOT nachgeordnete Fachbehörde. Das Tätigkeitsfeld des MAMAOT erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit, artgerechte Tierhaltung und Biozide. Drei Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 sind in einer dem MAMAOT nachgeordneten Einrichtung angesiedelt, dem Nationalen Institut für biologische Ressourcen (INRB).

MEE
Ministerium für Wirtschaft und Beschäftigung

- ▶ Verbraucherpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Lissabon

<http://www.portugal.gov.pt/en/the-ministries/ministry-of-economy-and-employment.aspx>

Das MEE befasst sich mit der Verbraucherpolitik und insbesondere der Lebensmittelsicherheit in Portugal. Die Behörde für Wirtschaft und Lebensmittelsicherheitsnormen (ASAE) unterstützt als zuständige Fachbehörde des Ressorts die Arbeit des MEE.

ASAE Behörde für Wirtschaft und Lebensmittelsicherheitsnormen

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Lissabon
<http://www.asae.pt>



Die ASAE ist als nachgeordnete Fachbehörde des MEE für Risikobewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement (Lebensmittelinspektion) in der Lebensmittelsicherheit zuständig.

Die ASAE fungiert als nationale Behörde mit Zuständigkeit für die Durchführung von Inspektionen zur Bekämpfung und Verhütung von Betrug in allen Wirtschaftsbereichen, einschließlich Lebensmittel, Futtermittel und Rückstände. Sie ist außerdem verantwortlich für Risikobewertung und -kommunikation im Zusammenhang mit Lebensmitteln und Futtermitteln. Dies wird von einem Wissenschaftlichen Direktorat vorgenommen, das alle EFSA-bezogenen Aktivitäten koordiniert, einschließlich der portugiesischen Vertretung im Beirat der EFSA und als EFSA-Kontaktstelle. Die Struktur dieser Behörde deckt das gesamte Land sowie mehrere zentrale und regionale Kontrolldienste ab. In den Aufgabenbereich der ASAE gehören unter anderem Futtermittel, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Zoonosen, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sowie Kontaminanten in Fleisch, Fisch, Pflanzenprodukten und Mine-

ralwässer. Für Trinkwasser ist in Portugal eine andere Behörde, die Regulierungsbehörde für Wasser und Abfall, zuständig.

Das Tätigkeitsfeld der ASAE erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

An der ASAE ist ein Nationales Referenzlaboratorium nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

DGAV Allgemeines Direktorat für Lebensmittel und Veterinärangelegenheiten

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Lissabon
<http://www.dgv.min-agricultura.pt>



Das DGAV ist die nachgeordnete Fachbehörde des MAMAOT. Das DGAV setzt auf Grundlage von selbst durchgeführten Risikobewertungen staatliche Lebensmittelpolitik und -kontrollen um. Bezüglich der Anwendung der Kontrollsysteme für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz werden die Aktivitäten durch fünf regionale Behörden wahrgenommen, die dem DGAV unmittelbar unterstellt sind.

In den Aufgabenbereich des DGAV gehören unter anderem GVO, Futtermittel, Zoonosen und Rückstände von Tierarzneimitteln. Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist das DGAV. Das Tätigkeitsfeld des DGAV erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit, Tierernährung, übertragbare spongiforme Enzephalopathien, tierische Nebenprodukte, Tierarzneimittel und Tierschutz.

DGADR
Generaldirektion für Landwirtschaft und
ländliche Entwicklung

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Lissabon
<http://www.dgadr.pt/>



Die DGADR ist eine dem MAMAOT nachgeordnete Fachbehörde und tätig im Bereich Landwirtschaft, Pflanzengenetik, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel (einschließlich Pestizidrückstände) in Pflanzen.

Als nationale Behörde für Pflanzengesundheit entwickelt die DGADR Standards für die Regulierung von Pflanzenschutzmitteln. Die DGADR konzipiert und implementiert nationale Kontrollprogramme für Rückstände von Pflanzenschutzmitteln (einschließlich Pestiziden). Die DGADR ist zuständig für Risikobewertung und Risikomanagement in diesem Bereich. Das Tätigkeitsfeld der DGADR umfasst Saatgut und pflanzliches Vermehrungsgut, die Zertifizierung von nationalen Pflanzensorten, genetisch verändertes Saatgut und Pflanzensorten sowie der Prävention von Pflanzenkrankheiten durch Einfuhr nach Portugal.

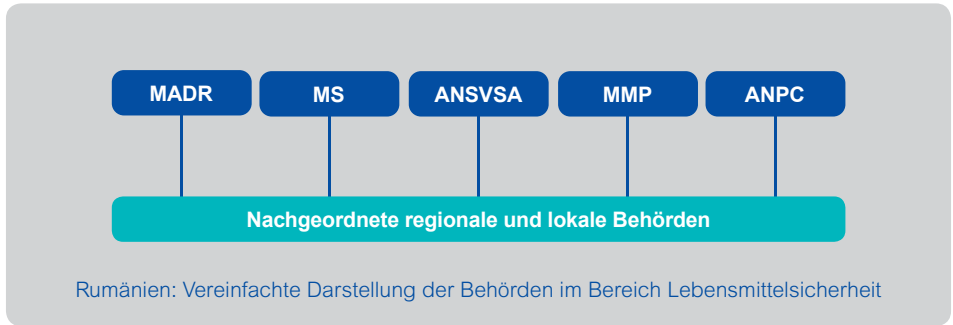
Regionale und lokale Ebene

Portugal ist verwaltungsrechtlich in fünf Regionen auf dem Festland (Norden, Zentrum, Lissabon und Tejo-Tal, Alentejo und Algarve) und zwei autonome Regionen (Azoren und Madeira) unterteilt. Die Regionen auf dem Festland haben keine gesetzgeberische Befugnis, aber die Azoren und Madeira haben jeweils eine gewählte parlamentarische Versammlung mit übertragenen Befugnissen zur Umsetzung von Gesetzgebung.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Economy and Food Safety Standards Authority
2. Instituto Nacional de Saúde
3. Direcção-Geral de Protecção das Culturas
4. National Institute of Pharmacy and Medicines
5. Direcção Geral de Veterinária
6. Laboratorio Nacional de investigação veterinaria
7. Faculdade de Farmácia da Universidade de Lisboa
8. Universidade de Lisboa Faculdade de Medicina Veterinária
9. Instituto Superior de Engenharia – Universidade do Algarve
10. Universidade de Lisboa
11. University of Coimbra
12. Clínica Universitária de Medicina – Faculdade de Medicina – Coimbra
13. Instituto Superior de Ciências da Saúde Egas Moniz
14. University of Porto, Faculty of Nutrition and Food Sciences
15. Faculdade de Medicina da Universidade do Porto
16. Faculdade de Farmacia da Universidade do Porto
17. ICETA Instituto de Ciências e Tecnologias Agrárias e Agro-Alimentares
18. Área Departamental de Ciencia e Tecnologia de Alimentos, Escola Superior Agrária Instituto Politécnico de Beja
19. Instituto Politécnico de Leiria
20. Instituto Politécnico de Santarém
21. Instituto Superior de Agronomia
22. Universidade Lusófona de Humanidades e Tecnologia
23. Universidade Católica Portuguesa
24. ITQB-UNL
25. Escola Superior Agrária
26. University of Aveiro – Food Biochemistry Group
27. Faculty of Sciences and Technology/UNL
28. Universidade do Minho
29. Instituto de Ciências Agrárias Mediterrânica
30. National Institute for Engineering, Technology and Innovation

3.20 Rumänien



Rumänien

Die Rechtsgrundlage im Lebens- und Futtermittelrecht in Rumänien ist das Gesetz Nr. 150/2004 (mit Änderungen). Bei lebens- und futtermittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen.

In Rumänien sind Risikobewertung und Risikomanagement nicht institutionell getrennt. Risikobewertungen werden nicht im Internet veröffentlicht.

MADR Ministerium für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bukarest
<http://www.madr.ro>



Das MADR befasst sich mit der Agrarpolitik und der Lebensmittelsicherheit in Rumänien. Es erarbeitet in den Bereichen Lebens- und Futtermittel nichttierischen Ursprungs, Pflanzenschutzmittelrückstände und dem Anbau von GVO Vorlagen für Gesetze. In diesen Bereichen führt das MADR auch die Risikobewertungen durch. Die Tätigkeiten des MADR im Bereich Pflanzenschutzmittel werden unterstützt von der staatlichen Umweltschutzbehörde (ANPM) und dem Ministerium für Gesundheit.

Am MADR sind zwei Nationale Referenzlabore nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MS
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bukarest
<http://www.ms.ro>



Das MS ist zuständig für Gesundheitsschutz und Lebensmittelsicherheit in Rumänien. Es erarbeitet im Bereich Lebensmittelsicherheit Vorlagen für Gesetze und ist für die amtlichen Kontrollen im Bereich Lebensmittelsicherheit zuständig. In den Aufgabenbereich des MS gehören neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittel für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Ernährungsbedürfnissen, Lebensmittelzusatzstoffe, Enzyme und Aromastoffe, Behandlung von Lebensmitteln mit ionisierender Strahlung, Lebensmittelkontaktmaterialien sowie Mineralwasser. In diesen Bereichen ist das MS auch zuständig für die Risikobewertung.

Die ANSVSA leitet alle Tätigkeiten im Bereich Lebensmittelsicherheit – vom Rohmaterial zum Verbraucher. Die ANSVSA ist zuständig für amtliche Kontrollen, die Erarbeitung von Vorlagen für Gesetze sowie die Erarbeitung von Risikobewertungen in den folgenden Bereichen: Kontaminanten, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, die Einfuhr von Tier- und Pflanzenprodukten, die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von genetisch veränderten Lebens- und Futtermittel, Zoonosen, Tierarzneimittel und deren Rückstände, Futtermittel, Tiergesundheit und Tierschutz.

Die ANSVSA stellt sicher, dass HACCP und Hygieneanforderungen in der Lebensmittelherstellung und in der Gastronomie umgesetzt werden.

Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 sind der ANSVSA nachgeordnet und angegliedert an das Institut für Diagnose und Tiergesundheit, das Institut für Hygiene und öffentliche Tiergesundheit, das staatliche Veterinär- und Lebensmittelsicherheitslabor und das Institut für Kontrolle von biologischen Produkten und Tiermedizin.

ANSVSA
Die Nationale Behörde für Veterinärdienst und Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement, Grenzkontrolle
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Bukarest
<http://www.ansvsa.ro>



Die ANSVSA untersteht der rumänischen Regierung, und die Tätigkeiten der ANSVSA werden vom Premierminister Rumäniens koordiniert.

MMP
Ministerium für Umwelt und Wälder

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bukarest
<http://www.mmediu.ro>



Das MMP befasst sich mit der Umweltpolitik in Rumänien und ist die hauptzuständige Behörde für Pflanzenschutzmittel und GVO. Das MMP ist zuständig für die Zulassung und Kontrolle im Bereich Nutzung von GVO und Pflanzenschutzmitteln und überwacht deren Auswirkung auf die Umwelt. In diesem Bereich wird das MMP

unterstützt von der staatlichen Schutzbehörde und der Nationalen Umweltaufsichtsstelle. Für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln ist in Rumänien die Zustimmung von drei Ministerien notwendig, des MADR, des MS und des MMP. Das MMP ist außerdem zuständig für die Verwaltung obsoleter Pestizide.

ANPC Nationale Verbraucherschutzbehörde

► Risikomanagement

Sitz: Bukarest
<http://www.anpc.ro>

Die ANPC prüft, ob Lebensmittel, Lebensmittelwerbung und Lebensmittelkennzeichnung mit den gesetzlichen Bestimmungen übereinstimmen. Außerdem ist die ANPC auch zuständig für Verbraucherbeschwerden.

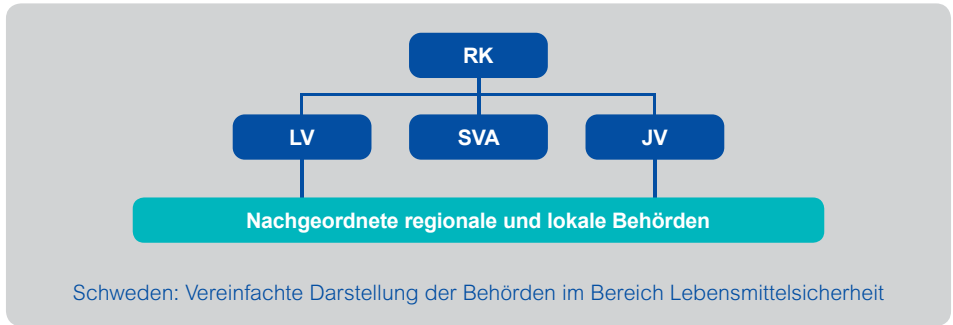
Regionale und lokale Ebene

Rumänien ist zentralstaatlich organisiert mit dezentralisierten regionalen Verwaltungsbüros. Die regionale Ebene (42 Verwaltungsbezirke) verfügt über keine autonome Kompetenz. Die regionale Verwaltung überwacht die Tätigkeit der lokalen Behörden. Alle Behörden (MADR, MS, ANSVSA, MMP und ANPC) haben regionale Stellen, welche Inspektionen und Kontrollen im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit, Pflanzenschutz und Pflanzengesundheit sowie veterinäre Inspektionen durchführen.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Romanian Sanitary Veterinary and Food Safety Authority
2. Institute for Diagnosis and Animal Health
3. Ministry of Public Health – Department of Public Health Authority and Department of Sanitary State Inspection
4. Institute for Hygiene and Veterinary Public Health
5. Banat's University of Agricultural Science and Veterinary Medicine
6. Sanitary Veterinary and Food Safety Directorate of Bucharest – Sanitary Veterinary Laboratory of State
7. University of Agricultural Sciences and Veterinary Medicine – Cluj Napoca
8. University Dunarea De Jos – Faculty of Food Science and Engineering
9. National Institute of Research and Development for Food Bioresources
10. IBA Bucharest

3.21 Schweden



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Schweden ist das Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Schweden gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

RK
Ministerium für Landwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Stockholm
<http://www.regeringen.se/sb/d/1473>

Das RK ist zuständig für Agrarpolitik und Lebensmittelsicherheit in Schweden. Der Schwerpunkt des RK liegt beim Risikomanagement und der Koordinierung von staatlichen Aufgaben in der Lebensmittelsicherheit. Die Nationale Agentur für Lebensmittel (LV), die Schwedische Behörde für Landwirtschaft (JV) und das Nationale Schwedische Veterinärinstitut (SVA) unterstützen die Arbeit des RK.

Das Tätigkeitsfeld des RK erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit, Futtermittel und Tierschutz.

**LV
Nationale Agentur für Lebensmittel**

- ▶ Risiko-Nutzen-Bewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Uppsala
<http://www.slv.se>



Die LV ist eine unabhängige, nichtministerielle Regierungsbehörde. Die LV hat jedoch gegenüber der Regierung und dem RK eine Rechenschaftspflicht.

Im Bereich Lebensmittelsicherheit ist die LV für Risiko-Nutzen-Bewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement zuständig. Die LV erarbeitet auf Grundlage von selbst durchgeführten Risikobewertungen im Bereich von Lebensmitteln Vorlagen für Gesetze. Die LV ist außerdem für staatliche Lebensmittelkontrollen verantwortlich und informiert gegebenenfalls die Regierung über das Ergebnis der Kontroll- und Inspektionsaktivitäten.

In den Aufgabenbereich der LV gehören neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, lebensmittelbedingte Krankheiten, Kontaminanten, Mineralwässer, Trinkwasser und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sowie von Tierarzneimitteln. Eine andere Behörde, die Schwedische Chemieaufsichtsbehörde, ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel, und die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist die Behörde für Medizinprodukte (Läkemedelsverket).

Das Tätigkeitsfeld der LV erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Fragen der Ernährung.

**JV
Schwedische Behörde für Landwirtschaft**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Jönköping
<http://www.jordbruksverket.se>



Die JV ist eine unabhängige, nichtministerielle Behörde. Die JV hat jedoch gegenüber der Regierung und dem RK eine Rechenschaftspflicht.

Im Bereich Lebensmittelsicherheit ist die JV für Risikobewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement zuständig. Sie erarbeitet auf Grundlage von selbst durchgeführten Risikobewertungen im Bereich von Futtermitteln Vorlagen für Gesetze. Die JV ist außerdem für die staatlichen Futtermittelkontrollen verantwortlich und informiert gegebenenfalls die Regierung über das Ergebnis der Kontroll- und Inspektionsaktivitäten.

In den Aufgabenbereich der JV gehören unter anderem Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und GVO in Futtermitteln. Das Tätigkeitsfeld der JV erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

**SVA
Nationales Schwedisches Veterinärinstitut**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Uppsala
<http://www.sva.se>



Das SVA ist dem RK nachgeordnet und unterstützt die Arbeit der JV durch Laboranalyse-dienste sowie epidemiologisches und mikro-biologisches Expertenwissen. Das SVA erstellt wissenschaftsbasierte Risikobewertungen insbesondere im Bereich Zoonosen und Tiergesundheit. Das Tätigkeitsfeld des SVA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf Tiergesundheit.

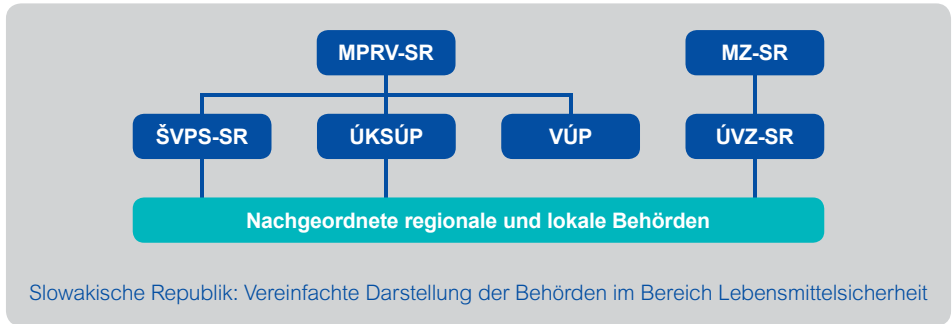
Regionale und lokale Ebene

Die regionale Ebene in Schweden besteht aus 21 Länderbehörden und die lokale Ebene aus 290 Gemeindebehörden. Die Länderbehörden sind für die Koordinierung der Lebensmittelkontrollen auf der regionalen Ebene zuständig. Jedoch werden die Tätigkeiten der regionalen Verwaltungen teilweise durch die Regierung gelenkt. Die Gemeindebehörden führen die Lebensmittelkontrollen auf Bauernhöfen aus. Sie arbeiten und treffen ihre Entscheidungen selbstständig.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. National Food Agency Sweden (EFSA Focal Point)
2. National Veterinary Institute
3. Swedish Chemicals Inspectorate
4. The Swedish Institute for Food and Biotechnology (SIK)
5. Swedish Museum of Natural History, Contaminant Research Group
6. Swedish Environmental Protection Agency
7. Swedish Institute for Infectious Disease Control
8. Karolinska Institute
 - 8.1. Veterinary resources
 - 8.2. Institute of Environmental Medicine IMM
 - 8.3. Microbiological and Tumor Biological Center
9. Stockholm University
 - 9.1. Department of Applied Environmental Science (ITM)
 - 9.2. Department of Environmental Chemistry
10. Örebro University Hospital, Department of Occupational and Environmental Medicine
11. Swedish University of Agricultural Science, Department of Food Science, EFOP (the Environmental Fate and Pesticide Group), Faculty of Animal Science and Veterinary Medicine
12. Göteborg University, Department of Home Economics
13. MTM Research Centre at Örebro University
14. Lund University, Department of Food Technology, Engineering and Nutrition
15. Faculty of Natural Resources and Agricultural Sciences, SLU
16. Swedish University of Agricultural Sciences (SLU), Dept. Plant Biology & Forest Genetics
17. Unit for Agricultural Entomology, Dept. of Ecology, SLU
18. Department of Crop Production Ecology, SLU
19. Uppsala University Department of Public Health and Caring Sciences/Clinical Nutrition and Metabolism
20. Linneaus University, School of Natural Sciences

3.22 Slowakische Republik



Slowakei

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in der Slowakei ist das Gesetz Nr. 152/1995 Coll. über Lebensmittel. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte. In der Slowakei sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht.

Das MPRV-SR ist zuständig für Agrarpolitik, Tiergesundheit und Tierschutz, Futtermittel, Lebensmittelsicherheit, Pflanzengesundheit und GVO. Das MPRV-SR ist in die Risikokommunikation und die Koordinierung von Risikobewertung involviert. Das MPRV-SR leitet und koordiniert die amtlichen Kontrollbehörden im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit (ŠVPS-SR und ÚKSÚP). Die Abteilung für Lebensmittelsicherheit und Ernährung des MPRV-SR koordiniert die Laboranalyse und autorisiert Laboratorien zur Durchführung von Analysearbeit (einschließlich der Benennung von Nationalen Referenzlaboratorien).

MPRV-SR
Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

- ▶ Koordinierung der Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Bratislava
<http://www.mpsr.sk>



Die Kommission für Lebensmittelsicherheit und Ernährung ist ein beratendes Gremium der Abteilung für Lebensmittelsicherheit und Ernährung am MPRV-SR. Die Kommission berät hinsichtlich Ernährung und Lebensmittelsicherheit in der gesamten Lebensmittelkette, vor allem bezüglich der Erstellung und Umsetzung von Strategien und Politik in diesem Bereich. Wissenschaftliche Risikobewertungen werden von wissenschaftlichen Einrichtungen, Forschungsinstituten und Universitäten erstellt.

Einige Nationale Referenzlaboratorien gemäß Verordnung (EG) Nr. 882/2004 sind dem MPRV-SR angegliedert.

MZ-SR
Ministerium für Gesundheit

► Risikomanagement

Sitz: Bratislava
<http://www.health.gov.sk>



Das MZ-SR ist zuständig für die Gesundheitspolitik und für amtliche Lebensmittelkontrollen in den Sektoren Hotels, Restaurants und Gastronomie sowie für das Inverkehrbringen von neuartigen Lebensmitteln, Nahrungsergänzungsmitteln, Lebensmitteln für besondere Ernährungszwecke (einschließlich Säuglings- und Folgenahrung) sowie natürliche Mineralwässer, Quellwässer für Kleinst- und Kleinkinder, Lebensmittel, die mit ionisierender Strahlung behandelt wurden, und Lebensmittelkontaktmaterialien. Die zuständige Behörde für die Koordinierung der Implementierung amtlicher Lebensmittelkontrollen in diesem Sektor ist die ÚVZ-SR und deren regionale Behörden. Das MZ-SR hat mehrere Laboratorien autorisiert, Laboranalysen und Proben der amtlichen Lebensmittelkontrolle durchzuführen. Sie sind nach EN ISO/IEC 17025 durch den SNAS (nationaler slowakischer Akkreditierungsdienst), das DAP (Deutsche Akkreditierungssystem Prüfwesen) oder das CIA (Tschechisches Akkreditierungsinstitut) akkreditiert.

Nationale Referenzlaboratorien gemäß Verordnung (EG) Nr. 882/2004 sind dem MZ-SR angegliedert.

ŠVPS-SR
Staatliche Veterinär- und Lebensmittelverwaltung

► Risikomanagement
► RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Bratislava
<http://www.svssr.sk>



Die dem MPRV-SR nachgeordnete ŠVPS-SR ist zuständig für die staatlichen Kontrollen in den Bereichen Tiergesundheit und Tierschutz, Lebensmittel tierischen und nichttierischen Ursprungs in allen Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstufen außer der Gastronomie, für die das MZ-SR zuständig ist. ŠVPS-SR ist zuständig für Einzel Futtermittel tierischen Ursprungs, direkt beim Erzeuger verwendete Futtermittel, Fütterungsarzneimittel, Tierarzneimittel und deren Rückstände sowie tierische Nebenprodukte. Die SVPS-SR leitet und koordiniert die Arbeit des staatlichen Veterinärinstituts, der drei staatlichen Veterinär- und Lebensmittelinstitute, des Instituts für staatliche Kontrolle von veterinären Biopräparaten und Arzneimitteln und des Instituts für Aufbaustudien für Tiermediziner. Das staatliche Veterinärinstitut und die drei staatlichen Veterinär- und Lebensmittelinstitute sind von dem MPRV-SR zu amtlichen Laboratorien für die Analyse von Proben der amtlichen Kontrollen in den Bereichen Tiergesundheit, Sicherheit von Lebensmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Analysen importierter und im Inland erzeugter Futtermittel benannt. Diese Laboratorien sind nach EN ISO/IEC 17025 akkreditiert.

ÚKSÚP
Zentrales Institut für Kontrollen und Tests in der Landwirtschaft

► Risikomanagement

Sitz: Bratislava
<http://www.uksup.sk>



Das dem MPRV-SR nachgeordnete ÚKSÚP ist verantwortlich für staatliche Kontrollen im Agrarsektor. ÚKSÚP ist zuständig für Pflanzengesundheit, Saatgut und Keimlinge, Pflanzensorten, Pflanzenschutzmittel, Futtermittel und Tierernährung. Das ÚKSÚP unterstützt bei der Erstellung von Vorlagen für Gesetze und stellt Beratungsleistungen bereit.

Das ÚKSÚP führt Pflanzenschutzkontrolle beim Import und Export von Pflanzen an drei Grenzübergängen durch. ÚKSÚP ist die zuständige Behörde für ökologischen Landbau, ernannt durch das Ministerium für Umweltschutz und ökologischen Landbau. Die Analyse von bei amtlichen Kontrollen gezogenen Proben erfolgt durch die eigenen akkreditierten Laboratorien.

VÚP Forschungsinstitut für Lebensmittel

- ▶ Risikobewertung
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Bratislava
<http://www.vup.sk>



Hauptaufgabe des dem MPRV-SR nachgeordneten VÚP ist die auf Lebensmittelsicherheit und Entwicklung neuer Analysemethoden und -techniken fokussierte Forschung. Das Institut ist beteiligt am Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) und stellt wissenschaftliche Stellungnahmen hinsichtlich Kontaminanten und Pestiziden zur Verfügung. Das VÚP ist außerdem beteiligt an der Erstellung von Vorlagen für Lebensmittelgesetze. Das VÚP bietet Lehrgänge für geschäftliche und amtliche Einrichtungen an und ist aktiv an Fortbildung und Information zu Lebensmitteln beteiligt. Die Laboratorien des Instituts sind gemäß den Normen EN ISO/IEC 17025 und ISO 9000 akkreditiert.

ÚVZ-SR Behörde für Öffentliche Gesundheit

- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bratislava
<http://www.uvzsr.sk>



Die ÚVZ-SR ist die zuständige Behörde für die Koordinierung der Implementierung amtlicher Lebensmittelkontrollen in den vorstehend erwähnten Sektoren. Die Behörde koordiniert sämtliche Lebensmittelaktivitäten einschließlich der Vorbereitung von Kontrollprogrammen und den dazu gehörigen Berichten, die Organisation von Laborkapazitäten und die Kooperation mit MPRV-SR sowie Verbraucherschutzfragen. Die Kontrollen werden von 36 regionalen Gesundheitsbehörden umgesetzt.

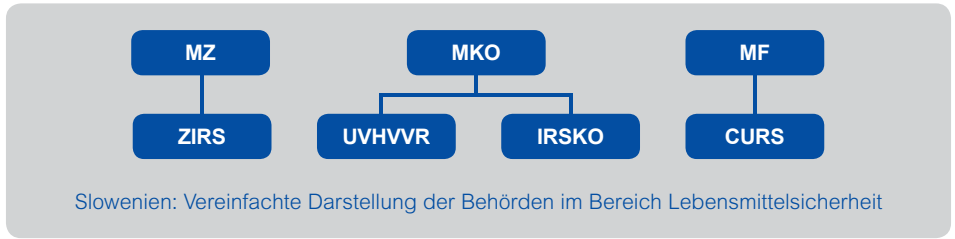
Regionale und lokale Ebene

Die Slowakei ist in 8 Regionen und 79 Kreise eingeteilt. Die Durchführung und Überwachung der Lebens- und Futtermittelkontrollen sowie tierärztliche und Pflanzenschutzangelegenheiten werden durch die ŠVPS-SR, das ÚKSÚP und die ÚVZ-SR koordiniert und durchgeführt. Die ŠVPS wird von 8 regionalen und 40 lokalen veterinären und Lebensmittelbehörden sowie 4 Laboratorien und 3 Grenzkontrollstellen unterstützt. Das ÚVZ-SR wird von 36 regionalen Behörden und 10 Laboratorien unterstützt.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Research Institute for Animal Production
2. Public Health Authority
3. Regional Public Health Authority in Proprad
4. Central Agricultural Inspection and Testing Institute
5. State Veterinary and Food Institute – Bratislava
6. State Veterinary and Food Institute – Dolny Kubin
7. Food Research Institute
8. State Veterinary and Food Institute – Kosice
9. Slovak Medical University
10. University of Veterinary Medicine
11. Slovak University of Agriculture
12. Slovak University of Technology
13. Comenius University, Faculty of Pharmacy
14. Institute of Neuroimmunology, SAS
15. State Veterinary Institute
16. Institute of Plant Genetics and Biotechnology
17. Institute of Parasitology

3.23 Slowenien



Die Rechtsgrundlage für amtliche Kontrollen bilden mehrere nationale Gesetze und Regierungsverordnungen. Lebensmittelrechtliche Verstöße können durch administrative und/oder Sanktionsmaßnahmen seitens ZIRS, UVHVVR, IRSKO und CURS geahndet werden. Es können auch strafrechtliche (Staatsanwaltschaft) und zivilrechtliche Maßnahmen (Zivilklagen) erfolgen. Die obigen Maßnahmen gründen auf rechtlichen Bestimmungen oder auf Maßnahmen aufgrund von Risikoanalysen, sofern keine speziellen Rechtsvorschriften gemäß EU- oder nationalem Recht vorliegen. Letztlich entscheiden die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen.

Risikobewertung und Risikomanagement sind institutionell getrennt. Risikobewertungen werden nicht im Internet veröffentlicht.

MZ
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Ljubljana
<http://www.mz.gov.si>

Das MZ ist zuständig für die Politik und den Rechtsrahmen im Bereich gesundheitliche Versorgung, einschließlich öffentliche Gesundheit und Krankenversicherung. Der Tätigkeitsbereich des MZ umfasst die Sicherheit von Lebensmitteln und Trinkwasser und die Gestaltung der allgemeinen Ernährungspolitik. Im Bereich der Lebensmittelsicherheit ist das MZ zuständig für die Vorbereitung der Gesetzgebung und die Beaufsichtigung ihrer Umsetzung im Bereich Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke, Nahrungsergänzungsmittel und Lebensmittelkontaktmaterialien.

ZIRS
Gesundheitsaufsichtsbehörde der Republik Slowenien

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Inspektion und Kontrolle

Sitz: Ljubljana
<http://www.zi.gov.si>

Die ZIRS ist für amtliche Kontrollen im Bereich Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke, Lebensmittel-sicherheit in der Gastronomie, Lebensmittelkontaktmaterialien und Trinkwasser zuständig. Die ZIRS gibt bei zugelassenen wissenschaftlichen Institutionen und Forschungsorganisationen Risikobewertungen in Auftrag. Dazu gehören u. a. das Institut für Gesundheitswesen Maribor und das Staatliche Institut für Gesundheitswesen.

MKO Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Ljubljana
<http://www.mko.gov.si>



Das MKO ist zuständig für Politik und den rechtlichen Rahmen im Bereich Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft sowie Umweltschutz einschließlich Lebensmittel- und Futtermittelqualität, z. B. Marketingnormen für Lebensmittel, geschützte Ursprungsbezeichnung, geschützte geografische Angaben, garantierte traditionelle Spezialität, Bezeichnung als qualitativ höherwertiges Erzeugnis.

UVHVVR Behörde für Lebensmittelsicherheit, Tiermedizin und Pflanzenschutz

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Inspektion und Kontrollen
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Ljubljana
<http://www.uvhvvr.gov.si>

Die UVHVVR ist zuständig für die Politik, den Rechtsrahmen und amtliche Kontrollen im Bereich Sicherheit, Qualität und Kennzeichnung von Lebens- und Futtermitteln und sonstigen Erzeugnissen tierischen Ursprungs, Tiergesundheit, Tierschutz, Kennzeichnung von Tieren, Zoonosen, Rückstände, Pestizide, Kontaminanten, Strahlung, GVO, gesundheits- und nährwertbezogene Angaben, natürliche Mineralwässer, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutz, Verwendung von Tierarzneimitteln und Antibiotikaresistenz. Der Zuständigkeitsbereich der UVHVVR umfasst zudem Ein- und Ausfuhrkontrollen für Lebens- und Futtermittel, sonstige Erzeugnisse tierischen Ursprungs und Tiere – mit Ausnahme von Kontrollen, die von CURS durchgeführt werden.

Die UVHVVR gibt Risikobewertungen bei bestimmten wissenschaftlichen Institutionen und Forschungsorganisationen in Auftrag. Dazu gehören u. a.:

- ▶ die Universität Ljubljana, Tiermedizinische Fakultät – Staatliches Veterinärmedizinisches Institut
- ▶ das Institut für öffentliches Gesundheitswesen Maribor
- ▶ das Staatliche Institut für Gesundheitswesen
- ▶ das Landwirtschaftliche Institut Sloweniens
- ▶ das Staatliche Institut für Biologie
- ▶ das Slowenische Institut für Hopfenforschung und Brauereiwesen

IRSKO Inspektorat der Republik Slowenien für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Lebensmittel und Umwelt

- ▶ Inspektion und Kontrollen

Sitz: Ljubljana
<http://www.iko.gov.si>

IRSKO ist für amtliche Kontrollen (Stichproben) der Kennzeichnung und Erfassung von Tieren zuständig.

MF
Finanzministerium
Zollverwaltung (CURS)

► Inspektion und Kontrollen

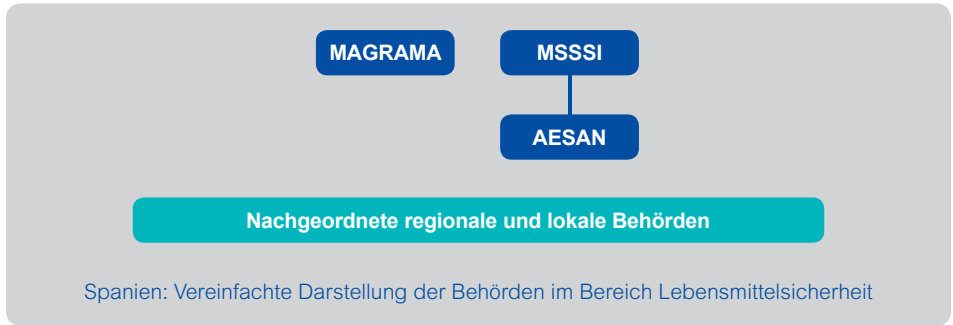
Sitz: Ljubljana
<http://www.carina.gov.si>

CURS ist zuständig für die amtliche Einfuhrkontrolle bezüglich Erzeugnissen tierischen Ursprungs für den menschlichen Verzehr, der Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken, der Dokumentenprüfung und Nämlichkeitskontrolle von Tierfuttermitteln nicht-tierischen Ursprungs, Holzverpackungsmaterial und der Aufdeckung illegaler Einfuhren.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. National Institute of Public Health
2. Agricultural Institute of Slovenia
3. Slovenian Institute for Hop Research and Brewing
4. University of Ljubljana, Veterinary Faculty – National Veterinary Institute
5. University of Ljubljana – Biotechnical Faculty, Department of Food Science and Technology
6. University of Maribor, Faculty of Agriculture and Life Sciences and Medical Faculty
7. Jozef Stefan Institute
8. National Institute of Biology (NIB), Department of Biotechnology and Systems Biology
9. University of Ljubljana, Biotechnical Faculty, Department of Agronomy, Chair of Entomology and Phytopathology
10. University of Ljubljana, Biotechnical Faculty, Zootechnical department
11. Public Health Institute Maribor
12. Slovenian Forestry Institute

3.24 Spanien



Spanien

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Spanien ist die Verordnung (EG) Nr. 178/2002. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Spanien gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

MAGRAMA
Ministerium für Landwirtschaft, Lebensmittel und Umwelt

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Madrid
<http://www.magrama.es>



Das MAGRAMA befasst sich mit der Agrarpolitik, Futtermittelsicherheit und der Sicherheit von Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs bei der Primärproduktion. Das MAGRAMA erarbeitet Vorlagen für Gesetze und ist für die Koordination staatlicher Lebensmittelkontrollen in diesem Bereich zuständig. Das MAGRAMA ist zuständig für Risikobewertungen bezüglich der Rückstände von Futtermitteln und Pflanzenschutzmitteln.

In den Aufgabenbereich des MAGRAMA gehören GVO, Zoonosen und Tierarzneimittel.

Das MAGRAMA ist auch die Zulassungsbehörde für Pestizide. Das MAGRAMA ist zuständig für die Registrierung, Zulassung und Überwachung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Bevor das MAGRAMA jedoch die Anwendung eines Pestizids zulässt, wird die AESAN

mit einer Risikobewertung möglicher Rückstände in Lebensmitteln beauftragt, das MSSSI wird mit einer Risikobewertung zur Anwendungssicherheit beauftragt und das MAGRAMA selbst bewertet die Wirksamkeit des Pestizids und dessen Sicherheit für die Umwelt.

Das Tätigkeitsfeld des MAGRAMA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

An dem MAGRAMA sind vier Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MSSSI
Ministerium für Gesundheit,
soziale Dienste und Gleichberechtigung

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Madrid
<http://www.MSSSI.es>



Das MSSSI befasst sich mit der Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit. Es erarbeitet im Bereich von Lebensmitteln Vorlagen für Gesetze (Sekundärproduktion) und ist für die Koordination staatlicher Lebensmittelkontrollen in diesem Bereich zuständig. Das MSSSI überwacht und kontrolliert Import, Export und Transit von Lebensmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs.

Das Tätigkeitsfeld des MSSSI erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf Fragen der Ernährung, und das MSSSI wird unterstützt von der spanischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und Ernährung (AESAN).

Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist die spanische Agentur für Arzneimittel und

Medizinprodukte, welche der MSSSI nachgeordnet ist.

AESAN
Spanische Behörde für
Lebensmittelsicherheit und Ernährung

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Madrid
<http://www.aesan.msc.es>



Die AESAN ist eine nachgeordnete Fachbehörde im Geschäftsbereich des MSSSI. Die AESAN ist die zuständige Behörde für alle Gesetzgebungsvorhaben zur Sicherheit von Lebensmitteln in Spanien, einschließlich der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht und neue nationale Rechtsvorschriften.

AESAN ist hinsichtlich der Ergebnisse ihrer Risikobewertungen unabhängig und erarbeitet Gutachten zur Risikobewertung insbesondere im Zusammenhang mit neuartigen Lebensmitteln, Rückständen von Tierarzneimitteln, Nahrungsergänzungsmitteln, Zoonosen, Mineralwässern und Trinkwasser. Die AESAN erstellt Vorschläge zur Risikominimierung und identifiziert neue gesundheitliche Risiken. Die AESAN ist außerdem zuständig für das Risikomanagement von GVO (Lebensmittel).

Weitere Schwerpunkte der AESAN bestehen in der Forschung sowie in der transparenten Kommunikation mit Öffentlichkeit, Wissenschaft und anderen beteiligten oder interessierten Kreisen. Zusätzlich ist die AESAN an der Koordination von staatlichen Lebensmittelkontrollen beteiligt. Das Tätigkeitsfeld der AESAN erstreckt sich

über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf Fragen der Ernährung.

An der AESAN sind ein Nationales Referenzlaboratorium (Nationales Zentrum für Lebensmittel, CNA) und ein EU-Referenzlabor (für marine Biotoxine, EURLMB) angesiedelt.

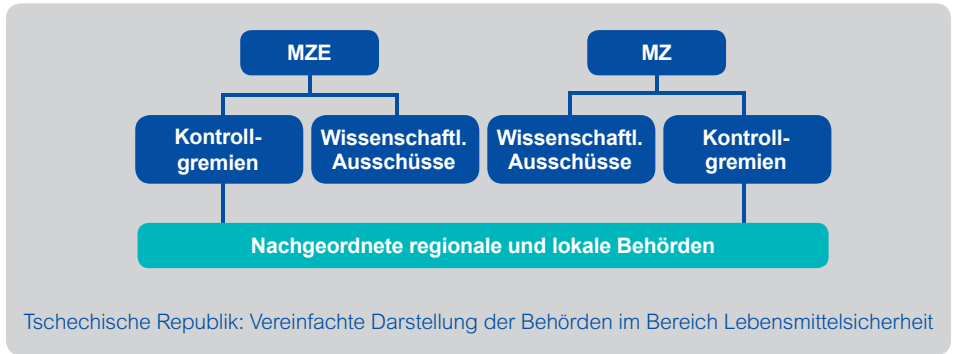
Regionale und lokale Ebene

Die regionale und lokale Ebene in Spanien besteht aus 17 autonomen Regionen und zwei autonomen Städten (Ceuta und Melilla) sowie 52 Provinzen. Einige regionale Behörden für Lebensmittelsicherheit führen auf regionaler Ebene Risikobewertungen durch. Für die Umsetzung der Futter- und Lebensmittelkontrollen sind regionale und lokale Behörden zuständig.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Centro Nacional de Alimentación
2. Consejo Superior Investigaciones Científicas
3. European Union Reference Laboratory for Marine Biotoxins
4. Laboratorio Regional de Salud Pública de la Comunidad de Madrid
5. Laboratori Agroalimentari
6. Laboratorio de Salud Pública de la Delegación Provincial de la Consejería de Sanidad de Lugo
7. Departamento de Nutrición, Bromatología y Tecnología de los Alimentos, Facultad de veterinaria, Universidad Complutense
8. Universidad de Córdoba
9. Universidad Complutense de Madrid
10. Universidad de las Islas Baleares – Laboratorio de Biología Molécula, Nutrición y Biotecnología
11. Drug Analysis Service – Universidad Autónoma de Barcelona – Facultad de Veterinaria
12. Grupo de Investigación Dh03 – Universidad de León – Facultad de Veterinaria
13. Fundació Centre de Recerca en Sanitat Animal
14. Laboratorio Arbitral Agroalimentario de Madrid
15. Agència Catalana de Seguretat Alimentària
16. Institut de Recerca i Tecnologia Agroalimentàries
17. Laboratorio Central de Veterinaria
18. Laboratory of Mycology
19. Nutrición y Bromatología, Facultad de Veterinaria, Universidad de Murcia
20. Institute of Nutrition and Food Technology
21. Saluvet Group
22. Elika
23. University of Santiago de Compostela
24. Instituto Vasco de Investigación y Desarrollo Agrario (NEIKER)

3.25 Tschechische Republik



Das Gesetz Nr. 110/1997 Coll. über Lebensmittel und Tabakprodukte ist die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht der Tschechischen Republik. Das Dokument „Food Safety and Nutrition Strategy for 2010–2013“ ist ein grundlegendes Papier der Tschechischen Republik im Bereich von Lebensmittelsicherheit und Ernährung.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In der Tschechischen Republik gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement, es gibt jedoch eine verfahrensrechtliche Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden grundsätzlich im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

**MZE
Ministerium für Landwirtschaft**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Prag
<http://eagri.cz>

Das MZE befasst sich mit der Agrarpolitik und der Lebensmittelsicherheit in der Tschechischen Republik. Es ist für Lebensmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs sowie für die staatlichen Lebensmittelkontrollen zuständig.

In den Aufgabenbereich des MZE gehören unter anderem Lebens- und Futtermittel, Tierschutz und -gesundheit, Tierarznei- und Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände, Kontaminanten, Trinkwasser, GVO und Lebensmittelkennzeichnung.

Das MZE ist die vorgesetzte Behörde insbesondere in den folgenden Bereichen:

- ▶ Tschechische Landwirtschafts- und Lebensmittelinspektionsbehörde – Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs, Einzelhandel mit Lebensmitteln tierischen Ursprungs
- ▶ Staatliche Veterinärverwaltung – Produktion, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln und Futtermitteln tierischen Ursprungs, Tiergesundheit und Tierschutz, Grenzkontrollen
- ▶ Zentrales Institut für Überwachung und Prüfung in der Landwirtschaft – Hygiene von Produktion, Verarbeitung, Vertrieb und Einzelhandel von Futtermitteln
- ▶ Staatliche Pflanzengesundheitsverwaltung – Pflanzengesundheit betreffende Angelegenheiten, Pflanzenschutzmittel. Die staatliche Pflanzengesundheitsverwaltung ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel.
- ▶ Tschechische Zuchtinspektion – Tieridentifizierung und -Registrierung
- ▶ Institut für die staatliche Kontrolle von biologischen und Tierarzneimitteln (in Zusammenarbeit mit der staatlichen Pflanzengesundheitsverwaltung) – Tierarzneimittel und Teilaspekte von Pflanzenschutzmitteln. Das Institut für die staatliche Kontrolle von biologischen und Tierarzneimitteln ist die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel.

Ein weiterer Schwerpunkt des MZE ist die Risikokommunikation. Das Lebensmittelsicherheitsinformationszentrum wurde eingerichtet, um zu allen Aspekten der Lebensmittelsicherheit „vom Stall bis auf den Teller“ Informationen für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Einige Nationale Referenzlaboratorien (NRL) nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2002 sind an den zuständigen Behörden im Geschäftsbereich des MZE und MZ angesiedelt.

MZ Ministerium für Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Lebensmittelhygiene

Sitz: Prag
<http://www.mzcr.cz>



Das MZ befasst sich mit dem öffentlichen Gesundheitsschutz und der Lebensmittelsicherheit in der Tschechischen Republik. In den Aufgabenbereich des MZ gehören unter anderem neuartige Lebensmittel, Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Kontaminanten, Zusatzstoffe, Mineralwasser und Nahrungsergänzungsmittel.

Die Zuständigkeit bei Kontrollen ist auf Lebensmittelkontaktmaterialien, Lebensmittelhygiene und insbesondere auf die Gastronomie begrenzt. Die zuständigen Behörden sind die öffentlichen Gesundheitsbehörden (Nationales Institut für öffentliche Gesundheit und die regionalen öffentlichen Gesundheitsinstitute).

Einige Nationale Referenzlaboratorien sind am MZ angesiedelt.

Regionale und lokale Ebene

Die Tschechische Republik ist in 14 Regionen aufgeteilt, die weiter in Bezirke untergliedert sind.

Alle Regionen sind zuständig für Lebens- und Futtermittelspektionen. In allen 14 Regionen befinden sich Vertretungen der staatlichen Veterinärverwaltung und öffentliche Gesundheitsbehörden. In 7 Regionen befinden sich regionale Vertretungen der tschechischen Landwirtschafts- und Lebensmittelinspektionsbehörde

und der staatlichen Pflanzengesundheitsverwaltung, regionale Vertretungen des zentralen Instituts für Überwachung und Prüfung in der Landwirtschaft sind in 6 Regionen vertreten.

Tierschutz fällt unter den Zuständigkeitsbereich der Kommunen, d. h. Inspektion, Maßnahmen und der Umgang mit Verstößen.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Mendel University in Brno, Faculty of Agronomy, Department of Animal Breeding
2. National Institute of Public Health
3. Veterinary Research Institute
4. Crop Research Institute
5. Institute of Animal Science
6. Regional Public Health Institute of Ústí nad Labem
7. Czech University of Life Sciences Prague, Faculty of Agrobiolgy, Food and Natural Resources, Department of Quality of Agricultural Products
8. Food Research Institute Prague
9. Institute of Chemical Technology Prague, Faculty of Food and Biochemical Technology
10. Regional Public Health Institute of Ostrava
11. Biology Centre, Academy of Sciences (BCAS)
12. Faculty of Veterinary Hygiene and Ecology, University of Veterinary and Pharmaceutical Sciences Brno

3.26 Ungarn



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Ungarn ist das Nahrungskettengesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Ungarn ist NÉBIH für Risikomanagement und Risikobewertung zuständig. Risikobewertungen werden bisher nicht im Internet veröffentlicht.

VM Ministerium für ländliche Entwicklung

- ▶ Agrarpolitik, Politik zur Sicherheit der Lebensmittelkette
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Budapest
<http://www.kormany.hu/en/ministry-of-rural-development>



Das VM überwacht nahezu alle Sicherheitsaktivitäten im Bereich der Lebensmittelkette. Die Hauptaufgaben des Ministeriums sind: internationale Beziehungen und Ausarbeitung der Gesetzgebung in den Bereichen Sicherheit der Nahrungskette vom Erzeuger zum Verbraucher.

In den Aufgabenbereich des VM gehören unter anderem Boden- und Pflanzengesundheit, Futtermittel, Lebensmittel, Pflanzenschutz- und Tierarzneimittelrückstände, GVO, Zoonosen, Mineralwässer und Trinkwasser. Das VM ist außerdem tätig im Bereich Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln, die Zulassungsbehörde für Pestizide und Tierarzneimittel ist jedoch das Nationale Büro für die Sicherheit der Nahrungskette.

Das Ministerium formuliert Regierungsmaßnahmen nicht nur im Zusammenhang mit der ländlichen Entwicklung, sondern auch mit der Überwachung von Nahrungsketten, Umweltschutz und Landwirtschaft. Hauptaufgaben des Ministeriums sind die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, die Diversität der ländlichen Bodennutzung, ländliche Entwicklung und die Schaffung der Bedingungen für eine sichere und qualitativ hochwertige Produktion und Distribution von Lebensmittel-erzeugnissen.

EMMI
Ministerium für Humanressourcen, Staats-
sekretariat für Gesundheitsvorsorge

- ▶ Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Budapest
<http://www.kormany.hu/en/ministry-of-human-resources>

Das Staatssekretariat für Gesundheitsvorsorge ist für die Festlegung besonderer Vorschriften und für die Erarbeitung von Gesetzesvorschriften für die Umsetzung der Gesundheitsvorsorge auf nationaler Ebene und in Hochschuleinrichtungen zuständig. Es reguliert Aufgaben der nationalen Gesundheitsvorsorge.

Der Aufgabenbereich des EMMI umfasst die Gesetzgebung im Bereich der Nahrungsergänzungsmittel, diätetischen Produkte, Säuglingsanfangs- und Folgenahrung, Gesundheits- und Nährwertangaben. EMMI überwacht das Nationale Büro des Medizinalrats, der für Nährwert- und Gesundheitsangaben, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke und lebensmittelbedingte Krankheiten zuständig ist.

NÉBIH
Nationales Büro für die Sicherheit
der Nahrungskette

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ WHO Infosan Contact Point

Sitz: Budapest
<http://www.nebih.gov.hu>

Das Nationale Büro für die Sicherheit der Lebensmittelkette (NÉBIH) wurde von der ungarischen Regierung als Rechtsnachfolger des früheren landwirtschaftlichen Zentralbüros und des Ungarischen Büros für Nahrungsmittelsicherheit eingerichtet. NÉBIH ist eine unabhängige juristische Person mit landesweiter Zuständigkeit und Verantwortlichkeit und operiert unter der unmittelbaren Aufsicht des Ministeriums für Ländliche Entwicklung. Das jährliche Budget wird durch die Regierung zugewiesen. NÉBIH weist eine komplexe Organisationsstruktur mit verschiedenen horizontalen und fachspezifischen Direktoraten und Testlaboratorien auf. NÉBIH deckt die gesamte Nahrungskette von der Erzeugung bis zum Einzelhandelsvertrieb ebenso wie Catering ab, um die Sicherheit der Lebensmittel- und Futtermittelproduktion in Bezug auf Tier- und Pflanzengesundheit und Bodenschutz herzustellen. NÉBIH ist an der Zulassung neuartiger Lebensmittel beteiligt. Das Direktorat für die Risikobewertung zur Lebensmittelsicherheit ist für die Risikobewertung auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit in Ungarn zuständig.

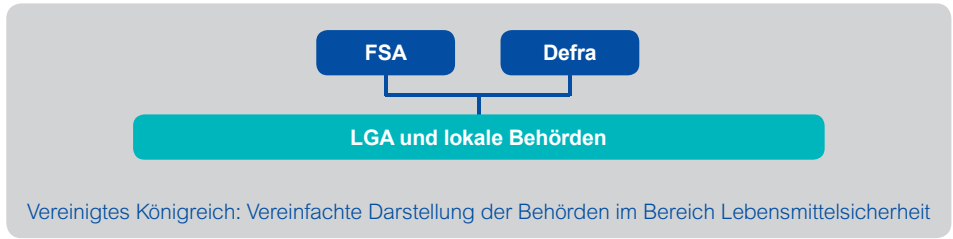
Regionale und lokale Ebene

Die Direktorate für Sicherheit der Lebensmittelkette und Tiergesundheit ebenso wie die Direktorate für Pflanzenschutz und Bodenschutz gehören zum Geschäftsbereich der 19 neu eingerichteten, dem Ministerium für Öffentliche Verwaltung und Justiz nachgeordneten Bezirksverwaltungen (Komitaten). NÉBIH bietet diesen Behörden auf regionaler und lokaler Ebene fachliche Anleitung, technische Unterstützung und Aufsicht.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. National Food Chain Safety Office (EFSA Focal Point)
2. Hungarian Authority for Consumer Protection
3. National Institute for Food and Nutrition Science
4. Hungarian Dairy Research Institute
5. Environmental Protection and Water Management Research Institute
6. Central Food Research Institute
7. Szent István University Faculty of Veterinary Science
8. Institute of Material and Environmental Chemistry, Chemical Research Centre of the Hungarian Academy of Sciences
9. Agricultural Research Institute of the Hungarian Academy of Sciences
10. Plant Protection Institute of the Hungarian Academy of Sciences
11. University of Debrecen, Centre of Agricultural Sciences and Engineering
12. Cereal Research Non-Profit Company
13. Corvinus University of Budapest, Faculty of Food Science
14. Corvinus University of Budapest Research Institute for Viticulture & Enology
15. Hungarian Meat Research Institute (Public Benefit Company)/OHKI KHT
16. National Centre of Epidemiology
17. Research Institute for Fisheries, Aquaculture and Irrigation

3.27 Vereinigtes Königreich



Die zentralen Rechtsgrundlagen im Lebensmittelrecht des Vereinigten Königreichs sind das Lebensmittelsicherheitsgesetz von 1990 und die Allgemeinen Lebensmittelverordnungen von 2004. Das Lebensmittelsicherheitsgesetz von 1990 dient als Rahmengesetz für alle Lebensmittelgesetze in Großbritannien und einer vergleichbaren Gesetzgebung in Nordirland. Die Allgemeinen Lebensmittelverordnungen von 2004 sind eine Anpassung des Lebensmittelsicherheitsgesetzes von 1990 an die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und erlauben die Durchsetzung der lebensmittelrechtlichen Anforderungen dieser Verordnung.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden in letzter Instanz die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden jedoch in letzter Instanz die Gerichte.

Im Vereinigten Königreich gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement. Risikobewertungen werden grundsätzlich im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

FSA Behörde für Lebensmittelstandards

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Forschung

Sitz: Zentralstelle in London; regionale Stellen in England (York), Nordirland, Schottland, Wales

<http://www.food.gov.uk/>



Die FSA ist die zentrale Behörde im Bereich der Lebensmittelsicherheit im Vereinigten Königreich. Es handelt sich um eine unabhängige, nichtministerielle Regierungsbehörde, die von einem unabhängigen Vorsitzenden und einem Verwaltungsrat geführt wird, die für die allgemeine strategische Ausrichtung der FSA verantwortlich sind und dafür Sorge tragen, dass sie ihren gesetzlichen Pflichten nachkommt. Sie hat jedoch gegenüber dem britischen Parlament, der nordirischen Versammlung, dem schottischen Parlament und der Nationalversammlung von Wales eine Rechenschaftspflicht über die Gesundheitsminister. FSA ist auch zuständig für Fleischinspektionsaufgaben im Zusammenhang mit der Verarbeitung von frischem Fleisch in England, Schottland und Wales (Zuständigkeit des DARD in Nordirland). Der Aufgabenbereich

der FSA umfasst außerdem die Überwachung der lokalen Durchführungsbehörden. Die FSA ist eine für das gesamte Vereinigte Königreich zuständige Behörde mit Zentrale in London und Büros in York (England), Nordirland, Schottland und Wales, um sicherzustellen, dass die entsprechenden Prioritäten in einem landesspezifischen Kontext umgesetzt werden. Jedes Büro hat auch eigene, unterschiedliche Arbeitsbereiche. Bei relevanten Themen kooperiert die FSA eng mit den lokalen Behörden. Die FSA erhält Informationen, Empfehlungen und Vorschläge von ihren Sachverständigenausschüssen. Die FSA veröffentlicht in der Regel Risikobewertungen im Internet und die wichtigsten politischen Fragen werden vom FSA-Verwaltungsrat in einer öffentlichen Sitzung unter Berücksichtigung wissenschaftlicher und sonstiger Fakten entschieden. Die FSA unterrichtet die Regierung und die Öffentlichkeit.

In den Aufgabenbereich der FSA gehören unter anderem Lebensmittelzusatzstoffe und -kontaminanten, mikrobiologische Lebensmittelsicherheit, Futtermittel, GVO, neuartige Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmittel. Die FSA hat außerdem eine beaufsichtigende Rolle im Zusammenhang mit der Zulassung und Überwachung von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln.

Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 werden durch die FSA ernannt. Die FSA hat im Internet eine Liste mit diesen Laboratorien veröffentlicht, welche bei Behörden, an Krankenhäusern sowie bei privaten Anbietern angesiedelt sind.

Defra Ministerium für Umwelt, Ernährung und ländliche Angelegenheiten

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: London
<http://www.defra.gov.uk>



Das Defra ist eine Regierungsabteilung, die mit ihren Exekutivbehörden für die Gesetzgebungsentwürfe, Durchführung und Überwachung im Bereich der Lebensmittelsicherheit verantwortlich ist, soweit dies nicht in den Zuständigkeitsbereich der FSA fällt.

Die Tierarzneimitteldirektion (VMD) ist die zuständige Behörde, die sich unter anderem mit der Bewertung, der Erteilung und Aufrechterhaltung aller nationalen Zulassungen für Tierarzneimittel, die Überwachung von Rückständen von Tierarzneimitteln und illegalen Stoffen in Tieren und tierischen Produkten befasst. Außerdem koordiniert sie die Arbeiten im Bereich der mikrobiellen Resistenz. Die Direktion für Chemieregulierung (CRD) der Obersten Gesundheits- und Sicherheitsbehörde ist die Behörde, die sich mit Pflanzenschutzmitteln im Namen des Defra befasst. Bezüglich der Lebensmittelsicherheitsaktivitäten führt die Direktion ein amtliches Programm zur Prüfung von Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln im Vereinigten Königreich in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 durch und veröffentlicht die Ergebnisse vierteljährlich. Die Direktion ist außerdem verantwortlich für Durchführungsmaßnahmen.

Einige der Aufgaben des Defra, zum Beispiel im Bereich Gesetzgebung, Umsetzung und Inspektion, sind an die Behörden für Landwirtschaft/ ländliche Angelegenheiten in den eigenständigen Verwaltungsbereichen in Nordirland, Schottland

und Wales delegiert. Das Defra veröffentlicht Risikobewertungen im Bereich der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Es kooperiert ggf. mit den Arbeitsgruppen der FSA.

Das Defra ist verantwortlich für alle Aspekte der Wasserpolitik in England und arbeitet eng mit der Trinkwasserinspektion zusammen, die für die Qualitätsbestimmungen von Trinkwasser verantwortlich ist. Es gibt ähnliche Vereinbarungen in Wales, Schottland und Nordirland. Das Tätigkeitsfeld des Defra erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit.

Regionale und lokale Ebene

Das Vereinigte Königreich besteht aus den vier Ländern Nordirland, Schottland und Wales (die jeweils ein eigenes Parlament oder eine eigene Versammlung haben) und England (wo sich das Parlament des Vereinigten Königreichs befindet).

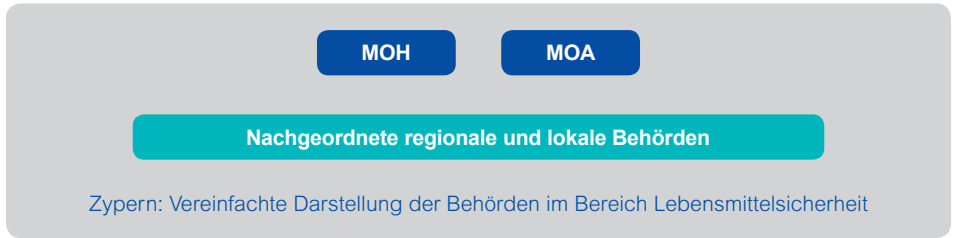
Die Hauptverwaltungsstruktur in den Ländern ist eine einstufige Verwaltung, die für alle regionalen und lokalen Verwaltungsaufgaben zuständig ist. England gliedert sich in 120, Nordirland in 26, Schottland in 32 und Wales in 22 Verwaltungseinheiten. England hat 27 zweistufige Verwaltungen, zu denen 207 Bezirksräte gehören. Diese Behörden unterstehen der FSA und sind für die Umsetzung der meisten Lebensmittel- und Futtermittelgesetze sowie für die Durchführung von Lebensmittelkontrollen zuständig.

Die Behörde Local Government Association (LGA) vertritt als lokale Regierungsbehörde die lokalen Behörden und koordiniert die Abstimmung innerhalb der lokalen Behörden und zwischen den lokalen Behörden und der FSA sowie des Defra.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. UK Food Standard Agency
2. Biomathematics & Statistics Scotland
3. Hampshire Scientific Service
4. Glasgow Scientific Services
5. Animal Health and Veterinary Laboratories Agency
6. Staffordshire Country Laboratory and Scientific Services
7. Leicestershire Country Council Scientific Services
8. Centre for Environment Fisheries and Aquaculture Science
9. Somerset Scientific Services
10. Institute of Food Research
11. Aberdeen City Council, Laboratory of the Public Analyst
12. Food and Environment Research Agency
13. City of Edinburgh Council
14. Chemicals Regulation Directorate
15. Health and Safety Laboratory
16. MRC Collaborative Centre for Human Nutrition Research
17. Dundee City Council Scientific Services
18. Durham Scientific Services
19. Royal Veterinary College
20. University of Plymouth
21. University of Birmingham, Food Safety and Production Group
22. Cranfield University
23. University of Southampton
24. University of Greenwich
25. University of Newcastle upon Tyne
26. University of Glasgow
27. University of Central Lancashire
28. University of Aberdeen
29. Agri-Food and Biosciences Institute (AFBI)
30. Health Protection Agency
31. Institute of Occupational Medicine
32. Kent Scientific Services
33. LGC Limited
34. University of Liverpool
35. Scottish Crop Research Institute
36. Worcestershire Scientific Services
37. University of Hull

3.28 Zypern



Zypern: Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit

Zentrale Rechtsgrundlage für das Lebensmittelrecht in der Republik Zypern ist das Lebensmittelgesetz, welches an der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 ausgerichtet ist. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

Zypern hat keine etablierte Lebensmittelsicherheitsbehörde, jedoch einen Lebensmittelsicherheitsrat. Dieser Lebensmittelsicherheitsrat (FSC) wurde 2003 vom MOH gegründet. Seine Mitglieder sind die Vertreter aller zuständigen Behörden (MOH, MOA etc.) und Interessensvertreter wie Kommunen und Verbraucher.

MOH
Ministerium für Gesundheit
Lebensmittelsicherheitsrat (FSC)

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Nicosia
<http://www.moh.gov.cy>
<http://www.sgl.moh.gov.cy>



Das MOH befasst sich mit der Gesundheitspolitik und der Lebensmittelsicherheit in Zypern. In den Aufgabenbereich des MOH gehören unter anderem Lebensmittelhygiene, Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs, Speiseeis, Honig, Trink- und Mineralwasser, Nahrungsergänzungsmittel, GVO und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Kontaminanten. Das MOH ist insbesondere zuständig für Probenahmen, Inspektionen und Durchführungsmaßnahmen, amtliche Lebensmittelkontroll-Laboratorien, die Erstellung von mehrjährigen Kontrollplänen in Zusammenarbeit mit dem MOA sowie die Auswertung und Risikobewertung der Analyseergebnisse.

Das allgemeine staatliche Labor (SGL) des MOH ist die nationale EFSA-Kontaktstelle, das nationale EFSA-Beiratsmitglied und der medizinische und öffentliche Gesundheitsdienst (MPHS) des

Zypern

MOH die RASFF-Kontaktstelle. SGL bewertet die Risiken einiger Kontaminanten und anderer giftiger Chemikalien in enger Zusammenarbeit mit dem MOH und dem Lebensmittelsicherheitsrat (FSC).

Am MOH sind sechs Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

**MOA
Ministerium für Landwirtschaft,
natürliche Ressourcen und Umwelt**

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius

Sitz: Nikosia
<http://www.moa.gov.cy>



Das MOA befasst sich mit der Agrarpolitik und der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit in Zypern. Es erarbeitet im Bereich von Lebensmitteln tierischen Ursprungs (außer Speiseeis und Honig) und Futtermitteln Vorlagen für Gesetze und ist für die staatlichen Kontrollen zuständig. Der nationale Rückstandsplan für Tiere und Produkte tierischen Ursprungs wird vom MOA in Zusammenarbeit mit dem MOH durchgeführt. Das Tätigkeitsfeld des MOA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tierarznei- und Pflanzenschutzmittel, Zoonosen und Pflanzengesundheit, außerdem auf Tiergesundheit und -schutz sowie auf die Zulassung und Genehmigung von Betrieben und Zwischenhändlern.

Das MOA ist die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel und Pestizide in Zypern.

Am MOA sind vier Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

Regionale und lokale Ebene

Die Republik Zypern hat sechs Verwaltungsbezirke. Regionale und lokale Ebenen unterstehen den zentralstaatlichen Einrichtungen der Lebensmittelsicherheit in direkter Weisungskette und sind im Wesentlichen für die Implementierung der Kontrollen verantwortlich. Dem MOA sind fünf Büros auf der regionalen Ebene und sechs weitere lokale Einrichtungen unterstellt. Im Rahmen der öffentlichen Gesundheit sind fünf Büros in den Verwaltungsbezirken eingerichtet.

Acht der insgesamt 24 autonomen Gemeinden besitzen eigene Kontrollkompetenzen im Bereich der Lebensmittelhygiene in der Gastronomie. Ihre Aktivitäten werden durch das MOH überwacht.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. State General Laboratory
2. Public Health Services
3. Veterinary Services, Ministry of Agriculture, Natural Resources and Environment
4. Department of Agriculture, Ministry of Agriculture, Natural Resources and Environment
5. Agricultural Research Institute

4 Lebensmittelsicherheit in den Nachbarstaaten

4.1 Island



Island

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Island ist das Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In Island gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden teilweise im Internet veröffentlicht.

ANR
Ministerium für Industrie und Innovation

- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Reykjavík
<http://www.sjavarutveggraduneyti.is>



Das ANR ist zuständig für Fischerei, Agrarpolitik und die Lebensmittelsicherheit in Island. Es erarbeitet im Bereich von Fisch- und Agrarprodukten, Lebensmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs und anderen Lebens- und Futtermitteln Vorlagen für Gesetze und ist für die staatlichen Lebensmittelkontrollen zuständig.

In den Aufgabenbereich des ANR gehören Trinkwasser, Pflanzengesundheit, Tiergesundheit, Tierschutz, Futtermittel, Saatgut, Düngemittel und Fischfang.

Matis Ltd.
Isländisches Lebensmittel- und Biotechforschungsinstitut

- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Reykjavik
<http://www.matis.is>

Das Matis ist ein unabhängiges Forschungsinstitut der isländischen Regierung. Matis stellt Labordienste und Risikobewertungen im Bereich Lebensmittelsicherheit bereit.

MAST
Isländische Lebensmittel- und Veterinärbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Selfoss
<http://www.mast.is>



Die MAST besteht aus einem Leitungsbüro, einem Büro für Einfuhr- und Ausfuhrkontrolle sowie regionalen Zweigstellen. Die MAST ist für die Überwachung der Kontrolltätigkeit der Gemeinden verantwortlich. Sie untersteht dem ANR und ist die zentrale Behörde im Bereich Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz. Die MAST führt Risikobewertungen in den Bereichen Lebens- und Futtermittel, Kontaminanten in Trinkwasser, Rückstände von Pflanzenschutz sowie Tierarzneimitteln durch. Sie ist beteiligt an der Risikokommunikation sowie an der Vorarbeit für Gesetze.

Die MAST ist für die Inspektionen und Kontrollen der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln, Futtermitteln, Pflanzen und lebenden Tieren zuständig. Bei Lebensmitteln tierischen Ursprungs erstreckt sich die Zuständigkeit auch auf die Kontrolle und Inspektion innerhalb der Primärproduktion in Schlachtbetrieben, bei der Verarbeitung von Fleisch und Fisch, bei Milch- und Eierzeugnissen.

Die MAST kooperiert mit dem Institut für experimentelle Pathologie in Keldur, Universität Island, zu Risikobewertungen im Bereich Tierkrankheiten. Das Institut bietet außerdem wissenschaftlichen Rat und Unterstützung bei Erkrankungen von Mensch und Tier, Überwachung der öffentlichen Gesundheit sowie hinsichtlich diagnostischer Labordienste im Bereich Tierkrankheiten. Die MAST kooperiert mit weiteren wissenschaftlichen und Regierungseinrichtungen: mit dem obersten Epidemiologen der Gesundheitsdirektion zu übertragbarer Krankheiten, mit der Zolldirektion zu Import und Export sowie mit der Behörde für Arzneimittelkontrolle zu der Einschätzung und Registrierung von Tierarzneimitteln.

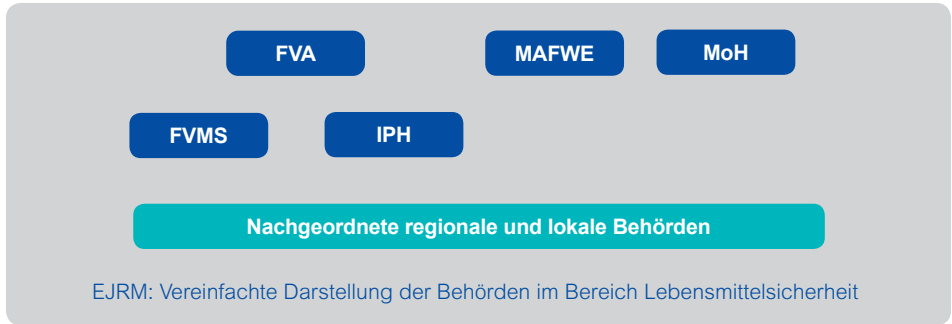
Regionale und lokale Ebene

Island ist in sechs Veterinärbezirke mit jeweils einem Regionalbüro der MAST eingeteilt. Zehn unabhängige Gemeindeämter für Umwelt und öffentliche Gesundheit sind zuständig für Lebensmittelsicherheitskontrollen im Einzelhandel und stehen unter der Aufsicht der MAST.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. The Icelandic Food and Veterinary Authority
2. Directorate of Health
3. Matis Ltd.
4. Unit for Nutrition Research, Landspítali-University Hospital and University of Iceland

4.2 Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien



EJRM


Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (EJRM) ist das Gesetz bezüglich Lebensmittelsicherheit und der Sicherheit von Produkten und Materialien mit Lebensmittelkontakt. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der staatlichen Verwaltung hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen.

In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien gibt es eine funktionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden nicht im Internet veröffentlicht.

FVA Lebensmittel- und Veterinärbehörde

- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Gesundheitspolitik, Veterinärpolitik
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Skopje
<http://www.fva.gov.mk>



Die FVA ist eine unabhängige Regierungsbehörde, die ihre Tätigkeit im Januar 2011 aufnahm. Die FVA entwickelt, koordiniert und implementiert Lebens- und Futtermittelsicherheits- und Veterinärpolitik zum Schutz von öffentlicher Gesundheit, Tiergesundheit und Umwelt. Die FVA ist zuständig für die Umsetzung von relevantem EU-Recht hinsichtlich Lebens- und Futtermittelsicherheit.

Die FVA koordiniert alle Tätigkeiten zur Lebens- und Futtermittelsicherheit innerhalb der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und ist außerdem zuständig für die Kommunikation mit EU-Institutionen.

Die FVA leitet die amtlichen Kontrollen von Lebens- und Futtermitteln tierischen und nichttierischen Ursprungs während der Herstellung, Verarbeitung, Lagerung, Transport, Handel, Einfuhr und Ausfuhr. Die FVA ist außerdem zuständig für Kontroll- und Inspektionstätigkeiten von Lebensmittelunternehmen.

Zum Aufgabenbereich der FVA gehören Lebensmittel tierischen Ursprungs, die Einfuhr von Lebensmitteln tierischen und nichttierischen Ursprungs, Tiergesundheit und Tiererschutz, Futtermittel und Tierernährung, TSE und tierische Nebenprodukte, Tierarzneimittel und Rückstände von Tierarzneimitteln, Pestizide und generelle Lebensmittelhygiene.

MAFWE
Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit während der Primärproduktion
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Skopje
<http://www.mzsv.gov.mk>



Das MAFWE ist zuständig für die Entwicklung und Umsetzung von Agrarpolitik und der Sicherheit von Lebensmitteln und Futtermitteln pflanzlichen Ursprungs während der Primärproduktion.

Das MAFWE erstellt Vorlagen für Gesetze und ist verantwortlich für die Umsetzung sowie Inspektionen und Kontrollen in den folgenden Bereichen: Pflanzengesundheit, Pflanzenschutzmittel, die Etablierung und Durchführung eines „Pflanzenpasssystems“, Erkennung, Zulassung und Schutz von Pflanzen- und Samenarten sowie die Laboranalyse von Pflanzen und pflanzlichen Produkten.

Am MAFWE angegliedert ist das staatliche landwirtschaftliche Inspektorat (SAI), welches Inspektionen und Kontrollen bei der Primärproduktion von Obst und Gemüse durchführt.

MoH
Gesundheitsministerium

- ▶ Gesundheitspolitik
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Skopje
<http://www.moh.gov.mk>



Das MoH ist zuständig für den gesamten Bereich der öffentlichen Gesundheit und des Gesundheitswesens. Dies umfasst die Erarbeitung von Vorlagen für Gesetze sowie deren Umsetzung und den Verbraucherschutz vor Täuschung. Das MoH ist aktiv an der Harmonisierung von mazedonischer Gesetzgebung und EU-Recht beteiligt.

FVMS
Tiermedizinische Fakultät

- ▶ Laboranalysen
- ▶ Risikobewertung

Sitz: Skopje
<http://www.fvm.ukim.edu.mk>

Die FVMS-Laboratorien sind autorisiert, Laboranalysen von Proben durchzuführen, die in offiziellen Kontrollen der FVA gesammelt wurden. FVMS-Laboratorien sind nach MKC ISO/IEC 17025 akkreditiert. Die FVMS ist zudem an den Risikobewertungen der FVA beteiligt.

Der Aufgabenbereich der FVMS-Laboratorien umfasst Mikrobiologie, Biologie und Biochemie, insbesondere die Analyse von Lebensmittelprodukten, Getränken, Wasser und Futtermitteln sowie die Untersuchung von Tierkrankheiten.

IPH Institut für Gesundheitswesen

- ▶ Laboranalysen
- ▶ Risikobewertung

Sitz: Skopje
<http://www.iph.mk>

Das IPH ist zuständig für die Laboranalysen von Lebens- und Futtermittelproben, die bei staatlichen Lebensmittelkontrollen gesammelt werden. Das IPH ist nach ISO/IEC 17025 akkreditiert.

Das IPH unterstützt außerdem die FVA und das MAFWE hinsichtlich der Risikobewertung.

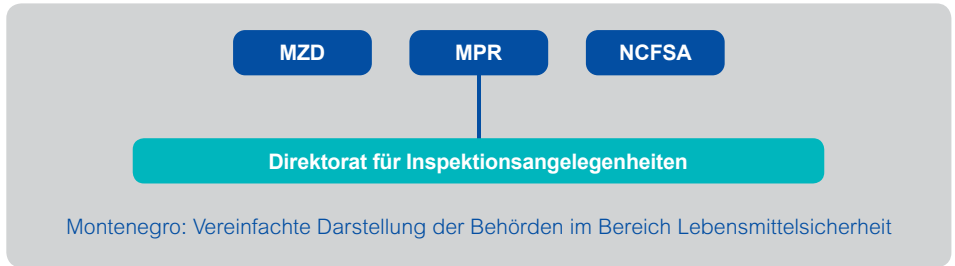
Regionale und lokale Ebene

Zehn regional unabhängige Laboratorien führen chemische, toxische und mikrobiologische Lebensmittel- und Wasseranalysen durch. Die Kontrollen und Inspektionen werden von der FVA koordiniert und überwacht. 28 Regionalbüros der FVA führen auf regionaler und lokaler Ebene Inspektionen bezüglich Lebensmittel tierischen und nichttierischen Ursprungs, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Einfuhr und Ausfuhr an Grenzkontrollstellen durch.

Institutionen, die in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an Lebensmittelsicherheit beteiligt sind:

1. Foods and Veterinary Agency
2. Phytosanitary Directorate, MAFWE
3. State Agricultural Inspection, MAFWE
4. Directorate for Seeds and Seedling Materials, MAFWE
5. Veterinary Institute, Faculty of Veterinary medicine, Skopje
6. Food Institute, Faculty of Veterinary medicine, Skopje
7. Phytosanitary Laboratory, MAFWE
8. Institute for Public Health of R. Macedonia, Skopje
9. Regional Centre for Public Health, Skopje
10. Regional Centre for Public Health, Bitola
11. Regional Centre for Public Health, Tetovo
12. Regional Centre for Public Health, Veles
13. Regional Centre for Public Health, Kumanovo
14. Regional Centre for Public Health, Kocani
15. Regional Centre for Public Health, Ohrid
16. Regional Centre for Public Health, Prilep
17. Regional Centre for Public Health, Strumica
18. Regional Centre for Public Health, Stip
19. Laboratory for biochemistry and molecular biology, Faculty of agricultural sciences and food
20. Research Centre for Genetic Engineering and Biotechnology, MASA
21. Centre of Preventive Medicine – Military Medical Centre
22. Faculty of Pharmacy, University of St. Cyril and Methodius, Skopje
23. Faculty of Medicine, University of St. Cyril and Methodius, Skopje

4.3 Montenegro



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Montenegro ist das Lebensmittelsicherheitsgesetz von 2007. Es beinhaltet allgemeine Grundsätze zu Risikoanalyse, Transparenz, Vorsorge, Rückverfolgbarkeit und Verbraucherinteressen. Das Gesetz strebt die Sicherstellung eines hochgradigen Schutzes des menschlichen Lebens und der Verbrauchergesundheit an und schreibt die allgemeinen Anforderungen an Lebensmittelsicherheit sowie die Pflichten von Lebens- und Futtermittelunternehmen vor.

Verstöße gegen das Lebensmittelrecht können zu strafrechtlichen Maßnahmen und zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen der Verbraucher führen, wobei die Entscheidung letztlich bei den Gerichten liegt. Regierungsmaßnahmen zur Lebensmittelsicherheit basieren häufig auf wissenschaftlicher Risikobewertung. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden letztlich die Gerichte.

In Montenegro sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt.

MPR
Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung

- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Tiermedizin- und Pflanzenschutzpolitik

Sitz: Podgorica
<http://www.mpr.gov.me>

Das Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MPR) ist die zuständige staatliche Behörde für die Politikgestaltung und Annahme von Verordnungen zur Umsetzung der Gesetze im Bereich Lebensmittelsicherheit, Tiermedizin- und Pflanzengesundheitspolitik.

Das Tiermedizinische Direktorat ist zuständig für die Umsetzung von Verordnungen zu Lebensmitteln tierischen Ursprungs, Futtermitteln sowie Tiergesundheit und Tierschutz. Es bereitet die technische Grundlage für die Gesetzgebung vor und kooperiert bei der Entwicklung der Politik in diesen Bereichen.

Das Direktorat für Pflanzengesundheit ist zuständig für die Umsetzung von Verordnungen im Bereich Pflanzengesundheitsschutz, Sicherheit von Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs auf der Primärproduktionsstufe, Pflanzenschutzmittel, Pestizidrückstände und GVO.

Das durch das Lebensmittelgesetz eingerichtete Direktorat für Inspektionsangelegenheiten führt Überwachungs- und Kontrollaufgaben gemäß dem Gesetz für Lebensmittelsicherheit durch. Es überprüft von Lebensmittelunternehmen eingerichtete Kontrollsysteme, inspiziert Unternehmen, nimmt Proben und kontrolliert die Einhaltung besonderer Hygieneauflagen.

Drei staatliche Laboratorien leisten ihren Beitrag zur Bewältigung der wissenschaftlichen Aufgaben und der täglichen Maßnahmen zur Lebensmittelsicherheit: das Institut für Gesundheitswesen (mikrobiologische und physikalisch-chemische Lebensmitteluntersuchungen), das Zentrum für Ökotoxikologische Forschung (physikalisch-chemische Untersuchungen von Lebens- und Futtermitteln) und das Diagnostische Tiermedizinische Laboratorium (diagnostische Untersuchungen von Tierkrankheiten, mikrobiologische Untersuchungen von Lebens- und Futtermitteln tierischen Ursprungs).

MZD Ministerium für Gesundheit

- ▶ [Lebensmittelsicherheit](#)
- ▶ [Risikomanagement](#)
- ▶ [EFSA-Kontaktstelle](#)

Sitz: Podgorica
<http://www.mzd.gov.me>

Das Ministerium für Gesundheit (MZD) ist die zuständige staatliche Stelle zur Politikgestaltung sowie zur Annahme und Umsetzung von Verordnungen im Bereich der Sicherheit von Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs nach der Primärproduktionsstufe, der Lebensmittelsicherheit zusammengesetzter Erzeugnisse und sonstiger Lebensmittel.

Im Sektor Gesundheitsschutz wurde die Abteilung für Lebensmittelsicherheit im Jahre 2009 durch das MZD auf dem Wege eines Work Description Act gegründet.

NCFSA Nationaler Rat für die Bewertung der Lebensmittelsicherheit

- ▶ [Lebensmittelsicherheit](#)
- ▶ [Risikobewertung](#)

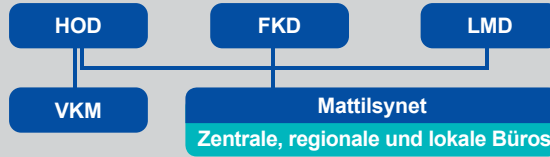
Sitz: Podgorica

Der NCFSA wurde durch die Regierung Montenegros nach dem Lebensmittelsicherheitsgesetz eingerichtet. Der Rat ist mit der ständigen Beobachtung und Durchführung von Risikobewertungen bezüglich der Lebens- und Futtermittelsicherheit befasst und ist bestrebt, das Leben und den Gesundheitsstatus von Mensch und Tier zu fördern. Er erarbeitet Beschlussvorlagen zu technischen Fragen und bietet wissenschaftliche und fachliche Hilfe bei der Entscheidungsfindung und Vorbereitung von Verordnungen im Bereich Lebens- und Futtermittel an.

Regionale und lokale Ebene

Kontrollen und Inspektionen werden auf lokaler Ebene durch 20 tiermedizinische Inspektoren, 17 Pflanzengesundheitsinspektoren und 34 Gesundheitsinspektoren durchgeführt.

4.4 Norwegen



Norwegen: Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit

Die zentrale Grundlage im Lebensmittelrecht in Norwegen ist das Lebensmittelgesetz. Das EU-Lebensmittelrecht ist in das norwegische Lebensmittelgesetz integriert. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Regierungsmaßnahmen im Bereich der Lebensmittelsicherheit beruhen oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen.

Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte. In Norwegen sind Risikobewertungen und Risikomanagement institutionell getrennt. Risikobewertungen werden vom Norwegischen Wissenschaftskomitee für Lebensmittelsicherheit (VKM) durchgeführt und im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, das Ministerium für Fischerei und Küste sowie das Ministerium für Gesundheit und Pflege sind gemeinsam zuständig für die Gestaltung der Lebensmittelpolitik und die Beaufsichtigung des Lebensmittelverkehrs, von der Erzeugung bis zum Verbraucher.

Das Umweltministerium hat besondere Aufgaben im Bereich umweltpolitischer Fragestellungen.

HOD Ministerium für Gesundheit und Pflege

- ▶ Lebensmittelfragen, Lebensmittelsicherheit und Ernährungspolitik
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Oslo
<http://www.regjeringen.no/nb/dep/hod>



Das HOD befasst sich mit Gesundheitspolitik, einschließlich Ernährung und Lebensmittelsicherheit. HOD ist zuständig für Rechtsvorschriften in den Bereichen Gesundheitsschutz, Lebensmittelsicherheit und Lebensmittel, mit Ausnahme der Primärproduktion. In den Aufgabenbereich des HOD gehören auch Trinkwasser und Kosmetika. Das HOD ist zuständig für das norwegische Gesundheitsdirektorat (Helsedirektoratet), das sich mit öffentlicher Gesundheit einschließlich Ernährung befasst. Das HOD finanziert und setzt das ansonsten unabhängige norwegische Wissenschaftskomitee für Lebensmittelsicherheit (VKM) ein.

FKD Ministerium für Fischerei und Küste

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Oslo
<http://www.regjeringen.no/nb/dep/fkd>



Das FKD ist zuständig für Rechtsvorschriften im Bereich der Primärproduktion in Aquakultur, Wildfang sowie Zucht, Schalentiere und Fischfutter. In den Aufgabenbereich des FKD gehören auch Futtermittel für Meerestiere und Fischgesundheit und -schutz sowie die nachhaltige Nutzung von Meeresressourcen.

LMD Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Lebensmittel: Primärproduktion

Sitz: Oslo
<http://www.regjeringen.no/nb/dep/lmd>



Das LMD ist das Ministerium, das die Hauptzuständigkeit für die Mattilsynet (die norwegische Behörde für Lebensmittelsicherheit) hat. Es befasst sich mit der Agrarpolitik in Norwegen und erarbeitet im Bereich der primären (landwirtschaftlichen) Produktion von Lebensmitteln und Futtermitteln Vorlagen für Gesetze. Das Tätigkeitsfeld des LMD erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit sowie Tiergesundheit und -schutz.

MD Umweltministerium

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Oslo
<http://www.regjeringen.no/nb/dep/md>



Das MD befasst sich mit der Umweltpolitik der Regierung. Es ist zuständig für das Biotechnologiegesezt in Norwegen.

DN Direktorat für Naturmanagement

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Trondheim
<http://www.dirnat.no/>



Das DN ist die nationale staatliche Stelle zum Schutz der norwegischen Umwelt. Das Direktorat ist zuständig für vorbereitende Arbeiten für das MD und die Umsetzung der Biotechnologieseztgebung.

VKM Norwegisches wissenschaftliches Komitee für Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Oslo
<http://www.vkm.no>



Das VKM ist eine unabhängige Risikobewertungsstelle, die aus einem Sekretariat und einem Komitee mit etwa 90 Sachverständigen besteht. Das VKM hat einen wissenschaftlichen Vorstand und 9 Gremien und ist angelehnt an die EFSA-Struktur. Das VKM wird vom Ministerium für Gesundheit und Pflege finanziert und bestellt. Das VKM führt im Auftrag der Mattilsynet für den gesamten Aufgabenbereich der Mattilsynet Risikobewertungen durch. Das VKM ist weiterhin zuständig für Umweltrisikobewertungen von GVO für das Direktorat für Naturmanagement (DN).

In Mattilsynets Zuständigkeitsbereich fällt die Regulierung der ethischen Tierhaltung sowie die Förderung einer umweltschonenden Produktion. Mattilsynet reguliert und kontrolliert auch Kosmetika und Tiergesundheitspersonal. Mattilsynet ist die Regulierungsbehörde für Pestizide und zuständig für Tierarzneimittelrückstände. Für die Zulassung von Tierarzneimitteln ist jedoch die norwegische Arzneimittelbehörde zuständig.

**Mattilsynet
Norwegische Behörde für
Lebensmittelsicherheit**

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Oslo
<http://www.mattilsynet.no>



Die Mattilsynet besteht aus einer Zentrale sowie regionalen und Bezirksbüros, die alle zu einer großen Organisation gehören. Zu Mattilsynets Aufgabenbereich gehört die Vorbereitung und Bereitstellung von Informationen für die Gesetzgebung, die Durchführung risikobasierter Inspektionen, die Überwachung der Lebensmittelsicherheit sowie der Pflanzen-, Fisch- und Tiergesundheit und die Aktualisierung von Entwicklungen in ihrem Tätigkeitsbereich und die Notfallplanung. Die Mattilsynet führt vorbereitende gesetzgeberische Arbeiten für die drei Ministerien mit Hauptzuständigkeit für Lebensmittel, LMD, FKD und HOD, durch.

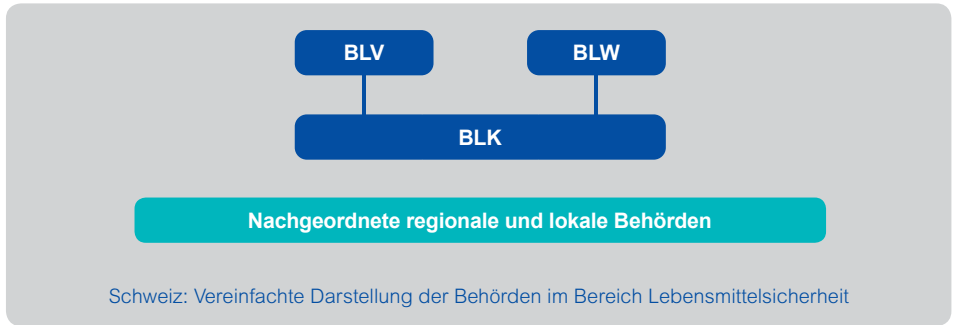
Regionale und lokale Ebene

Norwegen ist zentralistisch organisiert. Die kommunalen Lebensmittelaufsichtsstellen unterliegen der Zuständigkeit der Mattilsynet mit ihren acht regionalen und 54 Bezirksbüros.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 Verordnung (EG) Nr. 178/2002:

1. Bioforsk – Norwegian Institute for Agricultural and Environmental Research, Plant Health and Plant Protection Division
2. National Institute of Nutrition and Seafood Research (NIFES)
3. Norwegian Veterinary Institute
4. Norwegian Forest and Landscape Institute
5. Norwegian Institute for Air Research (NILU)
6. Norwegian Institute for Water Research (NIVA)
7. Norwegian Institute of Public Health, Division of Environmental Medicine, Division of Infectious Disease Control
8. Norwegian School of Veterinary Science
9. Norwegian University of Life Sciences, Department of Animal- and Aquacultural Sciences
10. Department of Nutrition, Institute of Basic Medical Sciences, University of Oslo
11. The Norwegian Food Safety Authority (NSFA, Mattilsynet)
12. The Norwegian Scientific Committee for Food Safety (VKM)

4.5 Schweiz



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht der Schweiz ist das Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Das Bundesgesetz über die Landwirtschaft und zugehörige Verordnungen über Futtermittel, Tiergesundheit, Tierschutz und weitere Verordnungen bezüglich Import, Transit und Export von Tieren und Lebensmitteln tierischer Herkunft vervollständigen die Gesetzgebung.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Über die Rechtmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen entscheiden ebenfalls die Gerichte.

In der Schweiz gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. In bestimmten Fällen werden Risikobewertungen im Internet veröffentlicht.

BLV Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Bern, Switzerland
<http://www.blv.admin.ch>



Das BLV ist eine Einrichtung des Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) und hat am 01. Januar 2014 seine Arbeit aufgenommen. Die Zuständigkeit des BLV umfasst Tiergesundheit und Tierschutz sowie Risikobewertung und Risikomanagement bezüglich der Sicherheit von Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen und Bedarfsgegenständen wie z. B. Verpackungsmaterialien. Die Risikobewertung umfasst Lebensmittelsicherheit sowie die Bewertung chemischer, mikrobiologischer, biotechnologischer, toxikologischer und Ernährungsrisiken. Dazu gehören Lebens- und Futtermittelsicherheit, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Mineral- und Trinkwässer, GVO,

Rückstände von Pflanzenschutz- und Tierarzneimitteln sowie Vorsorge gegen Zoonosen. Das BLV ist außerdem zuständig für die Sicherheit verbrauchernaher Produkte einschließlich Spielsachen und Kosmetika. Das Tätigkeitsfeld des BLV erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit und Tierschutz; es überwacht und kontrolliert Import, Export und Transit von Vieh und Haustieren, Tierprodukten sowie international geschützte Fauna und Flora (CITES Convention).

In enger Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Zollverwaltung (EVZ) ist das BLV zuständig für die Inspektion und Kontrolle von importierten Lebensmitteln. Außerdem stellt es in Zusammenarbeit mit importierenden Ländern auch Veterinärdokumente für den Export von Tieren und Tierprodukten aus. Die Grenzkontrollstellen (Flughäfen Zürich und Genf) sind für die Importkontrolle bei Tieren und Tierprodukten zuständig.

Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist das Schweizerische Heilmittelinstitut (Swissmedic), wobei die Risiken von Tierarzneimittelrückständen in Lebensmitteln tierischen Ursprungs in die Zuständigkeit des BLV fallen.

BLV
Bundesamt für Landwirtschaft

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bern, Schweiz
<http://www.blw.admin.ch>



Das BLV ist eine Einrichtung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) und zuständig für Agrarpolitik, die Sicherheit von Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs bei der Primärproduktion und von Futtermitteln. Zusammen mit den Kantonen und den bäuerlichen

Organisationen vollzieht das BLV die Entscheidung von Volk, Parlament und Regierung.

Das BLV ist zuständig für Risikobewertung und Risikomanagement im Futtermittelbereich. Die Futtermittelkontrolle wird durch die Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux durchgeführt.

In den Aufgabenbereich des BLV gehören unter anderem Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, GVO und Pflanzengesundheit. Die Zulassungsbehörde für Pestizide ist das BLV.

BLK
Bundeseinheit für die Lebensmittelkette

- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bern, Schweiz
<http://www.bvet.admin.ch/blk>

Im Auftrag des BLV prüft die BLK die Umsetzung und den Vollzug nationaler Gesetzgebung durch nationale und kantonale Behörden im Bereich Futter- und Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz. Die Umsetzung und Bewertung des mehrjährigen nationalen Kontrollplans wird von der BLK vorbereitet und koordiniert.

Regionale und lokale Ebene

In der Schweiz ist die nationale Regierung zuständig für die Inspektion und Kontrolle von Import, Export und Transit aller verbrauchernahen Produkte einschließlich Lebensmittel. Die nationale Regierung ist außerdem zuständig für Inspektion und Kontrolle im Bereich Futtermittelsicherheit. Die Regierung wird von der BLK und der Eidgenössischen Zollverwaltung unterstützt.

Die Kantone (d. h. die einzelnen Bundesstaaten der Schweiz) sind für den Vollzug von Lebensmittelsicherheit und Agrarrecht zuständig. Die

kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden sind für Inspektionen im Bereich Lebensmittelsicherheit verantwortlich. Die kantonalen Veterinärämter sind für den Vollzug der Gesetzgebung über Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel zuständig. Sie kontrollieren Vieh vor der Schlachtung und führen Fleischinspektionen durch. Sowohl die kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden wie auch die kantonalen Veterinärämter unterstehen dem BLV.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen:

Die Schweiz hat einen Beobachterstatus in verschiedenen EFSA-Arbeitsgruppen wie dem EFSA-Beirat und dem Netzwerk der Kontaktstellen, an denen Delegierte teilnehmen. Das BLW nimmt am Beirat zum Thema „Pflanzengesundheit“ teil, und das BVET nimmt am Beirat zum Thema „Tiergesundheit und Tierschutz“ teil.

Der Zugang zum Schnellwarnsystem der EU für Lebens- und Futtermittel beschränkt sich auf die Grenzzurückweisungsmeldungen und Meldungen, die die Schweiz direkt betreffen.

4.6 **Serbien**



Das Lebensmittelsicherheitsgesetz bildet die zentrale Grundlage für Lebensmittelsicherheit in Serbien. Dieses Gesetz setzt die Verordnung 178/2002 und Elemente des EU-Hygienepakets um. Lebensmittelrechtliche Verstöße können zu strafrechtlichen Maßnahmen und zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen von Verbrauchern führen, die endgültige Entscheidung liegt jedoch bei den Gerichten.

Die Risikobewertung steckt in Serbien noch in der Entwicklung; deshalb gibt es keine institutionelle Trennung zwischen Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden nicht im Internet veröffentlicht.

MPŠV
Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft

- ▶ Landwirtschaftspolitik
- ▶ Tiergesundheit und artgerechte Tierhaltung
- ▶ Pflanzengesundheit einschließlich Pflanzenschutzmittel und deren Rückstände
- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheitspolitik
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Belgrad
<http://www.minpolj.gov.rs>

Die Zuständigkeit des MPŠV umfasst die Ausarbeitung und Durchsetzung von Rechtsvorschriften im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit, Qualität und Hygiene sowie Landwirtschaftspolitik, Tiergesundheit und artgerechte Tierhaltung, Pflanzengesundheit einschließlich Pflanzenschutzmittel und deren Rückstände sowie amtliche Kontrollen.

MPŠV ist die zuständige Behörde für amtliche Kontrollen im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit. Die Tiermedizinische Direktion und die Pflanzenschutzdirektion sind als integrale Bestandteile des MPŠV zuständig für die Politikgestaltung, amtliche Kontrollen und Risikomanagement/-kommunikation. Innerhalb des

MPŠV decken drei Inspektionen den Bereich Lebensmittelsicherheit ab: die Veterinärinspektion, die Pflanzengesundheitsinspektion und die Landwirtschaftliche Inspektion. Jede von ihnen nimmt die Pflichten innerhalb ihres Zuständigkeitsrahmens gemäß dem Lebensmittelsicherheitsgesetz wahr.

UV Veterinärdirektorat

- ▶ Tiergesundheit und artgerechte Tierhaltung
- ▶ Rückstände von Tierarzneimitteln
- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Belgrad
<http://www.vet.minpolj.gov.rs>



Dem Veterinärdirektorat obliegen als nachgeordneter Sonderbehörde innerhalb des MPŠV die Bereiche Tiergesundheit, artgerechte Tierhaltung, öffentliche Tiergesundheit, die Bereitstellung eines Systems zum Risikomanagement in der Produktion und Zirkulation von tierischen Lebensmitteln. Die Veterinärinspektion ist ein integraler Bestandteil des Veterinärdirektorats, und die Veterinärinspektoren sind für die Durchführung amtlicher Kontrollen von Tiererzeugnissen zuständig.

Das UV überwacht und kontrolliert die artgerechte Tierhaltung einschließlich Zoonosen und anderer Ausbrüche von Seuchen. Die Arbeit des UV wird von 13 über das ganze Land verstreuten Veterinärinstituten unterstützt.

UZB Pflanzenschutzdirektorat

- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Pflanzengesundheit
- ▶ Pflanzenschutzmittel und deren Rückstände
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Belgrad
<http://www.uzb.minpolj.gov.rs>



Dieses Pflanzenschutzdirektorat ist eine nachgeordnete Fachbehörde innerhalb des MPŠV, und als National Plant Protection Organization (NPPO – Staatliche Pflanzenschutzorganisation) obliegt ihr die Durchführung und Koordinierung der Maßnahmen im Bereich des Pflanzenschutzes. Die Phytosanitäre Inspektion bildet einen integralen Bestandteil des Pflanzenschutzdirektorats, und Pflanzenschutzinspektoren führen amtliche Kontrollen von Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs in der Primärproduktion durch.

UZB ist als Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel für die Evaluation, Zulassung und Kontrolle nach der Zulassung zuständig. UZB überwacht die Umsetzung der Gesetzesvorschriften und die Durchführung amtlicher Kontrollen in diesen Bereichen.

Pflanzenschutzinstitute und Landwirtschaftliche Dienste im ganzen Land unterstützen die Arbeit der UZB. 46 Laboratorien sind zur Erbringung von Leistungen für die UZB im Bereich Lebensmittelsicherheit zugelassen.

DNRL**Direktorat für Nationale Referenzlaboratorien**

- ▶ Pflanzengesundheit
- ▶ Lebensmittelsicherheit

Sitz: Belgrad

<http://www.dnrl.minpolj.gov.rs>

Das Direktorat für Nationale Referenzlaboratorien wurde durch das Lebensmittelsicherheitsgesetz geschaffen und mit der Erbringung von Leistungen im Bereich Lebensmittelsicherheit, Pflanzengesundheit, Rückstände, Milch und Pflanzengenbank beauftragt. Gemäß Artikel 19 Lebensmittelsicherheitsgesetz obliegen dem DNRL neben anderen Aufgaben die Zusammenarbeit mit Nationalen Referenzlaboratorien anderer Länder, die Entwicklung einheitlicher Kriterien und Verfahren, die Umsetzung von Standards für bestimmte Tätigkeiten von Laboratorien sowie die Schaffung eines Qualitätskontrollsystems nicht nur für ihren eigenen Gebrauch, sondern auch für einschlägig benannte Laboratorien.

MZ**Ministerium für Gesundheit**

- ▶ Gesundheitspolitik
- ▶ Lebensmittelsicherheit
- ▶ Öffentliche Gesundheit

Sitz: Belgrad

<http://www.zdravlje.gov.rs/>

Gemäß Lebensmittelsicherheitsgesetz ist das MZ ebenfalls die zuständige Behörde für Lebensmittelsicherheit. Das MZ ist zuständig für die Aufgabenbereiche Gesundheitswesen, Ernährung, Trinkwasser, Gesundheitsversorgung und Arzneimittel. Der Zuständigkeitsbereich Lebensmittelsicherheit des MZ umfasst die Gesetzgebung zu Trinkwasser, verpacktem Trinkwasser, diätetischen Lebensmitteln, Säug-

lingsanfangsnahrung – Muttermilchersatzprodukte, Nahrungsergänzungsmittel, Salze für den menschlichen Verzehr, Nahrungsmittelzusätze, Geschmacksstoffe, Enzyme nichttierischer Herkunft, Zubehör nichttierischen Ursprungs, neuartige Lebensmittel sowie gesundheits- und nährwertbezogene Angaben und Lebensmittelkontaktmaterialien.

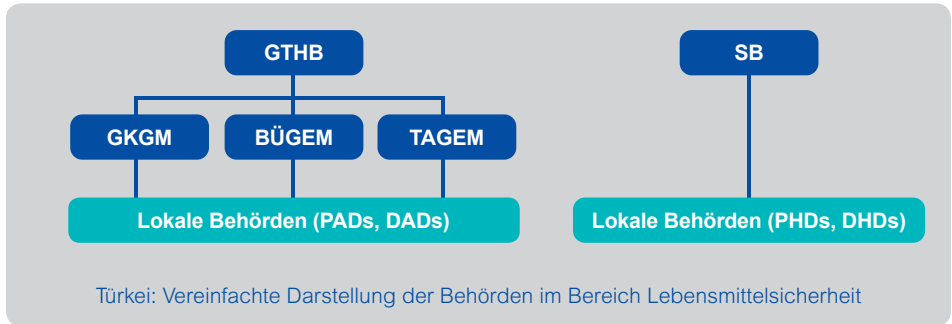
Die Inspektionsabteilung ist ein integraler Bestandteil des MZ. Innerhalb der Inspektionsabteilung führt die Abteilung für Gesundheitsinspektion Kontrollmaßnahmen gemäß Lebensmittelsicherheitsgesetz sowie Kontrollen der Versorgung der Bevölkerung mit hygienischem Trinkwasser und Kontrollen des sanitärhygienischen Zustands von der Gesundheitsaufsicht unterliegenden Einrichtungen durch.

Im Zuständigkeitsbereich des MZ stellt das Gesundheitsinstitut „Dr Milan Jovanović Batut“ eine Facheinrichtung für das Gesundheitswesen dar, die der Regierung mit Beratung, Unterstützung und Anleitung sowie mit einem Netzwerk von 23 Gesundheitsinstituten und Gesundheitsabteilungen zur Verfügung steht. Das Institut führt Aufgaben und Dienstleistungen im Gesundheitswesen aus und betreibt unabhängige Forschung zu Gesundheitsfragen. Die Hauptaufgaben des Instituts bestehen in der Überwachung von Umweltrisiken für die Gesundheit der Bevölkerung, in der Kontrolle und Überwachung der Lebensmittelsicherheit, der Sicherheit des Trinkwassers, in der Zusammenarbeit mit der gesundheitspolizeilichen Inspektion, Kontrollen der Hygienestandards sowie in der Koordination und Überwachung der Arbeit von 23 Fachinstituten für Gesundheit.

Regionale und lokale Ebene

Die Strukturen in Serbien sind zentralisiert. Auf regionaler und lokaler Ebene gibt es keine Behörden, die für Lebensmittelsicherheit zuständig sind.

4.7 Türkei



Die Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht der Türkei ist das Gesetz Nr. 5996 zu Veterinärdiensten, Pflanzengesundheit, Lebens- und Futtermitteln. Das Gesetz Nr. 5996 betrifft Vorschriften, die in den Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, 852/2004, 853/2004, 854/2004, 882/2004 sowie in verschiedenen anderen EU-Bestimmungen im Veterinär- und Pflanzenschutzrecht dargestellt sind.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher (nach dem Gesetz Nr. 4077).

In der Türkei gibt es zwar keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement, jedoch ist das Risikomanagement verfahrenstechnisch von der Risikobewertung getrennt, die vom Wissenschaftlichen Komitee und von Wissenschaftlichen Kommissionen durchgeführt wird. Gegenwärtig werden die Ergebnisse von Risikobewertungen noch nicht veröffentlicht.

GTHB Ministerium für Lebensmittel, Landwirtschaft und Viehhaltung

- ▶ Agrarpolitik, Lebens- und Futtermittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzaufgaben
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Ankara
<http://www.tarim.gov.tr>

Das GTHB ist zuständig für Lebens- und Futtermittelsicherheit einschließlich Veterinär- und Pflanzenschutzthemen. Ziel des GTHB sind der Schutz der öffentlichen Gesundheit, Pflanzen- und Tiergesundheit, Tierschutz und die Interessen der Verbraucher, unter Berücksichtigung des Umweltschutzes. Das GTHB ist zuständig für amtliche Kontrollen und Inspektion auf allen Stufen der Lebens- und Futtermittelkette.

Zum Schutz von menschlicher Gesundheit und Tiergesundheit arbeitet das GTHB mit dem Gesundheitsministerium und anderen zuständigen Einrichtungen hinsichtlich der Überwachung bestimmter Zoonosen und Zoonoseerreger und der Antibiotikaresistenz zusammen. Ein weiterer Grund für die Zusammenarbeit des GTHB mit anderen Einrichtungen ist die gemeinsame

Durchführung epidemiologischer Forschungsprojekte, um durch Lebensmittel übertragbare Zoonosen zu erforschen.

Das GTHB in Ankara besteht aus acht Einheiten, von denen drei an der Entwicklung und dem Vollzug von Lebens- und Futtermittelsicherheitspolitik, Veterinärpolitik und Pflanzenschutzpolitik beteiligt sind (d. h. GKGM, BÜGEM, TAGEM).

**SB
Gesundheitsministerium**

- ▶ Gesundheitspolitik, lebensmittelbedingte Krankheitsausbrüche
- ▶ Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Ankara
<http://www.saglik.gov.tr>



Das SB ist zuständig für bestimmte Bereiche der Lebensmittelsicherheit. Das SB arbeitet Rechtsvorschriften aus und ist zuständig für die Inspektion und Kontrolle der Qualität von Wasser zum menschlichen Verzehr, natürliches Mineralwasser, diätetische Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Erwachsene sowie Produkte, die zwar nicht verschreibungspflichtig sind, jedoch wissenschaftlich und klinisch bewiesene Wirksamkeit als Arzneimittel haben, sowie Produkte für die enterale Ernährung. Das SB wird von den Provinzgesundheitsdirektoraten (PHD) und den Bezirksgesundheitsdirektoraten (DHD) in den Provinzen und Bezirken vertreten.

**GKGM
Generaldirektorat Lebensmittel
und Kontrolle**

- ▶ Lebens- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Kontaktstelle für den Codex Alimentarius
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Ankara
<http://www.gkgm.gov.tr>



GKGM ist ein Bereich des GTHB und zuständig für die Entwicklung von Politik und Gesetzen sowie dem daraus resultierenden Vollzug, der Kontrolle und Inspektion von Lebens- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit auf zentraler Ebene. Das GKGM ist die Zulassungsbehörde für Pestizide und Tierarzneimittel.

Die Laboratoriumsdienste für Tier- und Pflanzengesundheit sowie für Lebens- und Futtermittelsicherheit werden durch 8 Veterinärkontroll- und Forschungsinstitute, 8 Pflanzenschutzforschungsinstitute, 4 Quarantänelaboratorien, 39 Kontrolllaboratorien auf Provinzebene, ein Lebensmittelkontroll- und zentrales Forschungsinstitut sowie ein Nationales Lebensmittelreferenzlaboratorium unter der Aufsicht des GKGM bereitgestellt. Darüber hinaus operieren 84 vom GKGM zugelassene private Laboratorien. Der Großteil der praktischen Umsetzung und Durchsetzungsmaßnahmen wird von den 81 landwirtschaftlichen Provinzdirektoraten (PADs) und 914 landwirtschaftlichen Bezirksdirektoraten (DADs) über einen vertikalen Dienstweg durchgeführt.

BÜGEM Generaldirektorat für Pflanzenbau

- ▶ Organische Produktion
landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Ankara
<http://www.bugem.gov.tr>

Das BÜGEM ist eine Abteilung des GTHB und zuständig für die Festlegung und Kontrolle von Normen und die nachhaltige Verwendung landwirtschaftlicher Produktionsmittel und Produktionstechnologien wie etwa biologischem Landbau.

TAGEM Generaldirektorat für Agrarforschung und Agrarpolitik

- ▶ Agrarforschung
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Ankara
<http://www.tagem.gov.tr>



Das TAGEM ist eine Abteilung des GTHB und in der Agrarforschung in den Bereichen Pflanzen und Tiergesundheit, Lebens- und Futtermittelsicherheit, Tierhaltung, Fischerei, Gartenbau und Ackerbau tätig. Ihm obliegen die Identifizierung der Prioritäten und Strategien der Agrarforschung und Entwicklung unter Berücksichtigung der staatlichen Entwicklungspläne sowie die Vorbereitung und Umsetzung in diesen Bereichen.



Einige bestimmte Bereiche, z. B. bezüglich Rückständen von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln, Schwermetallen und anderen Kontaminanten, Mykotoxinen, Zusatzstoffen und mikrobiologischen Kriterien, werden in Forschungseinrichtungen und Laboratorien wie dem Zentralen Forschungsinstitut für Pflanzenschutz und dem Zentralen Institut für Forschungskontrolle im Veterinärbereich untersucht.




Einige dem TAGEM angegliederte Laboratorien analysieren unter der Beaufsichtigung des GKGM Proben, die während der Kontrolle und Inspektion von Lebens- und Futtermitteln, Tierseuchen und zur Pflanzengesundheit genommen wurden. Außerdem fungiert das TAGEM als Sekretariat des Amtes für Biosicherheit, das für die Zulassung von GVO im Lebens- und Futtermittelsektor zuständig ist, sowie als Sekretariat für dessen Wissenschaftskommissionen, deren Aufgabe die Risikobewertung ist.



Regionale und lokale Ebene


Die Türkei ist eingeteilt in 81 Provinzen und 957 Bezirke. Das GTHB ist durch lokale GTHB-Stellen (PADs und DADs) in allen Provinzen und 914 Bezirken vertreten. Die PADs bestehen aus 7 Abteilungen, die für Lebensmittel, Futtermittel, Tiergesundheit, Zucht, Fischerei, Pflanzenbau und Pflanzengesundheit zuständig sind. Drei von ihnen sind mit der Durchsetzung von Lebens- und Futtermittelsicherheit, Veterinärpolitik und Pflanzengesundheitspolitik befasst.

5 Glossar

<p>Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002</p>	<p>Organisationen, die Aufgaben für die EFSA erledigen können (z. B. Datensammlung, Vorarbeit für die Erstellung von wissenschaftlichen Stellungnahmen und andere wissenschaftliche und technische Unterstützung). Die EFSA versendet Ausschreibungen, in denen die zu beantwortenden Forschungsfragen der EFSA beschrieben sind und für welche sich die „Artikel-36-Einrichtungen“ bewerben können.</p>
<p>Biozid oder Biozid-Produkte</p>	<p>Wirkstoffe und Zubereitungen, die einen oder mehrere Wirkstoffe enthalten und die dazu bestimmt sind, auf chemischem oder biologischem Weg Schadorganismen zu zerstören, abzuschrecken, unschädlich zu machen, Schäden durch sie zu verhindern oder sie in anderer Weise zu bekämpfen. Der Begriff Biozid (oder Biozid-Produkt) impliziert, dass der Wirkstoff in einer Form vorhanden ist, der dem Verwender zur Verfügung gestellt werden kann (vgl. Richtlinie 98/8/EG).</p>
<p>Codex Alimentarius</p>	<p>(Lateinisch für Lebensmittelkodex) Sammlung von international verabschiedeten Normen, Richtlinien und Verfahrensregeln. Obwohl die Normen, die im Codex Alimentarius dargelegt sind, nicht rechtsverbindlich sind, dienen sie als Richtlinien für Vorschriften des nationalen Lebensmittelrechts. Der Codex Alimentarius folgt dem Prinzip, dass Verbraucher ein Recht auf sichere, für den Verzehr geeignete Lebensmittel von guter Qualität haben. Der Codex Alimentarius wird von der Codex-Alimentarius-Kommission erstellt, einer Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen (FAO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), in der 180 Regierungen Mitglied sind.</p>
<p>EFSA-Kontaktstellen</p>	<p>Die EFSA-Kontaktstellen dienen als Schnittstellen zwischen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und den EU-Mitgliedsstaaten.</p>
<p>EU-Richtlinie</p>	<p>EU-Richtlinien sind Rechtsakte der EU, die von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden müssen.</p>
<p>EU-Verordnung</p>	<p>EU-Verordnungen gelten unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat der EU und müssen nicht in nationales Recht umgesetzt werden.</p>
<p>Futtermittel </p>	<p>Stoffe oder Erzeugnisse, auch Zusatzstoffe, verarbeitet, teilweise verarbeitet oder unverarbeitet, die zur oralen Tierfütterung bestimmt sind (Empfehlung der Kommission 2011/25/EU)</p>
<p>Gentechnik </p>	<p>Methoden und Verfahren der Biotechnologie, die gezielte Veränderung und Neuzusammensetzung von DNA-Sequenzen im Reagenzglas oder in lebenden Organismen sowie das künstliche Einbringen von DNA in lebende Organismen ermöglichen</p>
<p>Kontaktstelle für den Codex Alimentarius</p>	<p>Die Kontaktstellen für den Codex Alimentarius fungieren als Bindeglied zwischen dem Sekretariat des Codex Alimentarius und den Mitgliedsstaaten. Die Kontaktstellen für den Codex Alimentarius erhalten alle Endfassungen der Codex-Dokumente (Standards, Verfahrensregeln, Richtlinien und andere beratende Schriften) und Arbeitspapiere aus Codex-Sitzungen und sorgen dafür, dass diese an Beteiligte innerhalb ihrer Länder weitergeleitet werden.</p>

Kontaminant 	Als Kontaminant gilt jeder Stoff, der dem Lebensmittel nicht absichtlich hinzugefügt wird, jedoch als Folge der Gewinnung (einschließlich der Behandlungsmethoden in Ackerbau, Viehzucht und Veterinärmedizin), Ferti- gung, Verarbeitung, Zubereitung, Behandlung, Aufmachung, Verpackung, Beförderung oder Lagerung des betreffenden Lebensmittels oder infolge einer Verunreinigung durch die Umwelt im Lebensmittel vorhanden ist. Der Begriff umfasst nicht Überreste von Insekten, Tierhaare und anderem Fremdbesatz (Verordnung (EWG) Nr. 315/93).
Lebensmittel	Stoffe oder Erzeugnisse, die dazu bestimmt sind oder von denen nach vernünftigem Ermessen erwartet werden kann, dass sie in verarbeitete- tem, teilweise verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand von Men- schen aufgenommen werden (Verordnung (EG) Nr. 178/2002)
Lebensmittel- hygiene	Fünf Schlüssel der Lebensmittelhygiene der WHO: 1) Vorbeugung vor Kontamination von Lebensmitteln durch Erreger, verbreitet von Men- schen, Haustieren und Schädlingen; 2) Trennung von rohen und ge- kochten Lebensmitteln, um Kontamination der gekochten Lebensmittel zu verhindern; 3) Abkochen von Lebensmitteln über eine angemessene Dauer und bei angemessener Temperatur, um Erreger zu töten; 4) Lage- rung von Lebensmitteln bei angemessenen Temperaturen; 5) Verwen- dung von sicherem Wasser und von unbehandelten Zutaten.
Lebensmittelsicherheit	Lebensmittelsicherheit gewährleistet, dass der Verzehr von Lebens- mitteln (bei bestimmungsgemäßer Verwendung) nicht schädlich für Verbraucher ist und/oder zu keiner lebensmittelbedingten Krankheit führt. Angemessene Lebensmittelhygiene unterstützt die Lebensmittelsicherheit, wobei der Begriff Lebensmittelsicherheit auch das Nichtvor- handensein von schädlichen Umweltkontaminanten oder Rückständen von Tierarzneimitteln einschließt.
Mehrjährige Kontrollpläne	Ein mehrjähriger Kontrollplan beschreibt, wie bestimmte Aspekte der staatlichen Kontrolle und Inspektion im Bereich Lebens- und Futtermittel- sicherheit organisiert, durchgeführt und/oder umgesetzt werden. Dazu gehören die Häufigkeit von Inspektionen, die Verteilung der Inspek- tionen innerhalb der Branche und der Betriebe und die Anzahl der zu analysierenden Proben.
Mineralwasser 	Abgefülltes Wasser für den menschlichen Verzehr, entweder a) natürliches Mineralwasser, b) natürliches Quellwasser oder c) verarbeitetes Leitungs- wasser. Natürliches Mineralwasser ist Grundwasser, das aus einer oder mehreren natürlichen oder künstlich erschlossenen Quellen gewonnen wird und eine bestimmte Menge an Mineralien enthält. Quellwasser ist Grund- wasser, das aus einer Quelle entsprungen ist, aber weniger Mineralien enthält. Das Symbol bezieht sich nicht auf abgefülltes Wasser, welches für medizinische Zwecke bestimmt ist.
Nahrungser- gänzungsmittel 	Nährstoffe oder sonstige Stoffe mit ernährungsspezifischer oder physio- logischer Wirkung, welche die normale Ernährung ergänzen sollen. Nahrungsergänzungsmittel werden normalerweise in Form von Kapseln, Pastillen, Tabletten, Pillen, Pulverbeuteln, Ampullen, Flaschen mit Tropf- einsätzen und ähnlichen Darreichungsformen von Flüssigkeiten und Pulvern zur Aufnahme in abgemessenen kleinen Mengen vermarktet (Richtlinie 2002/46/EG).

<p>Neuartige Lebensmittel</p>		<p>Neuartige Lebensmittel sind Lebensmittel und Lebensmittelinhaltsstoffe, die noch nicht in relevantem Ausmaß innerhalb der EU vor dem 15. Mai 1997 verwendet wurden. Um den bestmöglichen Schutz der menschlichen Gesundheit zu sichern, werden neuartige Lebensmittel einer Sicherheitsbewertung unterzogen, bevor sie auf den europäischen Markt kommen dürfen. Nur Produkte, die als sicher für den menschlichen Verzehr zu erachten sind, werden zur Vermarktung zugelassen.</p>
<p>Pflanzenschutzmittel oder Pestizide</p>		<p>Wirkstoffe und Zubereitungen, die einen oder mehrere Wirkstoffe enthalten und die zum Schutz von Pflanzen (oder Pflanzenprodukten) gegen Schadorganismen bestimmt sind. Der Begriff Pflanzenschutzmittel (oder Pestizid) impliziert, dass der (die) Wirkstoff(e) in einer Form vorhanden ist (sind), in welcher er (sie) zum Verwenden gelangen kann (können). Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln können auch unerwünschte Pflanzen vernichten oder in einer anderen Weise als ein Nährstoff die Lebensvorgänge von Pflanzen beeinflussen (z. B. Wachstumsregler).</p>
<p>Primäre Lebensmittelproduktion</p>		<p>Anbau, Kultivieren, Ernte, Sammeln oder Fang von Lebensmitteln, z. B. Ernten, Schlachten, Melken oder Angeln. Der Begriff der primären Lebensmittelproduktion beinhaltet nicht die beträchtlichen Veränderungen von Lebensmitteln, beispielsweise Fertigung oder Eindosen, sowie den Verkauf von Lebensmitteln direkt an die Allgemeinheit.</p>
<p>RASFF-Kontaktstelle</p>		<p>Das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) ist ein Instrument im Informationsaustausch der nationalen Überwachungsbehörden innerhalb der EU. Das RASFF besteht aus 33 Mitgliedern. Jedes Mitglied hat eine RASFF-Kontaktstelle. Wenn ein RASFF-Mitglied Informationen zu einem ernstem Gesundheitsrisiko durch Lebens- oder Futtermittel besitzt, muss es mittels des RASFF unverzüglich die EU-Kommission benachrichtigen. Vor allem die Mitgliedsstaaten müssen die Kommission von allen Maßnahmen, z. B. Aus-dem-Verkehr-ziehen oder Rückruf von Lebens- oder Futtermitteln vom Markt, in Kenntnis setzen, um die Gesundheit der Verbraucher zu schützen, falls schnelles Handeln notwendig ist. Die EU-Kommission unterrichtet daraufhin unverzüglich alle Mitglieder über die RASFF-Kontaktstellen.</p>
<p>REACH</p>		<p>Rechtsrahmen für die Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe, um für größere Sicherheit bei der Erzeugung und Verwendung chemischer Substanzen zu sorgen</p>
<p>Risikobewertung</p>		<p>Wissenschaftliche Arbeit bestehend aus der Identifizierung möglicher Gefahrenquellen, Charakterisierung der Gefahr, Expositionsschätzung und Risikocharakterisierung</p>
<p>Risikokommunikation</p>		<p>Interaktiver Informationsaustausch von Personen im Bereich Risikobewertung und Risikomanagement mit Verbrauchern, der Lebens- und Futtermittelwirtschaft, der Wissenschaftsgemeinschaft und mit anderen Interessengruppen in Bezug auf Risiken, Gefahren und Risikowahrnehmung. Zur Risikokommunikation zählt außerdem die Erklärung der wissenschaftlichen Risikobewertung und der Risikomanagemententscheidungen.</p>
<p>Risikomanagement</p>		<p>Prozess des Abwägens von politischen Alternativen, das Fällen von Entscheidungen und das Umsetzen von Kontroll- und Inspektionsverfahren, um Risiken der Lebensmittelkette zu bewältigen</p>

Rückstand	Stoffe, die in Pflanzen, Pflanzenprodukten, essbaren Tierprodukten oder Trinkwasser vorhanden sind und aus der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln oder Tierarzneimitteln stammen, einschließlich Metabolite, Zerfalls- oder Reaktionsprodukte
Trinkwasser	 Wasser aus der Leitung, das für den menschlichen Verzehr bestimmt ist
Zoonosen	Sämtliche Krankheiten und/oder sämtliche Infektionen, die auf natürlichem Weg direkt oder indirekt zwischen Tieren und Menschen übertragen werden können
Zuständige Behörde	Eine staatliche Organisation, die rechtlich bevollmächtigt ist, eine bestimmte Funktion auszuführen

6 Abkürzungsverzeichnis

Belgien	FASFC	Agence Fédérale pour la Sécurité de la Chaîne Alimentaire	Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette
	CODA-CERVA	Centre d'Etude et de Recherches Vétérinaires et Agrochimiques	Veterinärmedizinisches und agrochemisches Forschungszentrum
	WIV-ISP	Institut scientifique de Santé Publique	Wissenschaftliches Institut für Volksgesundheit
	FPS	Service public fédéral Santé publique, Sécurité de la Chaîne alimentaire et Environnement	Föderaler Öffentlicher Dienst Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt
Bulgarien	MH	Министерство на здравеопазването	Gesundheitsministerium
	MOEW	Министерство на околната среда и водите	Ministerium für Umwelt und Gewässer
	MAF	Министерство на земеделието и храните	Ministerium für Landwirtschaft und Lebensmittel
	RAC	Risk Assessment Center	Risikobewertungszentrum
	BFSA	Българска агенция по безопасност на храните	Bulgarische Behörde für Lebensmittelsicherheit
	NCPHA	National Centre for Public Health and Analysis	Nationales Zentrum für öffentliche Gesundheit und Analyse
Dänemark	AgriFish	NaturErhvervstyrelsen	Dänische Agentur AgriFish
	DTU	Fødevareinstituttet, Danmarks Tekniske Universitet	Nationales Lebensmittelinstitut der Dänischen Technischen Universität
	DCA	Nationalt Center for Fødevarer og Jordbrug	Dänisches Zentrum für Lebensmittel und Landwirtschaft, Universität Aarhus (AU)
	DCE	Nationalt Center for Miljø og Energi	Dänisches Umwelt- und Energiezentrum, Universität Aarhus
	DVFA	Fødevarestyrelsen	Dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde
	MFAF	Ministeriet for Fødevarer, Landbrug og Fiskeri	Ministerium für Lebensmittel, Landwirtschaft und Fischerei
	Deutschland	BfR	Bundesinstitut für Risikobewertung
BMELV		Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMU		Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BVL		Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
RKI		Robert Koch-Institut	Robert Koch-Institut
UBA		Umweltbundesamt	Umweltbundesamt

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	MoH	Министерство за здравство	Gesundheitsministerium
	MAFWE	Министерство за земјоделство, шумарство и водостопанство	Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
	IPH	Институт за јавно здравје	Institut für Gesundheitswesen
	FVA	Управа за ветеринарство	Lebensmittel- und Veterinärbehörde
	FVMS	Факултетот за ветеринарна медицина	Tiermedizinische Fakultät
Estland	PM	Põllumajandusministeerium	Ministerium für Landwirtschaft
	SM	Sotsiaalministeerium	Ministerium für soziale Angelegenheiten
	TA	Terviseamet	Gesundheitsbehörde
	PMA	Põllumajandusamet	Landwirtschaftsbehörde
	VTA	Veterinaar- ja Toiduamet	Veterinär- und Lebensmittelbehörde
Finnland	Evira	Elintarviketurvallisuusvirasto	Finnisches Amt für Lebensmittelsicherheit
	–	Tulli	Finnische Zollbehörden
	MMM	Maa- ja Metsätalousministeriö	Ministerium für Landwirtschaft und Forsten
	STM	Sosiaali- ja Terveysministeriö	Ministerium für Soziales und Gesundheit
	Tukes	Turvallisuus- ja kemikaalivirasto	Finnische Agentur für Sicherheit und Chemikalien
	Valvira	Sosiaali- ja terveystieteiden valvontavirasto	Nationale Aufsichtsbehörde für Fürsorge und Gesundheit
Frankreich	ANSES	Agence nationale de sécurité sanitaire de l'alimentation, de l'environnement et du travail	Französische Behörde für Lebensmittel und Umwelt- und Arbeitsschutz
	MAAPRA	Ministère de l'agriculture, de l'alimentation, de la pêche, de la ruralité et de l'aménagement du territoire	Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung, Fischerei, ländlichen Raum und Raumordnung
	MEFI	Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie	Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie
	MASS	Ministère des affaires sociales et de la santé	Ministerium für Gesundheit und Soziales
Griechenland	EFET	ΕΝΙΑΙΟΣ ΦΟΡΕΑΣ ΕΛΕΓΧΟΥ ΤΡΟΦΙΜΩΝ	Griechische Lebensmittelbehörde
	EOF	Εθνικός Οργανισμός φαρμάκων	Nationale Arzneimittelbehörde
	YAAT	Υπουργείο Αγροτικής Ανάπτυξης και Τροφίμων	Ministerium für ländliche Entwicklung und Lebensmittel
	YYKA	Υπουργείο Υγείας και Κοινωνικής Αλληλεγγύης	Ministerium für Gesundheit und Sozialfürsorge
Irland	DoH	Department of Health	Ministerium für Gesundheit
	DAFM	Department of Agriculture, Food and the Marine	Ministerium für Landwirtschaft, Lebensmittel und Fischerei
	FSAI	Food Safety Authority of Ireland	Irische Lebensmittelbehörde

Island	ANR	Atvinnuvega- og nýsköpunar-ráðuneytið	Ministerium für Industrie und Innovation
	MAST	Matvælastofnun	Isländische Lebensmittel- und Veterinärbehörde
	Matís Ltd.	/	Isländisches Lebensmittel- und Biotechnologieforschungsinstitut
Italien	MdS	Ministerio della Salute	Ministerium für Gesundheit
	MPAAF	Ministero delle politiche agricole alimentari e forestali	Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten
	ISS	Istituto Superiore di Sanità	Nationales Gesundheitsinstitut
Kroatien	MPRRR	Ministarstvo poljoprivrede, ribarstva i ruralnog razvoja	Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und ländliche Entwicklung
	MZSS	Ministarstvo zdravstva i socijalne skrbi	Gesundheitsministerium
	HAH	Hrvatska agencija za hranu	Kroatische Behörde für Lebensmittelsicherheit
Lettland	BIOR	Pārtikas Drošības Dzīvnieku Veselības un Vides Zinātniskais Institūts	Institut für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Umwelt
	PVD	Pārtikas un Veterinārais Dienests	Lebensmittel- und Veterinärdienst Lettlands
	SPKC	Slimību Profilakses un Kontroles Centrs	Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten
	VAAD	Valsts Augu Aizsardzības Dienests	Staatlicher Pflanzenschutzdienst
	VM	Veselības Ministrija	Ministerium für Gesundheit
	ZM	Zemkopības Ministrija	Ministerium für Landwirtschaft
Litauen	NMVRVI	Nacionalinis maisto ir veterinarijos rizikos vertinimo institutas	Nationales Lebensmittel- und Veterinär-Risikobewertungsinstitut
	SAM	Sveikatos Apsaugos Ministerija	Ministerium für Gesundheit
	SMLPC	Sveikatos mokymo ir ligų prevencijos centras	Zentrum für Gesundheitserziehung und Krankheitsprävention
	VAT	Valstybinė augalininkystės tarnyba prie Žemės ūkio ministerijos	Staatlicher Pflanzendienst
	VMVT	Valstybinė maisto ir veterinarijos tarnyba	Staatlicher Lebensmittel- und Veterinärdienst
	ŽŪM	Žemės Ūkio Ministerija	Ministerium für Landwirtschaft
Luxemburg	ASTA	Administration des Services Technique de l'Agriculture	Ackerbauverwaltung
	ASV	Administration des Services Vétérinaires	Veterinärverwaltung
	DIR SAN	Direction de la santé	Direktion für öffentliche Gesundheit
	MAVDR	Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural	Ministerium für Landwirtschaft, Weinkultur und ländliche Entwicklung
	MS	Ministère de la Santé	Ministerium für Gesundheit

Luxemburg	OSQCA	Organisme pour la Sécurité e la Qualité de la Chaine Alimentaire	Behörde für Sicherheit und Qualität in der Lebensmittelkette
Malta	FSC	Food Safety Commission	Kommission für Lebensmittelsicherheit
	MHEC	Ministry for Health, the Elderly and Community Care	Ministerium für Gesundheit, ältere Menschen und kommunale Versorgung
	MCCAA	Malta Competition and Consumer Affairs Authority	Maltesische Behörde für Wettbewerb und Verbraucherfragen
	MRRA	Ministry of Resources and Rural Affairs	Ministerium für Ressourcen und ländliche Angelegenheiten
Montenegro	MPR	Ministarstvo Poljoprivrede i Ruralnog Razvoja	Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung
	MZD	Ministarstvo Zdravlja	Ministerium für Gesundheit
	NCFSA	National Council for Food Safety Assessment	Nationaler Rat für die Bewertung der Lebensmittelsicherheit
Niederlande	CVI	Central Veterinary Institute	Zentrales Veterinärinstitut
	EZ	Ministerie van Economische Zaken	Ministerium für Wirtschaft, Landwirtschaft und Innovation
	NVWA	Nederlandse Voedsel- en Warenautoriteit	Niederländische Behörde für Lebensmittel- und Verbraucherproduktsicherheit
	RIKILT	Instituut voor Voedselveiligheid	Institut für Lebensmittelsicherheit
	RIVM	Rijksinstituut vor Volksgezondheid en Milieu	Nationales Institut für öffentliche Gesundheit und Umwelt
	VWS	Ministerie van Volksgezondheid, Welzijn en Sport	Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport
Norwegen	DN	Direktoratet for naturforvaltning	Direktorat für Naturmanagement
	FKD	Fiskeri- og kystdepartementet	Ministerium für Fischerei und Küste
	HOD	Helse- og omsorgsdepartementet	Ministerium für Gesundheit und Pflege
	LMD	Landbruks- og matdepartementet	Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung
	Mattilsynet	Statens tilsyn for planter, fisk, dyr og næringsmidler	Norwegische Behörde für Lebensmittelsicherheit
	MD	Miljøverndepartementet	Umweltministerium
	VKM	Vitenskapskomiteén for mattrygghet	Norwegisches wissenschaftliches Komitee für Lebensmittelsicherheit
Österreich	AGES	Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit	Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH
	BAES	Bundesamt für Ernährungssicherheit	Bundesamt für Ernährungssicherheit
	BMG	Bundesministerium für Gesundheit	Bundesministerium für Gesundheit

Österreich	BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Polen	CS des MF		Die Zollbehörden (CS) am Finanzministerium (MF)
	GIS des MZ	Główny Inspektorat Sanitarny	Oberste Gesundheitsaufsicht (GIS) des Ministeriums für Gesundheit (MZ)
	IZZ	Instytut Żywności i Żywienia	Nationales Lebensmittel- und Ernährungsinstitut
	MF	Ministerstwo Finansów	Finanzministerium
	MRiRW	Ministerstwo Rolnictwa i Rozwoju Wsi	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
	NIZP-PZH	Narodowy Instytut Zdrowia Publicznego – Państwowy Zakład Higieny	Nationales Institut für Öffentliche Gesundheit – Nationales Institut für Hygiene
	PIWET	Państwowy Instytut Weterynaryjny – Państwowy Instytut Badawczy	Nationales Veterinärforschungsinstitut
	UOKiK	Urząd Ochrony Konkurencji i Konsumentów	Amt für Wettbewerb und Verbraucherschutz
Portugal	ASAE	Autoridade de Segurança Alimentar e Económica	Behörde für Wirtschaft und Lebensmittelsicherheitsnormen
	DGADR	Direção-Geral de Agricultura e Desenvolvimento Rural	Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
	DGAV	Direção-Geral de Alimentação e Veterinária	Allgemeines Direktorat für Lebensmittel und Veterinärangelegenheiten
	MAMAOT	Ministério da Agricultura, do Mar, do Ambiente e do Ordenamento do Território	Ministerium für Landwirtschaft, Meer, Umwelt und Raumplanung
	MEE	Ministério da Economia e do Emprego	Ministerium für Wirtschaft und Beschäftigung
Rumänien	ANSVSA	Autoritatea Națională Sanitară Veterinară și pentru Siguranța Alimentelor	Die Nationale Behörde für Veterinärdienst und Lebensmittelsicherheit
	ANPC	Autoritatea Națională pentru Protecția Consumatorilor	Nationale Verbraucherschutzbehörde
	MADR	Ministerul Agriculturii și Dezvoltării Rurale	Ministerium für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
	MMP	Ministerul Mediului și Pădurilor	Ministerium für Umwelt und Wälder
	MS	Ministerul Sănătății	Ministerium für Gesundheit
Schweden	RK	Regeringskansliet	Ministerium für Landwirtschaft
	JV	Jordbruksverket	Schwedische Behörde für Landwirtschaft

Schweden	LV	Livsmedelsverket	Nationale Agentur für Lebensmittel
	SVA	Statens Veterinärmedicinska Anstalt	Nationales Schwedisches Veterinärinstitut
Schweiz	BLK	Bundeseinheit für die Lebensmittelkette	Bundeseinheit für die Lebensmittelkette
	BLV	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
	BLW	Bundesamt für Landwirtschaft	Bundesamt für Landwirtschaft
Serbien	DNRL	Direkcija za Nacionalne Referentne Laboratorije	Direktorat für Nationale Referenzlaboratorien
	MPŠV	Министарство пољопривреде, шумарства и водопривреде	Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft
	MZ	Министарство здравља	Ministerium für Gesundheit
	UV	Управа за ветерину	Veterinärdirektorat
	UZB	Управа за заштиту биља	Pflanzenschutzdirektorat
Slowakische Republik	MPRV-SR	Ministerstvo pôdohospodárstva a rozvoja vidieka Slovenskej republiky	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
	MZ-SR	Ministerstvo zdravotníctva Slovenskej republiky	Ministerium für Gesundheit
	ŠVPS-SR	Štátna veterinárna a potravinová správa Slovenskej republiky	Staatliche Veterinär- und Lebensmittelverwaltung
	ÚKSÚP	Ústredný kontrolný a skúšobný ústav poľnohospodársky	Zentrales Institut für Kontrollen und Tests in der Landwirtschaft
	ÚVZ-SR	Úrad verejného zdravotníctva Slovenskej republiky	Behörde für Öffentliche Gesundheit
	VÚP	Výskumný ústav potravinársky	Forschungsinstitut für Lebensmittel
Slowenien	CURS	Carinska Uprava Republike Slovenije	Zollverwaltung
	IRSKO	Inšpektorat Republike Slovenije za Kmetijstvo in Okolje	Inspektorat der Republik Slowenien für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Lebensmittel und Umwelt
	MF	Ministrstvo za Finance	Finanzministerium Zollverwaltung der Republik Slowenien (CURS)
	MKO	Ministrstvo za Kmetijstvo in Okolje	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt
	MZ	Ministry of Agriculture and the Environment	Ministerium für Gesundheit
	UVHVVR	Uprava Republike Slovenije za Varno Harno, Veterinarstvo in Varstvo Rastlin	Behörde der Republik Slowenien für Lebensmittelsicherheit, Tiermedizin und Pflanzenschutz
	ZIRS	Zdravstveni inšpektorat Republike Slovenije	Gesundheitsaufsichtsbehörde der Republik Slowenien

Spanien	AESAN	Agencia Espanola de Seguridad Alimentaria y Nutrición	Spanische Behörde für Lebensmittelsicherheit und Ernährung
	MAGRAMA	Ministerio de Agricultura, Alimentación y Medio Ambiente	Ministerium für Landwirtschaft, Lebensmittel und Umwelt
	MSSSI	Ministerio de Sanidad, Servicios Sociales e Igualdad	Ministerium für Gesundheit, soziale Dienste und Gleichberechtigung
Tschechische Republik	MZ	Ministerstvo Zdravotnictví České Republiky	Ministerium für Gesundheit
	MZE	Ministerstvo Zemědělství	Ministerium für Landwirtschaft
Türkei	GTHB	Gıda Tarım ve Hayvancılık Bakanlığı Bakanlığı	Ministerium für Lebensmittel, Landwirtschaft und Viehhaltung
	SB	Sağlık Bakanlığı	Gesundheitsministerium
	GKGM	Gıda ve Kontrol Genel Müdürlüğü	Generaldirektorat Lebensmittel und Kontrolle
	BÜGEM	Bitkisel Üretim Genel Müdürlüğü	Generaldirektorat für Pflanzenbau
	TAGEM	Tarım Araştırmalar Ve Politikalar Genel Müdürlüğü	Generaldirektorat für Agrarforschung und Agrarpolitik
Ungarn	VM	Vidékfejlesztési Minisztérium	Ministerium für ländliche Entwicklung
	EMMI	Emberi Erőforrások Minisztériuma	Ministerium für Humanressourcen, Staatssekretariat für Gesundheitsvorsorge
	NÉBIH	Nemzeti Élelmiszerlánc-biztonsági Hivatal	Nationales Büro für die Sicherheit der Nahrungskette
Vereinigtes Königreich	Defra	Department for Environment, Food and Rural Affairs	Ministerium für Umwelt, Ernährung und ländliche Angelegenheiten
	FSA	Food Standards Agency	Behörde für Lebensmittelstandards
Zypern	MOA	Υπουργείο Γεωργίας, Φυσικών Πόρων και Περιβάλλοντος	Ministerium für Landwirtschaft, natürliche Ressourcen und Umwelt
	MOH	Υπουργείο Υγείας	Ministerium für Gesundheit Lebensmittelsicherheitsrat (FSC)

Bundesinstitut für Risikobewertung

Max-Dohrn-Straße 8–10
10589 Berlin, GERMANY

Tel. 030 18412-0
Fax 030 18412-4741
bfr@bfr.bund.de
www.bfr.bund.de



Bundesinstitut für Risikobewertung

Eine Einrichtung im Geschäftsbereich des



Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz